

Jahresbericht 2002

Gliederung

1.	Einrichtung.....	2
1.1.	Beratungsstelle/Verwaltung.....	2
1.2.	Hauswirtschaftlicher Bereich.....	2
1.3.	Finanzen.....	3
1.4.	Arbeitsbereiche	4
1.5.	Öffentlichkeitsarbeit.	4
1.6.	Vereinsarbeit/Ehrungen	5
2.	Personalsituation	6
2.1.	Mitarbeiterinnen.....	6
2.2.	Praktikantinnen	6
2.3.	Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen	7
2.4.	Fortbildung/Supervision	7
3.	Klientel/Statistik	8
3.1.	Probleme des Klientels.	8
3.2.	Sozialarbeiterische Hilfen.....	10
3.3.	Ziele der Sozialarbeit	11
3.4.	Schwierigkeiten bei der Sozialarbeit	11
3.5.	Zusammenarbeit mit anderen Institutionen	12
4.	Berichte aus den Arbeitsbereichen.....	14
4.1.	Linienstraße	14
4.2.	Bordellähnliche Betriebe	16
4.3.	Ausländische Prostituierte.....	22
4.4.	Hilfen für Opfer von Menschenhandel (HOM)	23
4.5.	AIDS- und STD-Beratung/Gesundheitsprophylaktisches Angebot	34
4.6.	Straßenprostitution.....	38
4.6.1.	Volljährige Straßenprostituierte.....	40
4.6.2.	Beschaffungsprostitution	40
4.7.	Kinder und Jugendliche in der Prostitution	47
4.8.	Nachgehende Ausstiegshilfen.....	53
4.9.	Ehemaligenarbeit	58
4.9.1.	Gruppenangebote	60
5.	Veränderungen.....	61
6.	Prognosen.....	64
7.	Prostitutionsgesetz	66
8.	MitternachtsClub.....	67

1. **Einrichtung**

Die Mitternachtsmission ist ein eingetragener Verein und arbeitet seit 1918 in Dortmund. Sie unterhält eine Beratungsstelle für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel:

Dudenstraße 2-4, Ecke Hohe Straße

44137 Dortmund

Tel.: 0231/14 44 91/92

Fax.: 0231/14 58 87

E-mail: mitternachtsmission@gmx.de

Internet: www.standort-dortmund.de/mitternachtsmission

Der Schwerpunkt liegt in der aufsuchenden Sozialarbeit.

Von montags bis freitags ist die Beratungsstelle ab 10.00 Uhr besetzt.

Zu anderen Zeiten können Nachrichten auf einem Anrufbeantworter hinterlassen werden. Die Mitarbeiterinnen vereinbaren Termine mit Klientinnen an deren Arbeitsplätzen, in der Beratungsstelle, in Cafés, Restaurants oder suchen sie zu Hause auf.

1.1. **Beratungsstelle/Verwaltung**

Zur Büroverwaltung/-organisation gehört unter anderem:

- zu Kernarbeitszeiten die Präsenz in der Beratungsstelle sicherstellen
- Terminabsprachen und -planung für die abwesenden Mitarbeiterinnen treffen
- Beratungsgespräche einleiten und vorbereiten (Informationen an Klientinnen, welche Unterlagen mitzubringen sind, welche ersten Schritte erledigt werden sollten, z.B. mit Ämtern und Behörden), evtl. erste Ansprechpartnerin der Klientinnen in Krisen und Notfällen sein
- Schriftwechsel nach Diktat, aber überwiegend selbständig erledigen (z.B. für und mit Klientinnen, Ämtern, Behörden, Hilfeorganisationen und Selbsthilfen), aber auch mündliche Verhandlungen eigenständig führen
- ggf. an Vorstandssitzungen, Mitgliederversammlungen, Konferenzen, Diskussionen und Informationsveranstaltungen teilnehmen
- an der Erstellung von Jahresberichten und Konzeptionen für die Öffentlichkeitsarbeit mitarbeiten
- die Führung des Büroetats
- eigenverantwortlich mit Handwerkern und Lieferanten verhandeln
- Buchführung des Geschäftskontos und der Vereinskontoen
- an Teamgesprächen und Supervisionen teilnehmen und flexibel für gelegentliche Abend- und Wochenendtermine sein

1.2. **Hauswirtschaftlicher Bereich**

Das Aufgabengebiet der Mitarbeiterinnen für den hauswirtschaftlichen Bereich umfasst:

- Einkäufe, z.B. Büromaterial, Fachbücher, Lebensmittel
- Vorbereitung von offiziellen Terminen in der Beratungsstelle
- Vorbereitung von Gruppennachmittagen und -gesprächen, z.B. Herrichten der Räume bei Gruppenfeiern, Vorstandssitzungen, Bereitlegen von Arbeitsmitteln, Aufräumen nach Gruppenarbeit
- Reinigungsdienste
- Botengänge, z.B. dringend benötigte Kleidung zu Klientinnen ins Krankenhaus bringen, Abholen von Schriftstücken von Ämtern und anderen Einrichtungen
- Postgänge, z.B. Päckchen und Pakete für Klientinnen, Einschreibebriefe an Ämter zur Post bringen, Abholen der Post aus dem DW-Postfach

- Fotokopieren
- Hilfe bei Informationsveranstaltungen (Aufbau von Informationsständen)
- Annahme und Sortieren von Kleiderspenden
- Aufstellung für Spendenquittungen

1.3. Finanzen

Die Beratungsarbeit der Mitternachtsmission unterliegt einer "Geh-Struktur". Beratungen "vor Ort" sind weitaus kostenaufwendiger als in der Beratungsstelle. In Cafés muss mindestens ein Getränk eingenommen werden; bei Besuchen in Bordellen, Bars oder Apartments müssen hin und wieder Kaffee, Kekse oder Saft mitgebracht werden. Besuche in Krankenhäusern und Haftanstalten bedingen Ausgaben.

Hinzu kommt, dass Prostituierte, die sich an die Beratungsstelle wenden, zumeist hohe Schulden haben und über keinerlei Rücklagen verfügen. Besonders Frauen, die zum Ausstieg entschlossen sind, stehen vor einer finanziell desolaten Situation und völliger psychischer Verzweiflung. Während dieser Zeit darf die Klientin nicht nur therapeutisch, sondern muss auch materiell unterstützt werden.

Erfolgversprechende Sozialarbeit im Prostitutionsbereich ist kostenaufwendig, aber es ist u.E. auch ökonomisch sinnvoller, den Klientinnen zu helfen, ein eigenständiges, selbstverantwortliches Leben zu führen und letztlich auch für den eigenen Lebensunterhalt aufzukommen, als abzuwarten, bis körperlich und seelisch völlig ruinierte Menschen für immer von Sozialhilfe abhängig werden.

Die Kosten für die milieubedingten Ausgaben, Beihilfen und Ausstiegshilfen sind hoch. Hinzu kommen die Ausgaben für den Arbeitsbereich „Hilfen für Opfer von Menschenhandel“. Die jungen Frauen und Mädchen, die mit falschen Versprechungen auf legale Arbeit nach Deutschland gelockt und hier zur Prostitution gezwungen werden, haben bei ihrer Flucht aus den Bordellen oder ihrer Befreiung durch die Polizei häufig nur die Kleidung, die sie gerade tragen. Die Ausstattung mit Kleidung können wir überwiegend mit Kleiderspenden vornehmen. Es entstehen uns jedoch auch hohe Ausgaben für Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Telefon- und Fahrtkosten, Medikamente und Kosten für Helferinnen, die diese Frauen in die dezentralen Unterkünfte, zu Flughäfen, Botschaften und Gerichtsprozessen begleiten.

Die Finanzplanung und die Deckung des Etats machen uns große Sorgen.

Die Mitarbeiterinnen halten in ihrer Freizeit Referate und Vorträge, nehmen an Radio- und Fernsehsendungen teil, schreiben Artikel für Fachzeitschriften und gestalten Gottesdienste. Diesbezügliche Einnahmen gehen sofort auf das Spendenkonto der Mitternachtsmission.

Wir sind froh und dankbar dafür, dass uns im Jahr 2002 so viele Firmen, Kirchengemeinden und Institutionen mit Spenden und Zuschüssen bedacht haben. Unbürokratisch und spontan haben uns auch Privatleute, Gruppen, Geschäftsleute und Serviceclubs z.B. durch Spenden von Geld, Kleidung, Hygieneartikeln, Konserven, Büchern, Spielzeug, Reisetaschen, Reiseproviant usw. unterstützt.

Wir möchten allen Helfenden herzlich danken.

Trotz all dieser und vieler anderer Hilfen mussten wir Geld aus Rücklagen entnehmen, die aus dem Verkauf des Bodelschwingh-Heimes 1985 resultieren und für die Sicherstellung der Ausgaben für Miete und Versicherungen gedacht sind.

Für die notwendige personelle Ausstattung benötigen wir dringend finanzielle Unterstützung.

1.4. Arbeitsbereiche

Im Jahr 2000 liefen Verhandlungen über die Aufteilung der Prostituiertenarbeit in Dortmund zwischen dem Gesundheitsamt, der Mitternachtsmission, dem Diakonischen Werk Dortmund und dem Sozialdienst Katholischer Frauen (Kober), die wie folgt festgeschrieben ist:

Kober:

volljährige, nicht drogenabhängige Straßenprostituierte, Projekt Ravensberger Straße

Dortmunder Mitternachtsmission:

Linienstraße, Bars, Clubs und Gaststätten, Prostitution in Wohnungen, Prostitution in Agenturen: Partnervermittlung, Callgirls und –boys, Beschaffungsprostitution, Kinder und Jugendliche in der Prostitution, ausländische Prostituierte und Hilfen für Opfer von Menschenhandel

Linienstraße

Die Linienstraße ist die Bordellstraße in Dortmund. Es befinden sich dort 16 Häuser, in denen ca.300 Frauen der Prostitution nachgehen können

Bordellähnliche Betriebe

Dazu zählen Bars mit Séparées, Sauna- und FKK-Clubs, Partnervermittlungen, Begleitservices, sogenannte Sonnenstudios, Callgirl-Vermittlungen, Apartmentprostitution, Prostitution in Gaststätten und Hotels, etc.

Ausländische Prostituierte

Hilfen für Opfer von Menschenhandel

AIDS- und STD-Beratung, Gesundheitsprophylaxe

Beschaffungsprostitution

drogenabhängige Frauen, die sich prostituieren, um ihren Drogenkonsum zu finanzieren

Kinder und Jugendliche in der Prostitution

Projekt (Okt.2001-Sept.2003): „Minderjährigenprostitution – Situationsanalyse und Erarbeitung von Hilfemaßnahmen für Kinder und Jugendliche in der Prostitution“

Nachgehende Ausstiegshilfen

Beratung, Begleitung und intensive Hilfen bei der Wiedereingliederung von ausstiegswilligen und ehemaligen Prostituierten

Ehemaligenarbeit

Beratende und begleitende Sozialarbeit mit "Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten" (§72 BSHG), überwiegend ehemalige Bewohnerinnen des Bodelschwingh-Heimes, die weiterhin ambulante Hilfen benötigen. Ein großer Teil der Frauen ist früher, zumindest gelegentlich, der Prostitution nachgegangen

1.5. Öffentlichkeitsarbeit

Sensibilisierung Außenstehender für die Problematik der Prostituierten findet in der Regel nur dann statt, wenn sich die Beteiligten intensiv auf eine Auseinandersetzung mit der eigenen Einstellung zu Prostitution und Sexualität und mit ihren Vorbehalten

in diesem Bereich einlassen und wenn sie gewillt sind, eigene Abhängigkeiten zu prüfen.

Die Öffentlichkeitsarbeit der Mitternachtsmission dient folgenden Zielen:

- Information und Bekanntmachung der Beratungsstelle bei Frauen im Milieu. Wichtigste Mittel, um Kontakte zu den Frauen im Milieu zu bekommen, sind nach wie vor die regelmäßigen Besuche in den Bordellen, Clubs und auf dem Straßenstrich, wie in den Arbeitsbereichen beschrieben, und das Erarbeiten und Verteilen von Faltblättern;
- die regelmäßig erscheinenden Anzeigen der Beratungsstelle (Sprechzeiten und Telefonnummer), Artikel über die Arbeit der Mitternachtsmission in allen Dortmunder Zeitungen, "UNSERE KIRCHE", in überregionalen Zeitschriften und anderen Zeitungen und Filmberichte über die Mitternachtsmission trugen zum Bekanntwerden der Arbeit der Mitternachtsmission bei Prostituierten und in der Öffentlichkeit bei;
- außerdem referierten die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission in Schulen und Hochschulen, Kirchengemeinden, vor Parteien, Arbeitsgemeinschaften, Serviceclubs etc. über die Arbeit und das Klientel der Mitternachtsmission;
- die Mitarbeiterinnen gaben, bezüglich ihrer Arbeitsbereiche, Interviews bei verschiedenen Radio- und Fernsehsendern;
- Informationsveranstaltung und Informationsstand im Rahmen des Internationalen Frauentages;
- Teilnahme an Hurenkongressen und Expertenhearings;
- Nordstadtforum; Interessengemeinschaft Ludwigsplatz;
- Predigten in Kirchengemeinden;
- Informationsstand bei Nachbarschaftsfesten, Nordmarkt;
- Informationsstand und Bazar beim Weihnachtsmarkt, Nordmarkt;
- als Organisatorinnen und Referentinnen bei Fachtagungen;
- Gestaltung eines Gottesdienstes in der Reinoldikirche.

Die Mitternachtsmission setzt sich auf politischer und gesellschaftlicher Ebene stark für die sozialrechtliche Gleichstellung von Prostituierten ein und hat beratende Funktionen in Ausschüssen und Gremien, die an der Entwicklung und Durchsetzung des Prostitutionsgesetzes arbeiten.

Im Jahr 2002 wurde das im Jahr 2000 gegründete Benefizprojekt MitternachtsClub weitergeführt.

Ein besonderer Dank geht an Herrn Rolf Mohr von MMworx, der unsere Internetseite kostenlos eingerichtet hat und regelmäßig aktualisiert.

1.6. Vereinsarbeit/Ehrungen

	2002
Vorstandssitzungen:	6
Mitgliederversammlungen:	1

Die Arbeit der Dortmunder Mitternachtsmission wurde ausgezeichnet:

- 1994 mit dem Förderpreis „Konziliarer Prozess“ der Evangelischen Kirche von Westfalen,
- 1995 mit dem „Fritz-Henssler-Preis“ der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund,

- 1999 mit dem Preis „Frauen helfen Frauen“ des Konzerns Johnson & Johnson
- 1999 erhielt Jutta Geißler-Hehlke, die Leiterin der Mitternachtsmission, den „Eisernen Reinoldus“ des Pressevereins Ruhr
- 2001 erhielt Jutta Geißler-Hehlke den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland, verliehen durch den Bundespräsidenten

2. Personalsituation 2002

Leitung der Mitternachtsmission: Jutta Geißler-Hehlke, Sozialarbeiterin

Stellvertretende Leitung: Andrea Hitzke, Sozialarbeiterin

Regine Uysal, Sozialarbeiterin

Gerlinde Iking, Diplompädagogin

Silvia Tinner, Sozialarbeiterin

Katja Barthel, Diplompädagogin

Steffi Frey, Sozialarbeiterin

Viktoria Wortmann, pädagogische Mitarbeiterin

Birgit Reckermann, Sozialpädagogin

Gisela Zohren, pädagogische Mitarbeiterin

Sibylle Kreuzner-Tripke, Verwaltungsangestellte

Heike Müller, Sozialbetreuerin (bis 14.06.2002)

Irina Mehl, Sozialbetreuerin (bis 31.12.2002)

Gesa Armbrust, Sozialbetreuerin (bis 14.07.2002)

Ilona Lutschinski, Verwaltungsangestellte (bis 31.08.2002)

Ute Zielke, Verwaltungsmitarbeiterin ASS (ab 21.10.2002)

Zusätzlich absolvierten 7 Praktikantinnen ihr Praktikum in der Dortmunder Mitternachtsmission, 19 Honorarkräfte und 32 Ehrenamtliche wurden eingesetzt.

2.1. Mitarbeiterinnen

Die Mitarbeiterinnen arbeiten sowohl allein in ihren Arbeitsbereichen als auch gemeinsam im Team. Um Sozialarbeit bei einer so schwierigen Randgruppe effizient leisten zu können, ist es wichtig, dass die Mitarbeiterinnen sich verstehen und vertrauen, gemeinsam reflektieren und einander in Krisensituationen beistehen. Supervisionen, Teamsitzungen und regelmäßiger Austausch von Erfahrungen sind unverzichtbar.

2.2. Praktikantinnen

Der Zusammenarbeit mit Hoch- und Fachschulen messen wir große Bedeutung bei, da sich hierdurch auch zukünftige Sozialarbeiterinnen/Pädagoginnen/Ärztinnen mit der Problematik und den Konzepten der Sozialarbeit auf dem Gebiet der Prostitution vertraut machen können. Zu diesem Zweck führten wir mehrmals Informationsveranstaltungen für Hoch- und Fachschulen durch.

Im Jahr 2002 leiteten wir 7 Praktikantinnen an.

Wir halten es für notwendig, die Arbeit mit Praktikantinnen kontinuierlich weiterzuführen, um auch hier das Verständnis für die vernachlässigten Randgruppen der Prostituierten und Opfer von Menschenhandel zu fördern und die Studentinnen mit der Praxis vertraut zu machen.

Es beunruhigt uns, bei Bewerbungen immer wieder feststellen zu müssen, dass Studierende an Fachhochschulen nur wenig befähigt werden, Konzepte und theoretische Grundlagen in die Praxis umzusetzen. Wir beobachten eine gewisse Realitätsferne, Überschätzung der eigenen Hilfemöglichkeiten und Fähigkeiten und

Sozialromantik bei der Einschätzung von Notsituationen, Krisen und gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Deshalb sind wir bei der Auswahl von Praktikantinnen besonders sorgfältig.

2.3. Ehrenamtliche Mitarbeiterinnen

Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in der Arbeit der Mitternachtsmission ist sehr schwierig, da das Klientel zu einer gesellschaftlich ausgegrenzten und tabuisierten Randgruppe gehört. Es ist z.T. Opfer massiver Gewalt geworden, z.T. HIV-infiziert und suchtabhängig und/oder leidet an schweren psychischen Erkrankungen. Um sich in diesem Bereich engagieren zu können, ist eine intensive Anleitung und Begleitung der Ehrenamtlichen durch eine hauptamtliche Mitarbeiterin zwingend notwendig. 2002 hat die Mitternachtsmission wieder über das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen einen Zuschuss (aus Landesmitteln) erhalten, um eine Schulung für Ehrenamtliche durchführen zu können.

In dieser Schulung hat sich eine Gruppe von motivierten Ehrenamtlichen mit dem Thema Prostitution und Menschenhandel auseinandergesetzt, die Arbeitsweise der Mitternachtsmission kennengelernt, einige unverzichtbare Rechtskenntnisse (Schweigepflicht, Subsidiaritätsprinzip u.ä.) erworben, sich Inhalte in Gesprächsführung und Konfliktlösung angeeignet und durch Milieugänge Einblicke ins Prostitutionsmilieu erhalten.

In enger Rücksprache mit den hauptamtlichen Kolleginnen sind die Ehrenamtlichen schon in verschiedenen Bereichen tätig geworden: die Gruppe packte zu Ostern und zu Weihnachten sehr liebevoll kleine Päckchen, die auf dem Straßenstrich, in der Linienstraße und in den Clubs verteilt wurden. Eine chronisch schwer kranke Klientin kann nun regelmäßig zum Arzt begleitet werden; mehrere Ehrenamtliche halfen beim Adventsbazar; eine Gruppe von Ehrenamtlichen machte Prozessbeobachtungen bei Menschenhandelsprozessen, bei denen unsere Klientinnen als Zeuginnen aussagten.

Um in diesem schwierigen Arbeitsfeld auch zukünftig tätig sein zu können, brauchen die Ehrenamtlichen weiterhin Anleitung und Reflexionsmöglichkeit. Wir hoffen, auch im nächsten Jahr eine weitere Schulungsmaßnahme durchführen zu können.

Ein Wort des Dankes geht an die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Praktikantinnen, ohne deren Einsatz die Arbeit nicht in diesem Umfang geleistet werden könnte. Sie haben sich -wie die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen auch- bis an die Grenzen ihrer Kraft und Leistungsfähigkeit eingesetzt und so zum Erfolg unserer Arbeit wesentlich beigetragen.

2.4. Fortbildung/Supervision

2002 wurden 20 Supervisionen durchgeführt.

Die Mitarbeiterinnen haben an Fortbildungen zu folgenden Themenbereichen teilgenommen:

- Einführung in die Gesprächsführung
- Umgang mit Konflikten
- Fachtagung Prostitution
- Finanzierung von Schuldnerberatung
- Erste Hilfe
- „Gewalt ist nicht privat“
- Kinder von Suchtkranken
- Kinder als Zeugen und Opfer häuslicher Gewalt
- „Hilfe, mein Kind kiff“

- Einfluss von Suchtmitteln während der Schwangerschaft
- Rechtsseminar zum Thema Abschiebehindernisse
- Das neue Zuwanderungsgesetz
- „Aktuelle Arbeitsmarktpolitik-Umbau der Arbeitslosen-und Sozialhilfe“
- „Soziale Arbeit in Ausbildung und Praxis“

Die wichtigen Supervisionen und Fortbildungen der Mitarbeiterinnen hätten ohne den Zuschuss des Frauenbüros der Stadt Dortmund in Höhe von 1.500 Euro nicht stattfinden können.

3. Klientel/Statistik

Arbeitsbereich	Klientel	in Betreuung	aus Vorjahr	Opfer von Menschen-Handel	Kinder und Jugendliche gemäß KJHG	Aussteigerinnen 2002 neu	zusätzlich Kinder	zusätzlich andere Angehörige
Linienstraße	90	29	20	1	2	3	5	4
Bordellähnliche Betriebe	307	104	64	15	12	20	79	37
Opfer von Menschenhandel	111	111	31	111	19	-	21	6
Straßenprostitution	65	-	-	-	-	-	-	-
Beschaffungsprostitution	69	31	16	-	4	6	14	16
Projekt Minderjährige	29	10	5	-	29	1	4	7
Nachgehende Ausstiegshilfen	52	38	23	-	-	15	21	5
Ehemalige	24	24	24	-	-	-	5	-
gesamt	747	347	183	127	66	45	149	75

Die Zahlen benennen nicht die Anzahl der Kontakte, sondern die Anzahl der KlientInnen, zu denen die Mitternachtsmission Kontakt hatte bzw., die in Betreuung waren.

Im Bereich Hilfen für Opfer von Menschenhandel wurden zusätzlich 2 Jungen betreut.

Außerhalb des Bereichs Hilfen für Opfer von Menschenhandel hatten wir Kontakt zu 174 ausländischen Frauen, die in Dortmund der Prostitution nachgehen/nachgingen.

Im Jahr 2002 stiegen insgesamt 45 Klientinnen mit Hilfe der Mitternachtsmission aus. Seit 1986 sind **568** Frauen mit Hilfe der Mitternachtsmission aus der Prostitution ausgestiegen.

3.1. Probleme des Klientels

Viele Frauen arbeiten zunächst nur gelegentlich und mit der Hoffnung, dass sie, nachdem eine gewisse Geldsumme verdient und Schulden abgetragen wurden, sofort mit der Prostitution aufhören könnten. Nachdem Einstiegshemmungen abgebaut sind und anfangs gut verdient wird, stellt sich eine gewisse Euphorie ein (ein Tabu wurde überwunden und profitabel übertreten), die unterstützt wird durch z.B. Alkohol, Tabletten, rauschartige Einkäufe von Kleidern, Schmuck, Kosmetik etc..

Die Anfangseuphorie lässt spätestens nach einigen Monaten nach, und die Frauen finden sich isoliert im Prostitutionsmilieu. Die Art ihrer Erwerbstätigkeit (gesellschaftliches Tabu) hat sie zur Kontaktaufgabe mit alten Freunden gezwungen, zumindest aber zu Lügen oder zu einem Doppelleben. Zudem ergeben sich emotionale Abhängigkeiten (z.B. auch von Personen, die vom Prostitutionslohn

profitieren) und finanzielle Verpflichtungen (Ratenkäufe, Versicherungen, hohe Kosten für Lebensführung), die die Frauen im Prostitutionsmilieu halten.

Allen uns bekannten Frauen ist der Einstieg in die Prostitution nicht leicht gefallen, und die Erkenntnis, sie nicht weiter ausführen zu können, ist begleitet von Gefühlen der Angst, Unsicherheit und des "Versagthabens". Aus Furcht davor, sich völlig wertlos zu fühlen, wird der Gedanke an die Inanspruchnahme professioneller Hilfe häufig lange verworfen. Auch scheint der Schritt zum Aufsuchen einer Beratungsstelle -zumindest anfangs- ungeheuer schwierig zu sein.

Die am häufigsten an die Beratungsstelle herangetragenen Probleme der Klientinnen sind:

- finanzielle Sorgen und mangelnde Fähigkeit, angemessen damit umzugehen;
- Unsicherheit und Ängste im Umgang mit offiziellen Stellen, Gesetzen und Vorschriften;
- Isolation, fehlende Kontakte zu Personen außerhalb des Milieus (z.B. Eltern, Geschwistern und alten Freunden) und die Unfähigkeit, diese (wieder-) herzustellen;
- Verlust (Furcht vor Verlust) der Achtung und Zuneigung anderer Menschen auf Grund ihrer Tätigkeit als Prostituierte, Gefühle von Schuld, eigener Wertlosigkeit, Verlassenheitsgefühle;
- Probleme mit Partnern, Eltern und Kindern, ehemaligen Zuhältern;
- finanzielle und emotionale Abhängigkeiten, Abhängigkeit von Alkohol, Tabletten und anderen Suchtmitteln;
- Angst vor Krankheit, vor dem Alter, vor dem Tod, vor Arbeitslosigkeit und dadurch bedingte Mittellosigkeit;
- die Furcht, unfähig zu sein, sich völlig aus dem Milieu zu lösen und ein neues Leben anzufangen;
- Schulden und Angst vor der Vorgehensweise von Gläubigern;
- Todesängste auf Grund von Bedrohungen durch Kriminelle aus dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder durch Lebenspartner und Zuhälter.

Viele Frauen haben keinen Krankenversicherungsschutz. Das hat zur Folge, dass sie im Krankheitsfall keine ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen können. Häufig werden Krankheiten nicht rechtzeitig und fachgerecht behandelt, und es kommt zu Noteinweisungen in Krankenhäuser (z.B. bei Unterleibsentzündungen, zu hohem Blutdruck, Diabetes und Zahnerkrankungen). In diesen Fällen müssen Verhandlungen mit dem Sozialamt geführt werden mit der Zielsetzung, eine Übernahme der Krankenhaus- und ggf. auch Arztkosten zu erreichen.

Nach wie vor ist es wichtig für die Frauen, dass Arztbesuche und Krankenhausaufenthalte durch eine Krankenversicherung finanziell abgedeckt sind und notwendige Medikationen ermöglicht werden. Krank zu sein bedeutet für Prostituierte weiterhin, dass sie genau abwägen müssen, ob sie die Krankheit auskurieren können, wenn es neben dem Prostitutionslohn keine weiteren finanziellen Absicherungen gibt. Besonders schwierig gestaltet sich die Situation für Frauen, die auch an ihrer Arbeitsstelle wohnen, da sie ihr Arbeitszimmer nicht kündigen können ohne obdachlos zu werden. Zudem haben die Frauen keine Möglichkeit, sich bis zur Genesung zurückzuziehen und die Krankheit auszukurieren.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt hat sich entspannt, aber die Suche nach angemessenem Wohnraum für Prostituierte ist immer noch erschwert dadurch, dass Verdienstbescheinigungen nicht vorliegen und Nachweise von Arbeitgebern nicht erbracht werden können. Viele preisgünstige Wohnungen befinden sich im Dortmunder Norden, einem Bereich, der von ausstiegswilligen Prostituierten, auf Grund der Milieunähe, nicht bevorzugt wird. Diese Situation erschwert in vielen Fällen die Beratung erheblich, besonders dann, wenn sich Klientinnen im Verlauf des Beratungsprozesses dazu entschließen, sich von ihrem Partner zu lösen, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bei Klientinnen, die an ihrem Arbeitsplatz auch wohnen, kann der Ausstieg blockiert werden, denn die Alternative wäre Wohnungslosigkeit.

Viele Prostituierte sind überschuldet. Teilweise war die Überschuldung bzw. Verschuldung schon ein Grund für die Aufnahme der Tätigkeit. Vielen Frauen gelingt es in der Prostitution nicht, ihre Schulden abzutragen. Oft kommen neue Schulden hinzu. Gemeinsam mit den Frauen müssen Entschuldungspläne erarbeitet, Verhandlungen mit Banken, Versandhäusern und Dienstleistungsbetrieben geführt, Stundungen und Ratenzahlungen abgesprochen und Vergleiche geschlossen werden. Die Entschuldung ist eine wichtige Voraussetzung für den sofortigen oder zu einem späteren Zeitpunkt anvisierten Ausstieg aus der Prostitution. Der erfolgreiche Aufbau einer neuen Existenz hängt in vielen Fällen nicht unerheblich von der vorangegangenen Bewältigung der finanziellen Probleme ab.

Einige Frauen sind aus Gewaltsituationen entflohen oder nach erlittenen erheblichen körperlichen und seelischen Qualen gerade nochmal mit dem Leben davongekommen. Die Klientinnen müssen in dieser Zeit intensiv begleitet werden.

Da einige dieser Probleme unseren Erfahrungen nach auch Gründe für die Aufnahme der Tätigkeit als Prostituierte sind (z.B. mangelnde Fähigkeit, mit finanziellen Schwierigkeiten angemessen umzugehen; emotionale Abhängigkeiten), ist es in den meisten Fällen nötig, über einen längeren Zeitraum in intensiver Einzelberatung mit den Klientinnen diese Defizite aufzuarbeiten.

Über die besonderen Probleme der Opfer von Menschenhandel berichten wir unter Punkt 4.4.

3.2. Sozialarbeiterische Hilfen

die von der Beratungsstelle zur Bewältigung dieser Probleme am häufigsten geleistet werden:

- intensive Einzelgespräche in der Beratungsstelle, im Milieu, bei Hausbesuchen oder an anderen Orten (z.B. Lokalen, Cafés);
- Schuldnerberatung;
- Begleitung zu Ärzten, anderen Beratungsstellen (z.B. Verbraucherberatung; Drogenberatung), Rechtsanwälten, Ämtern, Behörden, Gerichtsterminen;
- Gesundheitsvorsorge, Begleitung bei Krankheiten und Krankenhausbesuche;
- Begleitung und Beratung bei Einkäufen;
- Hilfen bei der Wohnungssuche, bei Möbeltransporten und Umzügen;
- Verhandlungen mit Vermietern, potentiellen Arbeitgebern, DEW, Banken, etc.;
- Aufarbeitung der Erinnerungen und Schuldgefühle;
- Abbau von Ekel und Selbstverachtung;
- Hilfen beim Aufbau des Selbstwertgefühls;
- Beratung und Begleitung von Klientinnen bei Zeugenschutzmaßnahmen;

- Ausstiegsberatung:
Existenzsicherung, Schuldnerberatung, Erarbeitung von Zukunftsperspektiven, u.a. in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt (Abklärung von Ansprüchen und Berufsförderungsmöglichkeiten);
- Hilfen für Opfer von Menschenhandel (s. Punkt 4.4.).

Frauen, die aus Gewaltsituationen entflohen sind, müssen intensiv begleitet werden. Viele dieser Frauen beschließen letztendlich, sich gegen ihre Peiniger zur Wehr zu setzen und machen eine Aussage bei der Polizei. Das kann bedeuten, dass sich die Frauen in bedrohliche Situationen begeben. Die Mitarbeiterinnen müssen dann weitere zusätzliche Arbeitsschritte unternehmen, z.B.:

- Einleitung von Auskunftssperren bei den Meldebehörden;
- fernmündliche und schriftliche Informationen an alle beteiligten Stellen bzw. Institutionen;
- Begleitung zu Gerichtsverhandlungen und zur Polizei;
- regelmäßige Gespräche zur Aufarbeitung des Erlebten mit der Frau und ggf. betroffenen Familienangehörigen;
- Beratung zur Veränderung der äußeren Erscheinung;
- Vermittlung von und Begleitung zu sicheren Unterkünften.

3.3. Ziele der Sozialarbeit sind:

- den Klientinnen zu helfen, ein gesundes, selbstbestimmtes, eigenverantwortliches Leben in Sicherheit zu führen, angstfrei und ohne finanzielle und emotionale Abhängigkeiten
- sozialrechtliche Gleichstellung von allen in der Prostitution arbeitenden Menschen
- Beendigung von Diskriminierung und Kriminalisierung

3.4. Schwierigkeiten bei der Sozialarbeit

Die aufgeführten sozialarbeiterischen Hilfen müssen unter extrem schwierigen Bedingungen geleistet werden:

- Beratungszeit und -ort werden von den Bedürfnissen der Klientinnen bestimmt. Anfangs scheuen viele Prostituierte den Gang in eine Beratungsstelle und finden sich erst nach dem Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zur Beraterin dazu bereit. Möglichkeit für beratende Gespräche ist häufig erst nachts zum Ende der Arbeitszeit am Arbeitsplatz der Klientin oder in ihrer Wohnung, an ihren arbeitsfreien Tagen/Nächten auch in Cafés, Kneipen, Restaurants.
- Termine bei Ämtern und Behörden müssen häufig in den frühen Morgenstunden wahrgenommen werden. Für die Sozialarbeiterin bedeutet dies Arbeit zu unregelmäßigen Zeiten an wechselnden Orten. Erschwerend kommen Störungen hinzu: Lärm, z.B. Musik, andere Menschen, z.B. Kellner, Gäste am Nebentisch in Cafés; andere Prostituierte und Kunden, Betreiber in bordellähnlichen Betrieben; Kinder und Lebenspartner in der Wohnung der Klientin.
- Auf dem Straßenstrich kommt hinzu, dass die Streetworkerinnen von Kunden, Anwohnern, Passanten und der Polizei häufig für Prostituierte gehalten werden. So sind auch sie der Verachtung der Passanten und Anwohner ausgesetzt, werden von den Kunden angesprochen oder verfolgt und gelegentlich von der Polizei kontrolliert.
- Es kann zur Bedrohung durch Personen, die vom Prostitutionslohn profitieren (z.B. Zuhälter, Menschenhändler) oder der Drogenszene und anderen Randgruppen angehören, kommen.

- Im Arbeitsbereich Hilfen für Opfer von Menschenhandel entstehen –auf Grund der dezentralen Unterbringung der Klientinnen- häufig sehr lange Wegzeiten.
- Sozialarbeit mit einer tabuisierten Randgruppe kann zur Isolation der Sozialarbeiterin führen. Prostituierte geraten häufig in eine Isolation, weil sie keine Möglichkeit haben, Menschen, die nicht zum Milieu gehören, von ihrer Tätigkeit zu erzählen, ohne Achtung und Zuneigung zu verlieren, aber auch, weil sie durch ihre Arbeitszeiten den Kontakt zu anderen Menschen nur schwer aufrecht erhalten können. Sozialarbeiterinnen haben hier ähnliche Probleme, da das Thema "Prostitution" den Rahmen der meisten Unterhaltungen übersteigt oder häufig von Außenstehenden schlüpfrig behandelt wird, und weil sie aus Gründen der Diskretion (und ihrer persönlichen Sicherheit) nicht über ihre Klientinnen und deren Umfeld reden können. Außerdem werden private Verabredungen den Bedürfnissen der Klientinnen untergeordnet. Hinzu kommt, dass die gesellschaftliche Unsicherheit Prostituierten gegenüber häufig auf die Sozialarbeiterinnen übertragen wird. Es ist wichtig, dass sich Sozialarbeiterinnen dieser Gefahr bewusst sind, Spannungen und Frustrationen, z.B. in der Supervision, abbauen und Isolation und Einseitigkeit vorbeugen.
- Viele Klientinnen stammen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturkreisen. Die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission sprechen zwar mehrere Sprachen, insbesondere osteuropäische, und einige können wegen ihrer Herkunft als Mittlerinnen hinsichtlich der Probleme, die auf Grund der unterschiedlichen kulturellen Hintergründe auftreten können, fungieren. Sind keine einschlägigen Sprachkenntnisse im Team vorhanden, müssen DolmetscherInnen beauftragt werden. Dies erschwert die sozialarbeiterischen Hilfen erheblich.

Alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen leisten viele unbezahlte Überstunden und halten oftmals in ihrer Freizeit und an Wochenenden Referate und Vorträge oder leiten Arbeitsgruppen und Seminare. Diesbezügliche Anfragen von den unterschiedlichsten Organisationen und Gruppierungen nehmen zu.

3.5. Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Beratungsstellen wurde vertieft und an vielen Stellen neu aufgebaut. In der Folge wurden ratsuchende Frauen von dort an uns verwiesen. Gemeinsames Vorgehen mit anderen Institutionen konnte abgesprochen werden.

Punktuelle Zusammenarbeit und ein regelmäßiger Austausch fanden statt mit anderen Institutionen, z.B. den sozialen Diensten des Diakonischen Werkes, dem "Weißen Ring", der Drogenberatungsstelle (DROBS), der Bewährungshilfe, dem VSE (Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen), dem Gesundheitsamt, dem Sozialamt, dem Jugendamt, dem Wohnungsamt, dem Arbeitsamt, der Verbraucherberatung, dem Frauenbüro, der Dortmunder AIDS-Hilfe e.V., dem SKF/Kober, der Ausländerbehörde, der Polizei, dem Rechtsamt, dem Bundesgrenzschutz, der Bahnhofsmision, dem Ordnungsamt, den Sozialdiensten der Krankenhäuser, der Psychiatrie, dem Sozialpsychiatrischen Dienst, der Methadonambulanz, dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands (DW EKD), dem Diakonischen Werk Westfalen, den Prostitutionseinrichtungen auf Landes- und Bundesebene, den Ministerien auf Landes- und Bundesebene, der Elisabeth-Klinik (Kinder- und Jugendpsychiatrie und – psychotherapie), dem Christlichen Jugenddorf e.V (CJD), der Ärztlichen Beratungsstelle gegen Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern e.V., der AWO, Wellenbrecher e.V., Bella Donna (Drogenhilfe Essen), dem Kinderschutzbund, dem DPWV, dem Schulverwaltungsamt, den

Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, dem Mieterverein Dortmund und Umgebung e.V., Ver.di, De roode Draad (Niederlande).

Die Mitarbeiterinnen engagierten sich in folgenden Arbeitskreisen und Fachgremien:

- Arbeitsgemeinschaft der Ev. Beratungsstellen im Bereich Menschenhandel, Prostitution, ausländische Prostituierte und Heiratsmigration in der EFD
- Arbeitsgemeinschaft Dortmunder Frauenverbände
- Arbeitsgemeinschaft Recht
- Arbeitsgemeinschaft STD-Fachkräfte Gesundheitsämter NRW
- Arbeitsgemeinschaft zu Prostitution und Menschenhandel im DW EKD
- Bundesweiter Koordinierungskreis (KOK) zum Thema Menschenhandel in der BRD
- Deutscher Frauenrat
- Dortmunder Opferhilfe (Untergruppe: Gewalt gegen Frauen)
- Drogen, Prostitution und AIDS
- Ev. Frauenberatungsstellen im Diakonischen Werk Westfalen
- Flüchtlingsrat
- Frauenrechte-Menschenrechte
- Frauen in NRW
- Hilfen zur Erziehung nach §78 BSHG
- Initiativkreis unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge
- Kampagne gegen Kinderprostitution
- LAG Frauen und AIDS
- LAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit
- Nordstadtforum
- NRW-Vernetzung zu Heiratsmigration, Arbeitsmigration und Menschenhandel
- Ordnungspartnerschaft Kirche/Stadt Dortmund
- Polizei und Jugendhilfe
- Prostitutionsgesetz (Beratungsstellen NRW)
- Prostitutionsgesetz (Bundestag)
- Regionaler Runder Tisch AIDS
- Regionaler Runder Tisch Frauen und Gesundheit
- Regionaler Runder Tisch zum Prostitutionsgesetz
- Runder Tisch NRW/Menschenhandel
- Runder Tisch zur sicheren Unterbringung von Opfern von Menschenhandel in Dortmund
- Rund um die Platte – S1 Schiene
- Sozialhilferecht
- Ständiger Ausschuss Frauen der VKK
- Ständiger Ausschuss Frauen der EKvW
- Ständiger Ausschuss Prostitution und Menschenhandel im DW EKD
- Workshop des BMFSFJ zum Prostitutionsgesetz
- Workshop der NRW-Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Prostitutionsgesetz

4. Berichte aus den Arbeitsbereichen

4.1. Linienstraße

Die Linienstraße ist die Bordellstraße in Dortmund. Sie liegt in der nördlichen Innenstadt hinter dem Hauptbahnhof. Sie gehört nicht zum Sperrbezirk. Die Bordellstraße wird im Norden durch das Parkhaus des Dietrich-Keuning-Hauses (Leopoldstraße) und im Süden durch einen Sichtschutz zur Steinstraße begrenzt.

Ca. 300 Frauen können in den 16 Häusern der Linienstraße der Prostitution nachgehen.

	2002
Der Mitternachtsmission bekannte Frauen,	
die in der Linienstraße arbeiteten	90
davon in Beratung und Betreuung über einen längeren Zeitraum	29
davon in Betreuung aus dem Vorjahr	20
verstorben	1
Aussteigerinnen	3
zusätzlich mit in die Beratung einbezogen werden mussten:	
Kinder	5
andere Angehörige	4

Die Häuser in der Linienstraße wurden mindestens zwei mal im Quartal (Tages- und Nachtschicht) aufgesucht, um über sexuell übertragbare Krankheiten (STD) aufzuklären und zu informieren.

In der Linienstraße sind ca. 60 WirtschaftlerInnen und Putzfrauen beschäftigt. Die WirtschaftlerInnen werden von den Betreibern der einzelnen Häuser eingestellt und sind neben Mahlzeitenzubereitung und Getränkeausgabe auch für den organisatorischen Ablauf in den jeweiligen Häusern (z.B. Mietabrechnung, Einkäufe und Büroarbeit, Abrechnung mit den Betreibern) zuständig. Die ständige Anwesenheit der WirtschaftlerInnen erhöht auch das Sicherheitsgefühl der Prostituierten, da sie im Falle von gewaltsamen Übergriffen seitens der Kunden schnellstmöglich handeln können (z.B. Notruf bei der Polizei). Sie sind häufig erste AnsprechpartnerInnen bei Problemen der Frauen und daher wichtige Kontaktpersonen für die Mitarbeiterin der Mitternachtsmission. Einige dieser Frauen waren früher selbst als Prostituierte tätig.

Um im Milieu bekannt zu bleiben und um möglichst vielen Frauen zu begegnen, ist es erforderlich, dass regelmäßige Besuche zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten und an unterschiedlichen Wochentagen sowie am Wochenende durchgeführt werden. Durch dieses kontinuierliche und verlässliche Beratungsangebot konnte somit im Jahr 2002 zu allen Häusern ein guter Kontakt gehalten werden.

Neben dem Beratungsangebot werden die Frauen auch über weitere, für sie wichtige Themen informiert (z.B. Hurenkongresse, Krankenversicherung für Prostituierte, sozialrechtliche Gleichstellung und das Infektionsschutzgesetz).

Arbeitsbedingungen der Prostituierten in der Linienstraße

Die Frauen, die in der Linienstraße arbeiten, haben sich in der Regel bewusst für die Prostitution in der Bordellstraße entschieden. Im Gegensatz zu vielen Bars gibt es in der Linienstraße keine Verpflichtung für die Frauen, Alkohol zu konsumieren. Die sexuelle Dienstleistung wird, anders als in Clubs und Saunabetrieben, meist schnell

erledigt. Am Fenster der "Koberräume" werden die ersten geschäftlichen Verhandlungen geführt. Für den Erfolg spielt die persönliche Anziehungskraft der Frauen eine entscheidende Rolle.

Für ein Prostitutionszimmer in der Linienstraße müssen die Frauen eine Kautions hinterlegen und bis zu 125 EUR täglich zahlen (incl. Putzgeld, Verzehr, Wäsche, Heizung), unabhängig davon, ob gearbeitet wird oder nicht. Hinzu kommt das sog. "Spargeld". Frauen, die am Monatsende keine Mietschulden haben, bekommen die angesparte Summe ausgezahlt, andernfalls wird sie für entstandene Mietschulden vom Haus einbehalten. Die durchschnittliche Arbeitszeit liegt zwischen 8 und 14 Stunden an 5 bis 7 Tagen in der Woche. Einige Prostituierte nutzen die Zimmer nicht nur als Arbeitsraum, sondern wohnen auch dort.

Die in der Linienstraße stattfindende Prostitution ist, was Übergriffe von Kunden angeht, relativ sicher. Die Polizei fährt regelmäßig Streife, und bei Problemen mit Kunden ist die Hilfe von Kolleginnen und WirtschaftlerInnen meist gegeben. Diese können über ein Telefon, einen Alarmknopf oder durch Hilferufe alarmiert werden.

Wie beschrieben, entstehen für Frauen, die in der Bordellstraße der Prostitution nachgehen, vorab hohe Kosten. Die sich verschlechternden Verdienstmöglichkeiten führen bei einem Anteil der Frauen zu einem Anstieg der sog. „Blockschulden“. Wenn diese (auch durch Krankheit oder Urlaub anfallenden) Miet- und Verzehrschulden einen bestimmten Betrag überschreiten, wird den Frauen das Zimmer gekündigt. Die Höhe dieses Betrages ist in den einzelnen Häusern unterschiedlich und wird von den jeweiligen Besitzern, Pächtern oder Verwaltern bestimmt.

Da die Frauen versuchen, die Blockschulden möglichst gering zu halten, vernachlässigen sie Schulden außerhalb des Milieus (z.B. bei Banken, Versandhäusern, Dienstleistungsbetrieben, Finanzämtern und Privatpersonen).

Weitere milieubedingte Schulden sind Zahlungsrückstände, z.B. für Möbel, Kleidung, Schmuck, Unterhaltungselektronik, die von Kolleginnen, Freunden und Bekannten (z.T. Zuhälter) aus zweiter Hand auf Ratenbasis gekauft wurden, "Abstandsgelder", mit denen sich Prostituierte von Zuhältern freikaufen und Kredite von Personen aus dem Milieu.

Die Schulden im Milieu erschweren in einigen Fällen die Beratungsarbeit erheblich. Milieuschulden sind zwar rechtlich nicht einklagbar, werden aber in der Regel mit massivem Druck und/oder Wucherzinsen eingefordert. Für viele der Klientinnen ist es deshalb oft vorrangig, die Schulden im Milieu zu begleichen, bevor andere dringende Probleme angegangen werden können (z.B. Suchtmittelabhängigkeit, Wohnungssuche, Ausstiegswunsch). Wenn es nicht gelingt, die ausstehenden Forderungen zu begleichen, kann der Druck durch die Gläubiger zur völligen psychischen und physischen Erschöpfung der Klientin führen.

Tendenzen

Hohe Arbeitslosigkeit und sinkendes Einkommen in der Bevölkerung wirken sich auch auf die finanziellen Möglichkeiten der Prostitutionskunden aus und haben - neben Konkurrenz und Preisverfall - zur weiteren Abnahme der Verdienstmöglichkeiten der Prostituierten in der Linienstraße geführt. Einige Frauen verlassen zeitweilig die Linienstraße in der Hoffnung, in anderen Städten mehr Geld zu verdienen und die in der Linienstraße angehäuften Mietschulden nicht zahlen zu müssen.

Die Fluktuation in der Linienstraße hat weiterhin zugenommen. Zwei Häuser hatten im Berichtsjahr aufgrund der schlechten finanziellen Situation und der nicht

ausreichenden Auslastung der Zimmer zeitweilig an bestimmten Tagen geschlossen. Wir konnten feststellen, dass weniger Zimmer vermietet wurden.

Nach wie vor ist ein hoher Anteil an ausländischen Frauen in der Linienstraße zu verzeichnen. Bei diesen Frauen handelt es sich überwiegend um EU-Bürgerinnen, Osteuropäerinnen und Afrikanerinnen, die mit deutschen Männern verheiratet sind. Ein zunehmendes Konkurrenzverhalten den Kolleginnen gegenüber wird deutlich. Insbesondere den ausländischen Prostituierten wird mit großer Skepsis begegnet.

Die Arbeitszeiten werden länger, der Verdienst geringer und der psychische Druck, unter dem die Frauen arbeiten, nimmt zu. Diesen Umstand machen sich die Kunden zunutze und versuchen, die Frauen gegeneinander auszuspielen. Sie fordern mehr Leistung für immer weniger Geld. Häufig verlangen sie sexuelle Dienstleistungen ohne Kondom. Ihr Verhalten den Frauen gegenüber ist insgesamt aggressiver und verächtlicher geworden.

Ungewöhnliche Sexualpraktiken (u.a. sado-masochistische Wünsche, Kliniksex), werden von den Kunden häufig angefragt. Zunehmend mehr Frauen bieten diese speziellen sexuellen Dienstleistungen an.

Einige, vor allem jüngere Prostituierte (18- bis ca. 25jährige), werden mit massivem psychischen und physischen Druck von Zuhältern zur Prostitution gezwungen. Überwiegend handelt es sich hierbei um ausländische Männer.

Viele Frauen versuchen, den auf ihnen liegenden Druck durch Einnahme von Drogen (z.B. Alkohol, Haschisch, Kokain) zu lindern und ihre Stimmung aufzuhellen.

Das Prostitutionsgesetz, das zum 1. Januar 2002 in Kraft getreten ist, schafft für Prostituierte die Möglichkeit des Einstiegs in die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

In Diskussionen mit den Frauen in der Linienstraße zeichnet sich trotz zahlreicher Fragen, wie das Gesetz in die Praxis umzusetzen ist, insgesamt eine positive Resonanz ab. Einige Frauen würden sich gerne in einem Angestelltenverhältnis von den Betreibern der Häuser als Arbeitnehmerinnen einstellen lassen. Dem steht entgegen, dass die Häuser in der Linienstraße Beherbergungsbetriebe sind. Die Frauen dort sind keine Angestellten, sondern Mieterinnen ihrer Zimmer und somit weiterhin selbständig tätig.

Es besteht die Notwendigkeit zu einer umfassenden Öffentlichkeitsarbeit bzgl. des Prostitutionsgesetzes.

Aus diesem Grund führt die Mitternachtsmission weiterhin Informationsveranstaltungen für die Öffentlichkeit, aber vor allem für die Betroffenen (Prostituierte, Betreiber der Häuser, Clubbesitzer) durch, um zu erarbeiten, wie das Gesetz in der Praxis umgesetzt werden kann.

4.2. Bordellähnliche Betriebe

Zu den bordellähnlichen Betrieben gehören z.B. Sauna- und FKK-Clubs, Massagesalons, Partnerdirektvermittlungen, Begleitservices, Callgirl-Vermittlungen, Bars und Kneipen, in deren Hinterzimmern der Prostitution nachgegangen wird und die Wohnungsprostitution sowie Telefonsex- und Internetanbieterinnen.

In den letzten Jahren kommen zunehmend Gaststätten, Discotheken, sogenannte Teestuben, Spielotheken, Kioske und sogar Hinterzimmer von ausländischen Lebensmittelgeschäften als Orte für das Angebot von sexuellen Dienstleistungen hinzu.

Hier arbeiten fast ausschließlich ausländische Prostituierte. Es schließen ständig Clubs, andere werden eröffnet und der Druck auf die dort arbeitenden Frauen ist groß.

Ein genaues Festsetzen der Anzahl ist schwer und dadurch, dass ständig Clubs schließen, andere eröffnet werden, ist die Fluktuation bei den Frauen groß. Viele arbeiten nur gelegentlich und unregelmäßig oder wechseln von einer Einrichtung zur anderen, zum Teil auch in andere Städte oder Bundesländer.

	2002
Der Mitternachtsmission bekannte Frauen, die in bordellähnlichen Betrieben arbeiten/arbeiteten in Betreuung	307 104
die Tätigkeit als Prostituierte aufgegeben haben	20
Zusätzlich in die Beratungsarbeit einbezogen werden mussten: Kinder	79
andere Angehörige	37

Einen Schwerpunkt legte die Mitternachtsmission 2002 auf Aufklärung, Information und Betreuung/Begleitung im Bereich sexuell übertragbarer Erkrankungen (STD). Ostern und Weihnachten wurde in allen bordellähnlichen Betrieben Informationsmaterial in acht verschiedenen Sprachen verteilt.

In 87 Betrieben wurden z.B. mehrfach ausführliche Informationsgespräche durchgeführt.

Außerdem wurden regelmäßig 9 Milieukneipen aufgesucht. Insgesamt wurden 307 Klientinnen erreicht.

Bei den Gesprächen äußerten die Klientinnen großes Interesse und Besorgnis, dass sexuell übertragbare Krankheiten wieder ein erhöhtes Berufsrisiko sind. Wesentlich mehr Frauen als in den vergangenen Jahren entschlossen sich aufgrund der Beratung zu umfangreichen Testungen.

Die Mitternachtsmission plant in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Gesundheitsamt der Stadt Dortmund für das Jahr 2003 eine neue umfangreiche Informationsbroschüre zu erstellen.

Im Bereich der Wohnungsprostitution wechseln die Frauen sehr häufig. Die Wohnungen und Apartments sind überwiegend von den Frauen selbst gemietet. Das heißt, sie mieten nicht von den Hausbesitzern direkt, sondern von Hauptmietern, z.B. Zuhältern, die häufig täglich die (stark überhöhte) Miete kassieren und nach Belieben kündigen und anderweitig weiter vermieten.

Viele Ausländerinnen, die in diesem Bereich arbeiten, werden von den Nutznießern der Prostitution völlig abgeschirmt.

Die Zahl der im Bereich bordellähnlicher Betriebe in Dortmund arbeitenden Frauen ist u.E. im Jahre 2002 gleich geblieben. Allerdings beobachten wir eine hohe Fluktuation. Im Bereich der FKK-Clubs finden häufig Betreiberwechsel statt (Schließung und Wiedereröffnung durch andere Betreiber).

In FKK-Clubs arbeiten bis zu 20 Frauen. Arbeiten in FKK-Clubs bedeutet für Prostituierte eine psychisch und physisch besonders anstrengende Tätigkeit.

Es arbeiten zunehmend junge Frauen in diesem Bereich.

Kunden der bordellähnlichen Betriebe sind zumeist Männer, die bereit sind, größere Summen für sexuelle Dienstleistungen zu zahlen und über "Tagesfreizeit" verfügen, d.h. sie können unbehelligt, auch während der üblichen Bürozeiten, ihre Firmen und Betriebe verlassen und nehmen ggf. Geschäftsfreunde oder potentielle Auftraggeber mit.

Umworben wird im Clubbereich der "anspruchsvolle Herr", d.h. in erster Linie solvent, aber auch, dass der Kunde ggf. besondere Wünsche (nach speziellen Dienstleistungen) hat. Die Intimität der Clubs und Apartments lockt Prostitutionskunden an, denen Anonymität wichtig ist. Auch benötigen sie z.T. für eine befriedigende Ausführung der gewünschten besonderen sexuellen Dienstleistungen ein aufwendigeres Interieur als in anderen Prostitutionsbereichen verfügbar ist. Hinzu kommt, dass Frauen, die illegal der Prostitution nachgehen, hier besser verborgen werden können als in der Linienstraße oder auf dem Straßenstrich. Im Bereich der Vermittlung von Frauen in diese Clubs arbeiten überwiegend ausländische Männer. Sie profitieren vom Prostitutionslohn und verhandeln direkt mit den Betreibern dieser Clubs. Sie haben somit einen genauen Überblick über die Verdienste der Frauen.

Der Anteil von ausländischen Frauen, die der Prostitution nachgehen, steigt weiterhin. Schwerpunktmäßig beobachten wir dies bei Migrantinnen aus den baltischen Staaten, aus Polen, Tschechien und den GUS-Staaten.

Prostituierte aus anderen Ländern werden von Deutschen als Konkurrenz empfunden und bekämpft.

In den Einrichtungen wie Teestuben etc. sind Betreiber, Kunden und Prostituierte meist ausländischer Herkunft.

In den letzten Jahren ist eine große Anzahl der Teestuben und anderer Einrichtungen, in denen illegale Prostitution stattfindet, in gemeinsamen Aktionen der Dortmunder Polizei und der Ordnungsbehörde geschlossen worden.

Nach wie vor hält sich der Trend zu außergewöhnlichen Sexualpraktiken (Sado-Maso-Bereich). Hier scheint für Prostituierte, die sich spezialisiert haben, ein einigermaßen gesicherter Einkommensbereich zu bestehen; allerdings auch nur dann, wenn sie bereit sind, besondere Leistungen wie Klinik- und Fäkaliensex (Natursekt/Kaviar) anzubieten. Die Anbieterinnen vermuten, dass der Bedarf nach größeren Freizügigkeiten in den Medien geweckt bzw. forciert wird. Hier fällt besonders auf, dass jüngere Prostitutionskunden (20-40 Jahre) diese Praktiken häufiger nachfragen. Auch wird die Grenze zu schwerer Körperverletzung häufiger (und entgegen der vorherigen Absprache) überschritten.

Prostituierte in bordellähnlichen Betrieben

Die Auswahlkriterien, welche Frau in welchem Betrieb für wieviel Geld arbeiten kann, sind hart. Es genügt nicht, hübsch zu sein. Es ist notwendig, sich durchgängig freundlich und charmant zu zeigen; d.h. auch vor und nach den eigentlichen Dienstleistungen mit den Kunden zu flirten, zu plaudern oder sexuelle Manipulationen hinzunehmen. Außerdem wird die Bereitschaft/Fähigkeit zu speziellen Dienstleistungen (z.B. Oral- und Analverkehr) und das schnelle Überwechseln in andere Clubs verlangt. Frauen, die profitabel arbeiten, werden zunehmend härteren Abwerbpraktiken durch sogenannte Vermittler ausgesetzt.

Den Frauen entstehen hohe Ausgaben für Kosmetik und Arbeitskleidung, um ihre Attraktivität zu steigern. Die ständige Freundlichkeit und Konzentration auf die Wünsche der Kunden während der gesamten Arbeitszeit üben starken psychischen und physischen Druck auf die Frauen aus, den sie durch Einnahme von Drogen zu lindern versuchen. Der Schwerpunkt liegt in diesem Bereich verstärkt auf Kokain. Die Kunden bringen es häufig schon mit oder verlangen in den Clubs danach. Sie wünschen, dass auch die Frauen Kokain nehmen. Die Frauen willigen zumeist ein, weil die Droge die Sexarbeit erleichtert, die Dauer der Dienstleistung verlängert und dadurch die Einnahmen erhöht werden. Kokaingebrauch hilft vielen dieser Frauen auch außerhalb der Arbeitszeiten sich zu entspannen und von der Sexarbeit zu

distanzieren. Besonders in „In-Lokalen“ und „Schickeria-Gastronomie“, aber auch in den sogenannten „Muckibuden“ (Sportstudios), in denen sie (häufig mit Freunden, die ihren Lebensunterhalt im Prostitutionsmilieu verdienen) ihre Freizeit verbringen, ist Kokain leicht zu erwerben.

Im Jahr 2002 mussten Prostituierte bezüglich ihrer häufig schwerwiegenden Drogenproblematik verstärkt beraten werden.

In bordellähnlichen Betrieben werden Arbeitszeiten und Orte häufig willkürlich bestimmt und wechseln. Vergehen gegen die Arbeitsdisziplin wurden schon früher mit Geldbußen oder Arbeitsverbot belegt. Es kommt hier auch zu brutalen körperlichen Übergriffen. Verlängerte Arbeitszeiten und größere Arbeitsleistungen (z.T. als entwürdigend empfundene Praktiken) für weniger Geld müssen in Kauf genommen werden. Gezielt werden Frauen, die sich für mehr Rechte gegenüber den Organisatoren der Prostitution und Arbeitserleichterungen einsetzen, ausgeschaltet. Dies geschieht durch besonders rüdes Anheizen von Konkurrenzverhalten, Verleumdung, aber auch durch Druck auf solidarische Frauen.

Deutsche und europäische Frauen werden zu Ungunsten von Afrikanerinnen, Asiatinnen und Osteuropäerinnen beeinflusst. Ausländische Frauen werden gezwungen für weniger Geld zu arbeiten bzw. einen größeren Anteil des Prostitutionslohnes abzugeben und/oder ohne Kondom zu arbeiten.

Hinzu kommen Probleme und Auseinandersetzungen im partnerschaftlichen Bereich (z.T. mit schweren Körperverletzungen), die verstärkt werden durch die beeinträchtigten Verdienstmöglichkeiten, Schwierigkeiten bei der Erziehung von (heranwachsenden) Kindern, ungewollte Schwangerschaften und die zunehmende Anzahl von Konkurrentinnen aus dem Ausland.

Die Verschuldung der Klientinnen nimmt zu und damit der Wunsch, schneller Geld zu verdienen. Die Frauen willigen in schmerzhaftere Praktiken ein, werden Opfer von dubiosen Geldverleihern, brutalen Inkasso-Diensten oder lassen sich leichtgläubig auf Geschäfte am Rande oder außerhalb der Legalität ein. Das verstärkt ihre Probleme und führt oftmals zu Gerichtsverfahren mit anschließender Haftstrafe. Eine auffällige und sich verstärkende Realitätsferne der Klientinnen wurde festgestellt. Eine den Erfahrungen völlig widersprechende Hoffnung auf plötzlichen Verdienstanstieg und die Überschätzung der eigenen Macht und Möglichkeiten, sich gegenüber brutalen Ausbeutern aus dem Prostitutionsmilieu durchzusetzen, wechselt sich ab mit tiefer Apathie und „Befreiungsphantasien“.

Eigene Aktivitäten, sich aus bedrückenden Situationen zu lösen, werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Anzeigen bei der Polizei, die von Misshandlern, Vergewaltigern und von physischem Druck befreien könnten, werden nicht erstattet. Es scheint uns, als ob Brutalität, Härte und Gewalt die Kraft zum Widerstand bei vielen Frauen gebrochen haben. Sie glauben nicht, dass die Polizei ihnen helfen wird oder sie schützen kann. Sie fürchten sich nur noch vor den Verbrechern, die zunehmend die Prostitution kontrollieren und halten sie für übermächtig.

An die Mitternachtsmission werden zunehmend Ausstiegswünsche herangetragen. Statt Ausstiegswünsche zu realisieren und Selbständigkeit anzustreben, versinken immer mehr Frauen in Apathie, und ihre Kraft reicht nur noch für Rachephantasien aus.

Es ist sehr zeitaufwendig, hier nachhaltig erfolgreich sozialarbeiterisch und beratend tätig zu sein. Erschwerend kommen steigende Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit hinzu, durch die die Klientinnen aufgeben. Um hier wieder Motivation und

Selbsthilfepotential zu wecken, muß verstärkt individuell auf die Frauen eingewirkt werden. Damit vermieden wird, dass Prostituierte die Lösung ihrer Probleme (z.B. Schulden, Familienkonflikte, ernste Erkrankungen) aufschieben, bis sie psychisch und physisch am Ende sind, ist es notwendig, dass die Sozialarbeiterin sich regelmäßig im Milieu aufhält.

2002 sind 20 Frauen, die vorher in längerer Beratung in diesem Arbeitsbereich waren, mit Hilfe der Mitternachtsmission ausgestiegen.

Einsteigerinnen, die hoffen, drückende finanzielle Probleme durch das in der Prostitution verdiente Geld zu lösen, rücken allerdings ständig nach.

Männer, die vom Prostitutionslohn profitieren, verstärken ihre Aktivitäten, um Frauen in das Prostitutionsmilieu zu drängen.

Bordellähnliche Einrichtungen und Clubs mit deutschen Betreibern werden oft von ausländischen "Vermittlern" angerufen und bekommen "willige und dankbare Frauen, die alles billig tun" aus dem Ausland angeboten. Hier handelt es sich meist um Opfer von Menschenhandel, aber auch um Frauen, die mit deutschen Männern verheiratet sind. Oft sind das Ehen, die geschlossen wurden, damit die Frau legal der Prostitution nachgehen kann. Frauen berichten uns auch von Banden, die unmittelbar an der deutschen Grenze agieren und die Frauen direkt nach Grenzübertritt mit deutschen oder „EU-Männern“ verheiraten. Diese „Ehen“ sind von langer Hand vorbereitet und dienen nur dem Zweck, den Aufenthalt der Frauen zu legalisieren, damit sie in den Bordellen arbeiten können.

In einigen Einrichtungen, in denen überwiegend ausländische Frauen arbeiten, die z.T. durch Menschenhändler eingeschleust worden sind, werden Frauen durch physische Gewalt zur Prostitution gezwungen und massiv daran gehindert, aus der Prostitution auszusteigen.

Von Bordell-Betreiberinnen wird häufig verlangt, dass sie Neuankömmlinge aus anderen Ländern "anlernen" und sie in die Prostitution einweisen. Hierfür werden von den Vermittlern manchmal relativ hohe Summen gezahlt.

Teilweise wird versucht, die deutschen BetreiberInnen auch einzuschüchtern, wenn sie an solchen Angeboten nicht interessiert sind. Die meisten der deutschen BetreiberInnen sehen sich als Geschäftsleute im Unterhaltungsbereich und lehnen Menschenhandel und andere illegale Geschäfte zunächst ab. Für sie wird es schwieriger, sich abzugrenzen und dem Druck der "Vermittler" nicht nachzugeben.

Gelingt es diesen Vermittlern, Prostituierte, die für sie arbeiten, in bestehende Betriebe einzuschleusen, können sie sehr schnell Kontrolle über einen Betrieb erhalten und es kommt in kurzer Zeit zur Übernahme. Der Betreiber/die Betreiberin wird eingeschüchtert und zur Übergabe des Betriebes gezwungen und evtl. in die Rolle des kompetenzlosen Strohmannes gedrängt.

So ist eine Veränderung nach außen zunächst unsichtbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass die BetreiberInnen selten auch die Besitzer der Einrichtung sind und dass auch die als Eigentümer eingetragenen Personen überwiegend nicht die sind, die die Regeln und Vorgehensweisen vor Ort bestimmen.

5 Klientinnen bekamen Kinder, 4 haben danach die Prostitutionstätigkeit wieder aufgenommen, weil der Lebenspartner darauf drängte, bzw. die Beziehung abbrach. Sehr viele entschlossen sich zu einem Schwangerschaftsabbruch, da sie letztlich die Zukunftsperspektiven für alleinerziehende (sich prostituierende) Mütter als ausweglos ansahen oder befürchteten, den Partner zu verlieren oder wegen ihrer Schwangerschaft größerer Brutalität ausgesetzt zu sein.

Veränderungen in bordellähnlichen Betrieben

Besitz- und Machtverhältnisse sind in den letzten Jahren im Bereich der Bordellähnlichen Betriebe undurchsichtiger geworden und wechseln rasch. Viele Betriebe sind in FKK-Clubs umorganisiert worden. Dadurch sind auch Vorgehensweisen in der Sozialarbeit schlechter plan- und durchführbar.

Deutsche Frauen in der Wohnungsprostitution verdienen immer schlechter durch die preisdrückende Konkurrenz der FKK-Clubs. Für sie entstehen z.B. Mietschulden, Schulden bei Banken, Kreditgebern, Energieunternehmen usw..

Um Verdienstaufwände auszugleichen, reisen zwischenzeitlich immer mehr Frauen für einige Zeit in andere europäische Länder (z.B. Holland, Belgien, Spanien), um dort als Prostituierte zu arbeiten.

Ältere, schlecht verdienende Frauen arbeiten zusätzlich in der Straßenprostitution mit dem Wunsch, Verdienstaufwände auszugleichen. Andere versuchen zwischenzeitlich in anderen Städten oder anderen europäischen Ländern als Prostituierte zu arbeiten.

Eine Verlagerung der Apartment- und Hotelprostitution wurde beobachtet. Durch Vermittlung von Clubs und Agenturen werden Prostituierte über Handy benachrichtigt. Sie treffen ihre Kunden teilweise in Gaststätten und führen ihre Dienstleistungen in der eigenen Wohnung oder Hotels aus. Andere, zunehmend Gelegenheitsprostituierte, kontaktieren ihre Kunden in Gaststätten, Bars und Diskotheken und nehmen sie für die Dienstleistungen mit in die eigene Wohnung. Diese Frauen haben unseren Erfahrungen nach keine Zuhälter und arbeiten überwiegend ohne Wissen ihrer Partner und Familien, um finanzielle Engpässe aufzubessern oder momentanen Notsituationen zu entkommen. Wir befürchten allerdings, dass ein Übergang in das feste Prostitutionsmilieu vorprogrammiert ist, da Personen, die vom Prostitutionslohn profitieren, diese neue Erwerbsquelle für sich erschließen werden.

Bei deutschen Prostituierten steigen der Ausstiegswunsch und die Bestrebungen nach beruflicher Veränderung.

Es ist erkennbar, dass immer mehr ausländische Frauen der Prostitution nachgehen. Dabei handelt es sich sowohl um Frauen, die mit dem Wunsch hier als Prostituierte zu arbeiten, herkommen, als auch um Frauen, die unter falschen Voraussetzungen hergelockt und zur Prostitution gezwungen werden. Bei ausländischen Frauen ist die Ausstiegshilfe schwieriger, da Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe häufig nicht vorliegen (z.B. illegaler Aufenthalt, noch bestehende Ehen mit deutschen Männern, die vom Prostitutionslohn profitieren).

Prostituierte aus anderen Ländern werden von den deutschen als Konkurrenz empfunden und bekämpft (s. Punkt 4.3.)

Hierbei handelt es sich in Dortmund nicht ausschließlich um Frauen aus Staaten, die das Schengen-Abkommen unterzeichnet haben oder Osteuropäerinnen, sondern zunehmend auch um Asiatinnen und Südamerikanerinnen, die deutsche Ehemänner haben und legal der Prostitution nachgehen können oder um illegal eingeschleuste Frauen aus unterschiedlichen Ländern. Hier fiel uns besonders eine Zunahme von Frauen aus den baltischen Staaten auf, die zunächst im Bereich der Gaststätten eingesetzt und dabei auf eine Tätigkeit in der Prostitution vorbereitet werden.

Eine besondere Problematik sind junge Ausländerinnen der zweiten Generation, die der Prostitution nachgehen. Sozialarbeiterische Hilfe ist hier besonders schwierig, da das Selbstwertgefühl dieser jungen Frauen häufig so gedrückt ist, dass sie nicht glauben, dass sie Hilfe verdienen, oder dass Schutz vor ihren (teilweise unglaublich brutalen) Zuhältern möglich ist. Sie trauen sich nicht, polizeilichen Schutz in

Anspruch zu nehmen oder Aussagen zu machen, weil sie polizeiliche Möglichkeiten zu ihrem Schutz oder zur Strafverfolgung der Täter nicht für möglich halten.

Bei den Kunden besteht eine ausgeprägte Tendenz zu Forderungen nach erhöhter Leistung für weniger Bezahlung.

4.3. Ausländische Prostituierte

Die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission hatten Kontakt zu 174 ausländischen Prostituierten. Opfer von Menschenhandel sind hier nicht berücksichtigt.

Der Anteil der ausländischen Frauen in der Prostitution hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Dies trifft besonders auf die bordellähnlichen Betriebe und auf die Linienstraße zu. Aber auch in den anderen Arbeitsbereichen stieg die Zahl der ausländischen Prostituierten, zu denen die Mitternachtsmission Kontakt hatte. Einige ausländische Prostituierte wandten sich direkt an die Mitarbeiterin im Arbeitsbereich „Nachgehende Ausstiegshilfen“ mit dem Wunsch, aus der Prostitution auszusteigen.

Bei den Ausländerinnen handelt es sich sowohl um Frauen, die mit dem Wunsch hier als Prostituierte zu arbeiten, herkommen, als auch um Frauen, die unter falschen Voraussetzungen hergelockt und zur Prostitution gezwungen werden. Bei ausländischen Frauen ist die Ausstiegshilfe schwieriger, da Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe häufig nicht vorliegen (z.B. illegaler Aufenthalt, noch bestehende Ehen mit deutschen Männern, die vom Prostitutionslohn profitieren).

Hierbei handelt es sich in Dortmund nicht ausschließlich um Frauen aus Staaten, die das Schengen-Abkommen unterzeichnet haben oder Osteuropäerinnen, sondern zunehmend auch um Asiatinnen, Afrikanerinnen und Südamerikanerinnen, die deutsche Ehemänner haben und legal der Prostitution nachgehen können oder um illegal eingeschleuste Frauen aus unterschiedlichen Ländern (siehe auch Punkt 4.2.).

Prostituierte aus anderen Ländern werden von den deutschen als Konkurrenz empfunden und bekämpft.

Junge Frauen, die nach Deutschland kamen, um hier der Prostitution nachzugehen, und nun feststellen, dass sie dem Druck und der Ausbeutung nicht gewachsen sind, wünschen sich häufig, einen Deutschen zu heiraten. Einigen gelingt es, Prostitutionskunden zu heiraten. Es handelt sich z.T. um Männer, die eine attraktive Frau „vor der Prostitution“ retten wollen (hier spielt auch manchmal der Wunsch mit, siegreich einen Kampf gegen Zuhälter zu gewinnen oder diese auszutricksen) oder die Vorstellung, eine gedemütigte Frau würde in der Ehe eine besonders willige Dienerin sein. Andere nehmen die Dienste von dubiosen Heiratsvermittlern in Anspruch, bzw. werden von ihren Zuhältern an diese verkauft.

Hier handelt es sich meist um Opfer von Menschenhandel. Oft sind das Ehen, die geschlossen werden (häufig auch schon in den Heimatländern), damit die Frau hier legal der Prostitution nachgehen kann. Frauen berichten uns auch von Banden, die unmittelbar an der deutschen Grenze agieren und die Frauen direkt nach Grenzübertritt mit deutschen oder „EU-Männern“ verheiraten. Diese „Ehen“ sind von langer Hand vorbereitet und dienen nur dem Zweck, den Aufenthalt der Frauen zu legalisieren, damit sie in den Bordellen arbeiten können. Im Milieu kursierten Kataloge, in denen die Frauen zum „Kauf“ angeboten werden.

Hinzu kommt, dass viele Ausländerinnen, die in diesem Bereich arbeiten, von den Nutznießern der Prostitution völlig abgeschirmt werden.

Bordellähnliche Einrichtungen und Clubs mit deutschen Betreibern werden oft von ausländischen "Vermittlern" angerufen und bekommen "willige und dankbare Frauen, die alles billig tun" aus dem Ausland angeboten.

In einigen Einrichtungen, in denen überwiegend ausländische Frauen arbeiten, die z.T. durch Menschenhändler eingeschleust worden sind, werden Frauen durch physische Gewalt zur Prostitution gezwungen und massiv daran gehindert, aus der Prostitution auszusteigen.

Hier sind Betreiber, Kunden und Prostituierte meist ausländischer Herkunft. Die dort arbeitenden ausländischen Prostituierten sind nicht mehr fast ausschließlich osteuropäischer Herkunft. Wir treffen nun auch zunehmend Afrikanerinnen, Asiatinnen, Türkinnen zweiter Generation und Frauen aus dem früheren Jugoslawien. In den letzten Jahren ist eine große Anzahl der Teestuben und anderen Einrichtungen, in denen illegale Prostitution stattfindet, in gemeinsamen Aktionen der Dortmunder Polizei und der Ordnungsbehörde geschlossen worden. Das hatte Signalwirkung auf die Betreiber, die sich nun bevorzugt außerhalb der Stadtgrenzen von Dortmund niederlassen. Eine große Anzahl von bulgarischen Frauen, die sich illegal in Deutschland aufhalten, arbeiten aber auch auf der Straße. Sie werden überwiegend von ausländischen Zuhältern kontrolliert. Die Polizei und die Mitternachtsmission gehen davon aus, dass diese Opfer von Menschenhandel sind (siehe auch Punkt 4.4.).

4.4. Hilfen für Opfer von Menschenhandel (HOM)

Opfer von Menschenhandel sind Frauen und Mädchen, die in der Regel mit falschen Versprechungen nach Deutschland gelockt und hier mit psychischem und/oder physischem Druck zur Prostitution gezwungen werden. Opfer von Menschenhandel sind Opfer schwerer Straftaten.

Seit dem 01.01.96 fördert das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW 1,5 Stellen zu 85% in diesem Arbeitsbereich.

Opfer von Menschenhandel kommen überwiegend aus Ost- und Mitteleuropa (an erster Stelle aus Bulgarien, gefolgt von Polen, Litauen und der Ukraine), aber wir können feststellen, dass sich das Spektrum der Herkunftsländer stetig erweitert. Es gibt zunehmend Frauen aus Süd- und Mittelamerika, aus Asien und Afrika.

Diese Entwicklung bringt Sprachprobleme mit sich und erfordert von den Sozialarbeiterinnen neu zu gestaltende Strategien im Umgang mit den Frauen aus fremden Kulturen.

Inzwischen gibt es Sprachprobleme mit Frauen aus den ehemaligen Ostblockstaaten, die häufig kein Russisch mehr sprechen. Die Sprachbarrieren erschweren die Beratung und Betreuung der Klientinnen. Für einige Sprachen, z.B. die Baltischen, sind nur schwer geeignete Dolmetscherinnen zu finden.

	2002
Opfer von Menschenhandel	113
(Frauen und Mädchen:111/Jungen:2)	
davon Minderjährige	19
In die Beratung mit einbezogen werden mussten:	
Kinder	21
andere Angehörige	6

Zusätzlich 16 Opfer von Menschenhandel wurden in den anderen Arbeitsbereichen betreut.

Ursprungsländer der Frauen, die Opfer von Menschenhandel sind:

Russland	4		
Polen	11	+ 4 Kinder	
Ukraine	10	+ 3 Kinder	
Litauen	11	+ 1 Kind	+ 2 Jungen
Bulgarien	16		
Weißrussland	2		
Rumänien	6	+ 2 Kinder	
Tschetschenien	1		
Lettland	1		
Türkei	2		
BRD	5		
China	5		
Thailand	6		
Indien	1		
Nigeria	6		
Ghana	1		
Bogota	1		
Sierra Leone	6	+ 1 Kind	
Guinea	3	+ 1 Kind	
Dominikanische Republik	2	+ 4 Kinder	
Brasilien	1		
Albanien	1		
Philippinen	1		
Tschechien	1		
Kirgisien	1		
Equador	2	+ 3 Kinder	
Jugoslawien	1	+ 2 Kinder	
Afghanistan	1		
Osteuropa	2		

Eine bedeutende Veränderung ergab sich bei der Kontaktaufnahme der von Menschenhandel betroffenen Frauen zur Mitternachtsmission. In den letzten Jahren lernten wir die Hälfte der Frauen und Mädchen über die verschiedenen Polizeidienststellen oder Ausländerämter kennen. Der andere Teil der Frauen wurde über das Milieu, d.h. über z.B. deutsche Prostituierte oder durch Dritte (z.B. andere Beratungsstellen, Nachbarn von Wohnungen, in denen Opfer festgehalten wurden, das Bundesamt für Asyl, Pfarrer und Krankenhäuser) in die Beratung der Mitternachtsmission vermittelt. 2002 kamen dagegen nur 25 % der Klientinnen über die Polizei, 25 % über das Milieu und 50 % der Frauen über Dritte. Wir führen diese Entwicklung auf die vermehrte Sensibilisierung der Öffentlichkeit zurück. Dazu gehören in diesem Jahr auch zum ersten Mal Selbstmelderinnen, die z.B. über das Hilfeangebot der Mitternachtsmission in ihrem Herkunftsland durch Partnerorganisationen erfahren hatten.

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW gewährte Mittel zur Deckung der Unterbringungskosten für von Menschenhandel betroffene Frauen und Mädchen und Mittel für Dolmetscher-, Rechtsanwalts- und Honorarkosten.

Während die Kosten für Rechtsanwälte (z.B. bei der Erstberatung) häufig mit Hilfe des Weißen Ringes gedeckt werden konnten und eine Nebenklagevertretung über

Prozesskostenhilfe finanziert wurde, setzten wir die Mittel des Ministeriums überwiegend für Honorarkosten ein, die besonders umfangreich waren, wenn wir eine größere Anzahl von Opfern an unterschiedlichen Orten unterbringen und betreuen mussten. Im Berichtsjahr waren die Honorarkosten für die muttersprachliche Betreuung und Dolmetscher höher als in den Vorjahren.

Die tatsächlich von der Mitternachtsmission aufgewandten Honorarkosten waren höher als der vom Ministerium erstattete Betrag. Ein erheblicher Restbetrag musste von der Mitternachtsmission erbracht werden.

Der **Weißer Ring** hat auch in anderen schwierigen Situationen von uns betreuten Opfern von Menschenhandel schnell und unbürokratisch Hilfe geleistet.

Viele ausländische Frauen, die hier als Prostituierte arbeiten, sind in ihrer Heimat bereits der Prostitution nachgegangen und kommen nun mit einem Besuchervisum, um hier profitabler zu arbeiten und so ihre Familien in den Heimatländern zu unterstützen. Die oftmals katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen im Heimatland zwingen sie dazu, mit der Prostitutionstätigkeit ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Der ungewisse Weg ins westliche Ausland verspricht einen Verdienst, der im Heimatland nicht zu erwirtschaften ist. Diese Frauen wissen, dass sie sexuelle Dienstleistungen erbringen müssen. **Trotzdem werden auch sie häufig Opfer von Menschenhandel gemäß §§ 180b, 181 StGB.**

Die Frauen werden massiv an der Aufgabe der Prostitution gehindert. Von ihnen werden sexuelle Praktiken erzwungen, die sie freiwillig nicht verrichten würden. Sie werden mit Drohungen und List dazu gebracht, den größten Teil ihres Prostitutionslohnes abzugeben, und mit falschen Ausweispapieren und Visa ausgestattet. Die Hilflosigkeit, bedingt durch den Aufenthalt in einem für sie fremden Land wird ausgenutzt, um sie auszubeuten und zu demütigen. Gelegentlich werden sie durch Druck und Drohungen dazu veranlasst, andere Frauen zur Prostitutionstätigkeit zu bewegen und den Menschenhändlern zuzuführen. Hierdurch bedingte Ekel- und Schuldgefühle werden bestärkt dadurch, dass die Schlepper und Zuhälter betonen, dass sie sich nun auch strafbar gemacht und somit ein großes Interesse daran haben müssen, nicht gegen die Menschenhändler auszusagen.

In den bordellähnlichen Betrieben, in denen überwiegend osteuropäische Frauen arbeiten, die durch Menschenhändler mit falschen Versprechungen auf legale Arbeit hierher gelockt oder verschleppt wurden, werden diese Frauen durch psychische und physische Gewalt zur Prostitution gezwungen. Die Einrichtungen, in denen sie zur Prostitution gezwungen werden, sind unseren Beobachtungen nach zum großen Teil in den Händen von ausländischen Betreibern. Die Frauen haben für Visa und Pass bezahlt oder sich verpflichtet, die Zahlungen vom Arbeitslohn in Deutschland vorzunehmen. Sie sind hilflos, haben überwiegend keine deutschen Sprachkenntnisse und werden durch sexuelle Misshandlungen und Demütigungen, Prügel, Folter (z.B. Brandwunden, Messerschnitte), Drogen, Alkohol, Medikamente und Drohungen gefügig gemacht. Den eingeschüchterten Frauen und Mädchen werden durch die Menschenhändler alle Hoffnungen auf Hilfe durch deutsche Behörden genommen.

Im Sommer 2002 haben wir festgestellt, dass zahlreiche bulgarische Frauen und Mädchen auf dem Straßenstrich besonders im Bereich der Mallinckrodtstraße der Prostitution nachgegangen sind. Wir gehen davon aus, dass die meisten Opfer von Menschenhandel sind. Wir haben beobachtet, dass sie während ihrer Tätigkeit auf der Straße von bulgarischen oder türkischen Männern überwacht worden sind. Unsere Einschätzung wird auch von der Polizei Dortmund vertreten. Da den

betroffenen Frauen in der Regel kein rechtswidriges Verhalten nachgewiesen werden kann, hat die Polizei nur wenige Möglichkeiten, sie festzunehmen. Die Mitternachtsmission hat einen Informationsflyer zur Gesundheitsvorsorge in bulgarischer Sprache erstellt, der im Rahmen der Streetwork auf dem Straßenstrich und durch die Polizei an die Frauen und Mädchen verteilt wird. Dadurch soll das Beratungs- und Hilfeangebot der Mitternachtsmission bekannt gemacht werden. Im Rahmen einer großen Aktion verteilte die Polizei Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen, mit denen die auf dem Straßenstrich angetroffenen Frauen zur rechtlichen Situation belehrt wurden. Zusätzlich wurden die Personalien der Frauen festgestellt. Bei wiederholtem Antreffen wurden sie in Polizeigewahrsam gebracht und vernommen. Die meisten dieser Frauen sind nicht bereit, gegen die Schleuser, Zuhälter und Menschenhändler auszusagen, da sie zu sehr eingeschüchtert sind. Aufgrund der polizeilichen Maßnahmen wurde zunächst eine Verschiebung der Szene in andere Straßen und in Wohnungen erreicht. Wir gehen davon aus, dass diese Form der Prostitution im kommenden Sommer wieder anwächst, sobald die Temperaturen ansteigen.

Opfer von Menschenhandel sagen bei Vernehmungen nach Polizeirazzien häufig aus, dass sie freiwillig der Prostitution nachgegangen sind, weil sie durch die Drohungen der Menschenhändler verängstigt sind und starke Repressalien befürchten. Auch bei einfühlsamen Vernehmungen durch die Polizei bleiben sie bei ihrer Aussage. Somit fallen sie nicht unter die Erlasse des Innenministers NRW und werden in Abschiebehäft genommen. Seit einigen Jahren haben wir guten Kontakt zu den ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen der Haftanstalt Neuss, die uns benachrichtigen, wenn sich ihnen Opfer von Menschenhandel aus der Umgebung von Dortmund anvertrauen.

Die Mitternachtsmission überprüft in solchen Fällen die Hilfemöglichkeiten und stellt den Kontakt zu Polizei und Ausländerbehörden her, wenn diese Frauen aussagen wollen. Sie können dann ggf. aus der Haftanstalt entlassen werden.

Von Menschenhandel betroffene Frauen sind häufig verunsichert, verängstigt und haben keine deutschen Sprachkenntnisse, benötigen medizinische Versorgung, Nahrung, Bekleidung, Hygieneartikel, psychosoziale Betreuung und sichere Unterbringungsmöglichkeiten. Sie misstrauen der Polizei, den Ausländerbehörden und leben berechtigt in großer Angst vor der Verfolgung durch Menschenhändler und "Vermittler".

Laut Runderlassen des Innenministers NRW seit 1989 (Maßnahmen gegen den Prostitutionstourismus, Menschenhandel mit ausländischen Frauen und Mädchen) besteht die Möglichkeit, die Abschiebung dieser Frauen solange zurückzustellen und vorübergehend eine Duldung zu erteilen, wie sie als Zeuginnen in einem Strafverfahren in diesem Zusammenhang benötigt werden und aussagen wollen.

Unabhängig davon ist in denjenigen Fällen, in denen die Umstände ihres Antreffens durch die Polizei dafür sprechen, dass eine Ausländerin als Opfer von Menschenhandel in Betracht kommt - ggf. nach Ablauf einer vorherigen Duldung - durch entsprechende Bemessung der Frist zur freiwilligen Ausreise für die Dauer von mindestens vier Wochen von einer Abschiebung abzusehen. In dieser Zeit können die Frauen (mit Hilfe qualifizierter Beratungsstellen) ihre freiwillige Ausreise organisieren und persönliche Angelegenheiten erledigen. Ausländische Frauen, die z.B. auf Grund der Umstände ihres Antreffens durch die Polizei als Opfer von Menschenhandel in Betracht kommen, sind über die Möglichkeit der Betreuung und

Unterstützung durch Beratungsstellen zu informieren. Auf ihren Wunsch ist eine Beratungsstelle zu unterrichten.

Die Zusammenarbeit zwischen Mitternachtsmission, Polizei, Ausländerbehörde und Sozialamt in Dortmund ist sehr kooperativ. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten setzen sich die zuständigen MitarbeiterInnen engagiert dafür ein, die Situation der betroffenen Frauen zu erleichtern.

Auch wenn die Unterstützung durch Polizei und Ausländerbehörden, insbesondere in Dortmund, gut ist und die Frauen sicher untergebracht und versorgt werden, müssen wir sie nach Ablauf der Duldung in eine manchmal lebensbedrohliche, menschenunwürdige Situation entlassen. Oft werden die Frauen in ihren Heimatländern wieder aufgegriffen, misshandelt, vergewaltigt und wieder zur Prostitution (z.B. in Westeuropa, Asien, Israel oder in den Arabischen Emiraten) gezwungen.

Oftmals verliert sich die Spur der Frauen, die mit Hilfe der Mitternachtsmission in ihre Heimatländer zurückgereist sind. Wir empfinden diese Situation als sehr unbefriedigend und belastend. Erfreulicherweise steigt die Zahl der Frauen, zu denen wir noch Kontakt haben oder von denen wir verbindlich wissen, dass sie wohlbehalten an ihrem Zielort angekommen sind. Dazu tragen auch die guten Kontakte zu einigen NGOs (Nichtregierungsorganisationen) in den Heimatländern bei.

Immer mehr Frauen und Mädchen, die in unsere Beratung kommen, sind in einem sehr schlechten gesundheitlichen Zustand und/oder haben große psychische Probleme. Die Sozialarbeiterinnen mussten häufig Erste Hilfe leisten und Wunden der Frauen und Mädchen versorgen.

Fast alle Frauen leiden unter schweren **gesundheitlichen Folgen** (z.B. Infektions- und Mangelkrankungen, Verletzungen) aus der Zwangsprostitution. In solchen Fällen haben wir ÄrztInnen hinzugezogen, die auch außerhalb ihrer Sprechzeiten verletzte und kranke Frauen behandelten, ohne auf vorheriger Kostenklärung zu bestehen.

Die **psychischen Probleme** der Frauen sind zum Teil auf die Erfahrungen zurückzuführen, die sie als Opfer von Menschenhandel machen mussten. Sie haben Gewalt und Verachtung von den Tätern erfahren und ihre Hoffnungen und Wünsche wurden brutal zerstört. Sie sind in einer schlechten psychischen Verfassung, z.T. suizidgefährdet, und benötigen oft dringend die Hilfe von PsychotherapeutInnen. Die Vermittlung in Therapie gestaltet sich weiterhin sehr schwierig.

In diesem Zusammenhang ist auf ungewollte Schwangerschaften auch durch Zwangsprostitution und Vergewaltigungen hinzuweisen. Neben Beratungen bzgl. Schwangerschaftsabbruch und Adoption wurden mehrere Frauen über die Geburt ihrer Kinder hinaus von der Mitternachtsmission betreut. Einige Frauen kehrten nach einer kurzen Zeit der Erholung mit ihrem Kind in ihr Heimatland zurück. Die Rückkehr der Frauen mit einem Kind, zwingt sie dazu, für ihre Familie und später auch für ihr Kind eine glaubwürdige Herkunftsgeschichte zu erfinden. In einzelnen Fällen war es möglich, die Vaterschaft zu klären. Aufgrund des Aufenthaltstatus des Vaters oder seiner deutschen Staatsangehörigkeit sind die Kinder deutsch. Die Mütter konnten aus diesem Grund bei ihren Kindern in Deutschland bleiben.

In diesem Jahr kamen vermehrt Minderjährige in die Beratung der Mitternachtsmission. Die Betreuung der Minderjährigen, die Opfer von

Menschenhandel sind, stellt eine spezielle Problematik dar. Die Motivation bei Minderjährigen, nach Deutschland zu kommen, kann eine andere sein als die bei Erwachsenen. Jugendliche in diesem Alter befinden sich in einem Identitätsfindungsprozess, wobei sie kennengelernte Werte und Normen hinterfragen und auf der Suche nach einem selbstbestimmten Leben in finanzieller Sicherheit sind. Sie möchten die Armut und Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat hinter sich lassen und sind risikobereiter. Ihre mangelnde Lebenserfahrung und Naivität erleichtern den Menschenhändlern, die jungen Frauen und Mädchen für sich zu gewinnen, um sie dann psychisch und physisch unter Druck zu setzen. Die sexuelle Gewalterfahrung in der Zwangsprostitution wirkt sich bei Minderjährigen, in einem höheren Maße als bei Erwachsenen, negativ auf ihre gesamte persönliche Entwicklung aus.

Auf Grund dieser Tatsache bedürfen die Minderjährigen einer intensiveren Betreuung und einer besonderen Form der Unterbringung (z.B. Heim, Pflegefamilie). Hierbei müssen sowohl pädagogische als auch rechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Somit ergeben sich bei der Arbeit mit Minderjährigen andere Arbeitsinhalte und Schwerpunkte. Für eine angemessene Betreuung und Beratung muss ein kontinuierlicher Austausch zwischen den unterbringenden Stellen und der Mitternachtsmission gewährleistet sein. Hinzu kommen langfristige Verhandlungen mit Jugendämtern, Sozialämtern und Vormundschaftsgerichten und die Kontaktaufnahme zu Eltern und Angehörigen in den Heimatländern. Besonders problematisch ist die Situation Jugendlicher, die bei der Einreise bereits 16 Jahre alt sind. Sie fallen nicht unter das Kinder- und Jugendhilfe-Gesetz (KJHG), wenn kein besonderer erzieherischer Bedarf festgestellt wird. Um diese Jugendlichen in einer Jugendhilfeeinrichtung unterzubringen, müssen z.T. langwierige Verhandlungen mit Jugendämtern geführt werden.

Neben der Erstversorgung mit Lebensmitteln und Kleidung, der Sicherstellung von ärztlicher Hilfe, der sicheren Unterbringung, der psychosozialen Betreuung und der Prozessbegleitung gehören die Kostenklärung für die Versorgung während des Aufenthaltes, die Beantragung von Passersatzpapieren und Duldungen und die Organisation der Heimreise (incl. Begleitung zu Bahnhöfen und Flughäfen) zu den sozialarbeiterischen Tätigkeiten der Mitternachtsmission.

Für die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission ist die Arbeit mit Opfern von Menschenhandel insgesamt sehr zeitaufwendig, da zusätzlich häufig auch Sprachbarrieren vorhanden sind. Die Frauen und Mädchen benötigen viel Zeit, Zuneigung und menschliche Wärme, um sich den Helferinnen anvertrauen zu können.

Die ungewisse Verweildauer in Deutschland bereitet den betroffenen Frauen und Mädchen große Probleme. Der Zeitpunkt der Ausreise hängt davon ab, ob sie eigene Papiere haben oder ob Passersatzpapiere beantragt werden müssen und wann die richterliche Vernehmung oder der Prozess stattfindet. Dies kann mehrere Monate dauern. In dieser Zeit setzen sie sich mit ihren Gewalterfahrungen, aber auch mit ihrer Rückkehr ins Heimatland und ihren begründeten Ängsten vor dem erneuten Zugriff der Menschenhändler und deren Rache auseinander. Die Gewalterfahrungen werden als beschämend und entehrend erlebt und z.T. verdrängt. Es kann schon während des Ermittlungsverfahrens oder beim Prozess zu Erinnerungslücken und schamhaftem Verschweigen kommen, aber auch zu Unwillen, sich weiterhin mit diesen Demütigungen auseinanderzusetzen. Unseres Erachtens wäre es für die Wahrheitsfindung förderlich, wenn die Ermittlungsverfahren in einem angemessenen

Zeitraum nach der Befreiung der Opfer durch die Polizei, abgeschlossen werden könnten.

Besonders wichtig ist die **Begleitung von Opferzeuginnen bei Gerichtsprozessen**. Ein solcher Prozess ist für die Frauen enorm belastend und kann, besonders ohne eine intensive Begleitung durch Sozialarbeiterinnen, traumatisierend sein. Die Frauen werden erneut mit den Erlebnissen der Zwangsprostitution konfrontiert, diesmal sogar in aller Öffentlichkeit und in Anwesenheit der Täter. Sie sind der Verachtung und dem Hohn der Täter und deren Freunden ausgesetzt. Dieses verächtliche Verhalten überträgt sich nicht selten auch auf andere Zuschauer der Gerichtsverhandlung.

Zwar ist uns klar, dass auch die Verteidiger von Menschenhändlern und Vergewaltigern alles tun, um sich für ihre Mandanten einzusetzen. Es ist uns jedoch unverständlich, dass dies für den überwiegenden Teil der Verteidiger bedeutet, die Opfer zusätzlich herabzuwürdigen, ihre Qualen der Lächerlichkeit preiszugeben und ihre Tätigkeit als Zwangsprostituierte als Mitschuld und Charakterfehler darzulegen. Hierdurch vermitteln sie den Eindruck, dass das Opfer durch die Gewaltausübung ihrer Mandanten der menschlichen Würde rechtmäßig beraubt und die Tat nicht bestrafenswert sei. Wir wünschen uns, dass die Vorsitzenden Richter, in noch stärkerem Maße als bisher, diesem abwertenden und verletzenden Verhalten der Verteidiger und Zuschauer entgegenzutreten.

Es muss bzgl. der Situation von Opfern von Menschenhandel daraufhingewiesen werden, dass die Zwangslage, in der die Frauen sich befinden, nicht immer durch massive körperliche Gewaltausübung entsteht, sondern häufig auch durch Einschüchterungen (z.B. Körpersprache, Drohgebärden, Anschreien, erzwungener Anwesenheit bei Vergewaltigungen und Misshandlungen anderer Frauen) geschieht. Es wird mit "Verkaufen" in andere Bordelle, in denen es angeblich noch härter zugehen soll, gedroht und mit Trennung von Frauen, zu denen Freundschaften entstanden sind. Gute Verbindungen zu Polizei und Ausländerbehörden werden vorgetäuscht, um so ein umfassendes Machtgefüge darzustellen, demgegenüber die Frauen alle Hoffnung auf Entkommen aufgeben. **So kommt es nach einiger Zeit dazu, dass die Opfer nicht mehr mit brutaler physischer Gewalt überwacht und eingesperrt werden müssen. Die Fesseln befinden sich im Kopf der Opfer.** Zu diesem Zeitpunkt ist es dann möglich, die Bewachung zu lockern. Die Frauen dürfen eigenständig zum Einkaufen gehen oder zu mehreren kleine Mahlzeiten außer Haus einnehmen, ohne dass die Bewacher Anlass zu Befürchtungen haben müssen. Hinzu kommt, dass auch Opfer sich bekanntermaßen nicht immer solidarisieren, sondern dass auch hier Einzelne sich im Laufe der Zeit stärker mit den Bewachern identifizieren, um Vorteile zu erlangen oder Nachteilen zu entgehen. Durch diese Täter-Opfer-Dynamik bleibt die Überwachung lückenlos und effizient, obwohl der physische Druck fast völlig eingestellt werden kann. Die Situation für die Opfer ist hierdurch nicht weniger ausweglos. Eine Flucht und Rückkehr in das Herkunftsland ist ihnen zudem dadurch verwehrt, dass sie entweder keine oder gefälschte Papiere haben und dass die Anwerber Landsleute sind, denen die genaue Situation der Opfer vor Ort bekannt ist. Sie kennen deren Familienhintergrund und können mit Schädigung der Angehörigen drohen oder auch nur mit Informationen über die Prostitutionstätigkeit. Dies allein würde schon genügen, um die Frau aus ihrem Familien- und Freundeskreis auszugrenzen. Ihr bliebe buchstäblich nichts, für das es sich zurückzukehren lohnt. Reichen diese Drohungen nicht aus, kommt es unseren Erfahrungen nach gelegentlich auch zu Maßnahmen wie Entführungen der Kinder

des Opfers, Vergewaltigungen von Müttern und Schwestern, Misshandlungen von Vätern, Brüdern und anderen Verwandten. Es wird dann dafür gesorgt, dass die Frauen durch ihre Angehörigen selbst oder Nachbarn von diesen Vorkommnissen erfahren. Damit ist jeglicher Widerstand gebrochen und die Frauen fügen sich in ihr vermeintliches Schicksal.

Nur wenn diese Hintergründe bekannt sind, ist verständlich, dass Frauen vor Gericht gar nicht oder nur zögerlich aussagen und dass ihre Lebenssituation vor Polizeirazzien und richterlichen Vernehmungen den Außenstehenden als relativ freizügig und freiwillig erscheint.

Die immer subtiler werdenden Methoden, mit denen die Frauen eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden, sind vor Gericht zudem nur sehr schwer nachzuweisen. Dies führt zum einen zu einer Frustration bei den HelferInnen und bei den Strafverfolgungsbehörden, vermittelt den Frauen zum anderen das Gefühl der Mitschuld. Sie glauben, sie hätten sich stärker zur Wehr setzen müssen und sich nicht mit der Situation abfinden dürfen. Das Selbstbild und Selbstwertgefühl der Frauen verändert sich. Sie empfinden sich nicht mehr als Opfer, sondern ihr Abfinden mit der Situation als Charakterschwäche. Die Befreiung durch die Polizei wird nicht nur als rein positives Ereignis erlebt, denn sie fühlen sich mitschuldig und können ihre ambivalenten Gefühle und das daraus resultierende Verhalten nur schlecht erklären. Die Situation ist für die Frauen sehr belastend, sie wissen oft nicht mehr, auf welcher Seite sie stehen und warum.

Opfer von Menschenhandel sind eine heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Hintergründen, Handlungskompetenzen und Bewältigungsstrategien. Sie entsprechen nicht immer dem typischen Opferbild des „hilflosen, gequälten, verstörten und bemitleidenswerten kleinen Mädchens“. Auf Grund ihrer ambivalenten Gefühle verhalten sich viele Frauen nicht so, wie es von Opfern von Menschenhandel erwartet wird. Unverständnis und Unbehagen steigen auf beiden Seiten und die Gefahr, den betroffenen Frauen den Opferstatus abzuerkennen, ist groß.

So kommt es beispielsweise immer wieder zu Schwierigkeiten mit den unterbringenden Einrichtungen und Stellen, obwohl dort qualifizierte Mitarbeiterinnen beschäftigt sind. Bei Opfern von Menschenhandel können extreme Verhaltensauffälligkeiten auftreten, die als gegen die Betreuerinnen gerichtete Handlungen gewertet werden. Das große Bedürfnis, die wiedergewonnene Freiheit auszukosten und keine einengenden Regeln zu akzeptieren, mag als ein Beispiel für die Gesamtproblematik dienen. Unseres Erachtens ist es dringend notwendig, das eigene Opferbild zu hinterfragen und auch psychischen Druck als massive Gewaltausübung anzuerkennen. Nur auf diese Weise können alle Beteiligten die notwendige Sensibilität aufbringen, um der schwierigen Situation der Opfer und deren widersprüchlichen Gefühlen und Handlungen gerecht zu werden und der sich verändernden Form der Gewaltausübung zu begegnen.

Um zu Hause nicht über ihre schlimmen Erfahrungen reden zu müssen, wird gegenüber Eltern, Freunden und Verwandten die Legende von der legalen Arbeit in Deutschland aufrechterhalten. Bei einer legalen Arbeit wäre es möglich, mit erspartem Verdienst und Geschenken in das Heimatland zurückzukehren. Dies nicht tun zu können, bedeutet für sie persönliches Versagen und große Schande. So wird versucht, einen Teil des ohnehin geringen vom Sozialamt gezahlten Verpflegungssatzes zurückzulegen, um wenigstens kleine Geschenke für die Familie zu kaufen. Die Mitternachtsmission hilft den Frauen, indem sie aus Sach- und

Kleiderspenden gelegentlich auch Dinge für die Familienangehörigen zur Verfügung stellt.

Die Tatsache, dass die Frauen nach ihrer Rückkehr ins Heimatland über ihre schlimmen Erlebnisse in Deutschland schweigen, hat aber auch zur Folge, dass die Legende von der möglichen Erwerbstätigkeit in Deutschland aufrecht erhalten wird. Das Thema Prostitution/Zwangsprostitution ist in den meisten ost- und mitteleuropäischen Ländern in einem noch weitaus höheren Umfang als in Deutschland tabuisiert, so dass eine umfassende Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit notwendig wäre.

2002 hatten zwei Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission die Gelegenheit, mit der offiziellen Delegation der Stadt Dortmund in die Partnerstadt Rostow am Don im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten zur 25jährigen Städtepartnerschaft zu reisen. Sie hatten die Gelegenheit, sich vor Ort ein Bild über die diesbezügliche aktuelle Situation zu machen und Kontakte zu knüpfen.

Auf Grund der Kontakte zu unterschiedlichen Hilfeinrichtungen, psychologischen Krisenzentren, Frauenhäusern und Frauenorganisationen in verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern haben wir nun die Möglichkeit, einigen Rückkehrerinnen auch in ihrer Heimat Hilfe anzubieten. Darüber hinaus haben die Gespräche mit den VertreterInnen von Institutionen und Hilfeinrichtungen die Problematik transparenter gemacht und einen Prozess des Austausches gefördert.

Wir betrachten es grundsätzlich als sinnvoll und wünschenswert, die bereits geknüpften Kontakte zu intensivieren und auszubauen und auf andere Länder auszuweiten. Eine Umsetzung in dem notwendigen Ausmaß ist auf Grund der schwierigen finanziellen Situation der Mitternachtsmission leider immer noch nicht möglich. Das Ziel ist, von Menschenhandel betroffenen Frauen und Mädchen langfristig Anlaufstellen im Heimatland und Zukunftsperspektiven zu bieten.

Seit Dezember 2002 ist die Mitternachtsmission an der Umsetzung des EU-Projektes CAT (Christian Action Against Trafficking in Women) im Rahmen der STOP II – Projekte beteiligt. Das Ziel ist die Vernetzung der kirchlichen Organisationen, die zu der Problematik Menschenhandel arbeiten und diesbezüglich eine weitere Sensibilisierung und Aktivierung der Kirchen insbesondere in den Herkunftsländern.

Die TeilnehmerInnen des im Rahmen des Modellprojektes „Schutz für Opfer von Menschenhandel“ entstandenen **Runden Tisches in Dortmund** treffen sich weiterhin einmal jährlich zum Erfahrungsaustausch, informieren sich kontinuierlich über die neuen Erkenntnisse und sprechen zwischendurch weitergehende gemeinsame Vorgehensweisen ab.

Ohne den Zusammenhalt und die Koordination des **Runden Tisches** wäre eine effiziente Arbeit im Bereich Hilfen für Opfer von Menschenhandel nicht möglich. Die Bereitschaft dieser kompetenten RatgeberInnen gibt uns die Unterstützung und den Rückhalt, den wir für unsere Aufgabe benötigen.

Die Beratungsstellen, die sich mit den Themen Migration und Menschenhandel befassen, treffen sich regelmäßig, um inhaltlich und politisch an der Problematik zu arbeiten. So gibt es für Nordrhein-Westfalen die NRW-Vernetzung zu Heiratsmigration, Arbeitsmigration und Menschenhandel. Für die NRW-Vernetzung wurde verantwortlich durch die Mitternachtsmission ein mehrsprachiger Flyer für Opfer von Menschenhandel herausgegeben, der vom Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW finanziert wurde.

Auf bundesweiter Ebene ist die Mitternachtsmission Mitglied in einem Koordinierungskreis (KOK), der ein Zusammenschluss von Frauenorganisationen, Frauengruppen und Frauenberatungsstellen ist, der u.a. gegen Menschenhandel arbeitet. Der KOK e.V. macht Lobbyarbeit auf nationaler und internationaler Ebene, um politische Forderungen in Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Eine Arbeitsgruppe des KOK, an der die Mitternachtsmission beteiligt ist, setzt sich für das Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeiterinnen der spezialisierten Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel ein.

Darüber hinaus nimmt die Mitternachtsmission an den ExpertInnentreffen der Landesregierung, DER GRÜNEN und der SPD-Fraktion, die sich mit der aktuellen Erlasslage, insbesondere der Umsetzung der Erlasse befassen und an dem RUNDEN TISCH des Ministeriums für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW zum Thema „Internationaler Menschenhandel mit ausländischen Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen“ teil.

Auf kirchlicher Ebene ist die Mitternachtsmission Mitglied in den bestehenden Arbeitskreisen zu Prostitution und Menschenhandel.

Sichere Unterbringung für von Menschenhandel betroffene Frauen

Eine sichere Unterbringung ist die Voraussetzung für die physische und psychische Genesung der Opfer. Nur in einem Gefühl der Sicherheit und des Wohlbefindens kann die betroffene Frau die Entscheidung treffen, gegen die Menschenhändler auszusagen und die Belastung eines Prozesses durchstehen.

Opfer von Menschenhandel sind nicht lediglich von Wohnungslosigkeit betroffen oder von einzelnen brutalen Personen bedroht, sondern werden überwiegend von Kriminellen aus dem Bereich der organisierten Kriminalität verfolgt, die nicht zögern, ihre Drohungen brutal zu verwirklichen und mit massiver körperlicher Gewalt gegen ihre Opfer vorzugehen. **Unseres Erachtens ist die Unvorhersehbarkeit des Aufenthaltsortes die größtmögliche Sicherheit.** Wir favorisieren daher die dezentrale Unterbringung.

Vorbedingung für die dezentrale Unterbringung ist eine qualifizierte Fachberatungsstelle, die flexibel auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Opfer von Menschenhandel eingehen kann und angemessene Hilfen bietet. Dies setzt u.E. Kenntnisse des Prostitutionsmilieus voraus, einen Finanzetat, der Sachkosten (z.B. auch für die selbstorganisierte freiwillige Ausreise bis an den Heimatort, für Erstversorgung mit Nahrungsmitteln, Hygieneartikeln und Kleidung) beinhaltet, aber auch die Kosten für Dolmetscherinnen (auch bei mehrsprachigen Mitarbeiterinnen können nicht alle Sprachen der verschiedenen Herkunftsländer abgedeckt werden), Fahrtkosten etc. angemessen berücksichtigt.

Wir haben die Kapazitäten der freien Wohlfahrtsverbände für die Unterbringung nutzen können und zwar über den kommunalen Rahmen hinaus, d.h. wir konnten erreichen, dass uns eine große Anzahl von Unterbringungsmöglichkeiten, die bei Bedarf angefragt und genutzt werden können, zur Verfügung steht, ohne dass zusätzlich Bereitstellungskosten entstehen.

Bleibt eine Frau länger in Deutschland, weil sie in einem Menschenhandelsprozess aussagt, kommt es gelegentlich vor, dass eine Wohnung angemietet werden muss. Die Mitternachtsmission greift hier in der Regel auf ihre bekannte Organisationen und Institutionen zurück und kümmert sich um die Möblierung und Ausstattung der Räume.

Einige Frauen, die besonders gefährdet sind oder sich in einem sehr schlechten psychischen Zustand befinden, müssen privat untergebracht werden. Private Unter-

bringungen haben große Vorteile. Hier kann ein liebevolles, familiäres Umfeld zur zusätzlichen Stabilisierung der betroffenen Frauen führen. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass bei einem Einsatz von ehrenamtlichen Helferinnen zusätzlich Anleitung durch Sozialarbeiterinnen sichergestellt werden muss, für die Koordination von Hilfeleistungen und die Reflexion mit den Ehrenamtlichen. Die massive Konfrontation mit Gewalt und Elend führt bei den Ehrenamtlichen zu Verunsicherungen und Ängsten, und die Erkenntnis ihrer Machtlosigkeit gegenüber den globalen Zusammenhängen macht sie oft wütend oder apathisch.

In Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden können wir auf eine größere Anzahl von Einrichtungen zurückgreifen und bei der Auswahl der Unterbringungsmöglichkeiten nach den individuellen Bedürfnissen der Opfer vorgehen.

Nach Polizeirazzien kommt es vor, dass wir in kürzester Zeit mehrere Frauen gleichzeitig sicher, d.h. dezentral unterbringen müssen. In solchen Situationen sind wir zwingend auf die **Unterstützung von Honorarkräften angewiesen**. Der Einsatz von Honorarkräften ist dringend notwendig und für uns in der aktuellen Situation sehr entlastend.

Es bedeutet aber auch, dass wir die Arbeit organisieren, koordinieren, kontrollieren und die Honorarkräfte natürlich auch anleiten und mit ihnen über belastende Situationen reflektieren müssen.

Die steigende Zahl der Klientinnen und die enorm erweiterte Problematik im Einzelfall führten dazu, dass die Mitternachtsmission trotz Honorarkräften und Praktikantinnen zu den 1,5 mit 85% finanzierten Personalstellen noch weitere Mitarbeiterinnen für diesen Arbeitsbereich einsetzen musste. Die zwei bis Juni 2002 befristeten ABM-Stellen in diesem Arbeitsbereich konnten leider nicht mehr verlängert werden.

Bis jetzt war die Mitternachtsmission in der Lage, alle Anfragen nach Beratung und Begleitung von Opfern von Menschenhandel entgegennehmen zu können und keine Frau abweisen zu müssen.

Inwieweit uns das auch künftig gelingen wird, hängt davon ab, ob uns die dringend notwendige finanzielle Unterstützung gewährt wird und wir nicht von weiteren Kürzungen betroffen werden.

Die Übernahme der Kosten für die Unterbringung von Menschenhandel betroffener Frauen ist im Runderlass vom 27.10.1995 - IC 2 / 43.33 des Innenministeriums NRW, geregelt. Hier wird angewiesen, nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu verfahren. **Bei auswärtiger Unterbringung kam es immer wieder zu langen und schwierigen Verhandlungen über die Zuständigkeit bei der Kostenübernahme.**

Seit dem 01.08.97 stellt das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW, einen begrenzten Etat für die Unterbringung für von Menschenhandel betroffene Frauen und Mädchen zur Verfügung. Diese Bereitstellung von Mitteln für die Unterbringung ermöglicht es uns, noch individueller und flexibler auf die Bedürfnisse der Frauen einzugehen und ihnen eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten. Sie trägt auch der Überlegung Rechnung, dass nicht der unterbringenden Kommune die Kosten auferlegt werden dürfen. Der Schutz von Opfern von Menschenhandel und die Strafverfolgung der Täter sind von überregionalem Interesse.

Leider gibt es immer wieder Schwierigkeiten bei der Zuständigkeit für die Zahlung des Lebensunterhalts für von Menschenhandel betroffene Frauen. Da die Frauen aus Sicherheitsgründen dezentral untergebracht werden, herrscht häufig Uneinigkeit darüber, ob die unterbringende Kommune oder die Kommune, in der die Frau angetroffen/befreit wurde, für die Hilfe zum Lebensunterhalt aufzukommen hat. Wir wünschen uns, dass es hier zu einer klaren und einheitlichen Regelung kommt, welche Kommune den Lebensunterhalt der Klientinnen bis zur Ausreise bzw. bis zum Ende des Strafverfahrens übernimmt. Auf diese Weise würden zeitaufwendige Verhandlungen im Einzelfall entfallen.

In Dortmund verfahren wir nach Absprache mit dem Sozialamt nach folgender Regelung: Für alle Opfer von Menschenhandel, die in Dortmund bekannt werden, übernimmt das Sozialamt der Stadt Dortmund die Kosten für den Lebensunterhalt, auch wenn sie aus Sicherheitsgründen in anderen Kommunen untergebracht werden müssen.

Dieses entspricht der Empfehlung der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Frau Dr. Christine Bergmann, die ausgearbeitet wurde von der bundesweiten Arbeitsgruppe Frauenhandel. Dieser Gruppe gehören VertreterInnen der fachlich betroffenen Bundesministerien und Landesministerkonferenzen, sowie das BKA und Vertreterinnen der Fachberatungsstellen an.

Bei der Kontaktaufnahme von Opfern von Menschenhandel durch Dritte oder als Selbstmelderinnen erwies sich die Klärung der Zuständigkeit der Ämter zunehmend problematisch, besonders dann, wenn die betroffenen Frauen nicht als Zeuginnen bei der Polizei aussagen wollten. Hier konnte zusammen mit der Ausländerbehörde und dem Sozialamt Dortmund eine Lösung gefunden werden, die eine angemessene Hilfe der betroffenen Klientinnen ermöglicht.

Auch in diesem Jahr geht unser besonderer Dank an das Dortmunder Sozialamt und die Ausländerbehörde, die uns jederzeit kompetente Helfer und Ratgeber waren.

4.5. AIDS- und STD-Beratung (Sexuell Transmitted Diseases)

Gesundheitsprophylaktisches Angebot

Seit Juli 2000 ist das „Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen“ (Infektionsschutzgesetz-IfSG) in Kraft. Das Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und das Bundesseuchengesetz wurden abgeschafft.

Nunmehr steht lt. Gesetz die Aufklärung und Prävention (Vorbeugung) im Vordergrund und nicht mehr die Verfolgung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Hepatitis, Syphilis und HIV sind aber nach wie vor meldepflichtig, allerdings wird der Labornachweis anonym an das Robert-Koch-Institut Berlin weitergegeben.

Förderung durch die Kommune:

Die Mitternachtsmission erhält seit 2001 von der Stadt Dortmund kommunale Mittel für die Bereiche Linienstraße und Bordellähnliche Betriebe für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes.

Einen Schwerpunkt legte die Mitternachtsmission 2002 auf Aufklärung, Information und Betreuung/Begleitung im Bereich sexuell übertragbarer Erkrankungen (STD).

Ostern und Weihnachten wurde in allen bordellähnlichen Betrieben Informationsmaterial in acht verschiedenen Sprachen (Deutsch, Russisch, Polnisch, Englisch, Bulgarisch, Französisch, Spanisch und Thailändisch) verteilt.

In 87 Betrieben wurden z.T. mehrfach ausführliche Informationsgespräche durchgeführt und dabei 307 Klientinnen erreicht. Weiterhin wurden regelmäßig 9 Milieukneipen aufgesucht.

Hier war die Beratung besonders wichtig, da in diesem Bereich überwiegend ausländische Prostituierte arbeiten, die sich illegal in Deutschland aufhalten und sich nicht trauen, gesundheitliche Beratung bei Ämtern oder Ärzten in Anspruch zu nehmen. Insbesondere der ständige Hinweis, dass eine Untersuchung anonym durchgeführt werden kann, ist hier wichtig.

Bei den Gesprächen mit den Frauen in allen Arbeitsbereichen äußerten sie großes Interesse und Besorgnis, dass sexuell übertragbare Krankheiten wieder ein erhöhtes Berufsrisiko sind. Wesentlich mehr Frauen als in den vergangenen Jahren entschlossen sich auf Grund der Beratung zu umfangreichen Testungen.

Die Mitternachtsmission plant in diesem Zusammenhang gemeinsam mit dem Gesundheitsamt der Stadt Dortmund für das Jahr 2003 eine neue umfangreiche Informationsbroschüre zu erstellen und in einer besonderen Aktion darauf hinzuweisen, dass nur durch erhöhte Vorsicht das Risiko an sexuell übertragbaren Krankheiten vermindert werden kann.

Die psychosoziale Beratung in bordellähnlichen Betrieben und der Linienstraße umfasste:

- psychosoziale Beratung und Betreuung in der gesamten Lebensführung
- Beratung zum neuen Prostitutionsgesetz (ProstG)
- aufsuchende Sozialarbeit / Streetwork
- Schuldnerberatung / BSHG-Beratung
- Beratung zur sozialrechtlichen Absicherung
- Gewaltprävention
- Erarbeitung von Zukunftsperspektiven
- Ausstiegsberatung
- Nachgehende Ausstiegshilfen (Existenzsicherung, Wohnraumsicherung, Aufarbeitung psychischer Konflikte, Arbeitsvermittlung)
- Prozessbegleitung
- Zeugenschutzmaßnahmen
- dezentrale Unterbringung und Schutz von durch organisierte Kriminalität gefährdete Klientinnen
- Vermittlung zu anderen Beratungsstellen, Einrichtungen und Selbsthilfegruppen

Die aufsuchende Sozialarbeit in der Linienstraße zu allen Tages- und Nachtzeiten und an unterschiedlichen Wochentagen sowie am Wochenende gewährleistet Kontakt zu möglichst vielen Frauen. Es wurde der Kontakt zu allen 16 Häusern gehalten. Die Streetworkerin war regelmäßig 2 bis 3 mal die Woche vor Ort. Folgendes gesundheitsprophylaktisches Leistungsangebot wurde unter Berücksichtigung des § 19 des neuen Infektionsschutzgesetzes in der Linienstraße durchgeführt:

- AIDS-/STD-/Sucht-Beratung/Prävention: alle 16 Häuser der Linienstraße wurden 2-mal im Quartal (Tag- und Nachtschicht) aufgesucht.
- Das Beratungsangebot wurde in allen Häusern bekannt gemacht und durchgeführt.

- Ein Faltblatt zum Thema Infektionsschutzgesetz und sexuell übertragbare Krankheiten wurde erstellt, in verschiedene Sprachen übersetzt und in allen Häusern verteilt.

Förderung durch das Land NRW:

Im Rahmen des Projekts „Streetwork und AIDS“ (seit 1986) wird für Prävention, Beratung und psychosoziale Betreuung von Beschaffungsprostituierten eine Personalstelle mit 17.900 Euro vom Land NRW bezuschusst.

Seit 1985 wurde AIDS ein bedeutender Faktor in der Arbeit der Mitternachtsmission. Prostituierte wurden zunächst als Hauptbetroffenengruppe der HIV-Infektion und AIDS-Erkrankung angesehen. **Inzwischen ist es unumstritten, dass Prostituierte nicht zu den Hauptbetroffenengruppen der HIV-Infizierten gehören. Trotzdem kann von einer erhöhten Infektionsgefahr durch den häufig wechselnden Geschlechtsverkehr ausgegangen werden.**

Das trifft besonders auf Beschaffungsprostituierte zu. Diese Frauen gehören der Hauptbetroffenengruppe der Drogenabhängigen an. Ein erheblicher Teil der Frauen ist bereits HIV-infiziert oder an AIDS erkrankt.

Die Infizierung geschieht durch den Gebrauch infizierter Spritzen und Geschlechtsverkehr mit bereits HIV-infizierten oder schon an AIDS erkrankten Partnern.

Ein Teil der HIV-infizierten und an AIDS erkrankten Frauen wird mit Methadon substituiert und konnte die Tätigkeit als Prostituierte aufgeben.

Die Methadonsubstitution beinhaltet die kontrollierte Abgabe von Methadon (Ersatzdroge für Heroin) an Drogenabhängige.

Den Betroffenen wird so die Möglichkeit gegeben, weitgehend am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, ohne ständigen Druck, Geld zur Befriedigung ihrer Sucht beschaffen zu müssen.

Mittlerweile haben neben HIV und AIDS Hepatitis B und C erheblich an Bedeutung gewonnen. Ein sehr großer Teil der Drogenabhängigen sind von dieser auch lebensbedrohlichen Erkrankung betroffen.

Mit der steigenden Zahl von ausländischen Frauen, die als Prostituierte in Deutschland arbeiten oder zur Prostitution gezwungen werden, haben Aufklärung und Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten einen weiteren wichtigen Stellenwert in der Arbeit der Mitternachtsmission. In den Arbeitsbereichen „Bordellähnliche Betriebe“ und „Linienstraße“ hat die Anzahl ausländischer Prostituierter, überwiegend aus Osteuropa, aber auch aus Lateinamerika, Asien und Afrika zugenommen. Die Frauen sind größtenteils noch sehr jung. Sie arbeiten z.B. illegal in bordellähnlichen Betrieben, andere sind mit Deutschen oder Männern aus Ländern, die das Schengen-Abkommen unterzeichnet haben, verheiratet und können so legal arbeiten.

In den etablierten Clubs werden die Frauen durch die Betreiber darin bestärkt, sich auf Infektionskrankheiten untersuchen zu lassen und die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission werden bei der Aufklärung über Gesundheitsrisiken und Vorsichtsmaßnahmen unterstützt.

In den überwiegend von ausländischen Betreibern geführten Clubs, in denen fast ausschließlich ausländische Prostituierte arbeiten, ist Gesundheitsprophylaxe und intensive Beratung für die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission z.Zt. schwer. Die Betreiber sorgen dafür, dass dort die Frauen nie mit unserer Mitarbeiterin allein sind. Meist sind sie höflich, aber in vielen Einrichtungen

ist die Atmosphäre offen misstrauisch. Hier versuchen wir, Termine außerhalb der bordellähnlichen Betriebe zu vereinbaren.

Auf Grund der sprachlichen Schwierigkeiten, die Frauen sprechen in der Regel kein Deutsch, gelingt die Kontaktaufnahme und die Vereinbarung von Terminen jedoch nur selten, die Beratungsgespräche und Vermittlung von Informationen ist sehr aufwendig.

Wir mussten feststellen, dass besonders die Frauen und Mädchen aus Osteuropa erschreckend wenig über die gesundheitlichen Risiken durch die Prostitutionstätigkeit, Infektionswege, Krankheitsverläufe und Schutzmöglichkeiten wissen. Außerdem werden sie oft durch Zuhälter unter Druck gesetzt, so dass sie eher auf die Wünsche der Kunden eingehen, um möglichst viel Geld zu verdienen. So arbeiten fast alle dieser Frauen ohne Kondom.

Erhebliche Informationsdefizite zu Infektionswegen, Krankheitsverläufen und Schutzmöglichkeiten vor Infektionen, aber auch die Unfähigkeit, sich gegen die Forderungen der Prostitutionskunden nach sexuellen Dienstleistungen ohne Kondom und die Weisungen der Zuhälter durchzusetzen, haben dazu geführt, dass immer mehr ausländische aber in einigen Bereichen auch deutsche Klientinnen an sexuell übertragbaren Krankheiten leiden.

Wir halten AIDS/STD-Prävention bei der Zielgruppe der ausländischen, besonders der osteuropäischen, Prostituierten für dringend notwendig. Neben der Vermittlung von Informationen ist hier besonders die Motivation, sich gesundheitlich zu schützen und die Ermutigung, dies auch durchzusetzen, erforderlich.

In diesem Zusammenhang weisen wir auch **auf die steigende Zahl der sehr jungen Prostituierten, die zu einem großen Teil Minderjährige** sind, hin, die ebenfalls erhebliche Informationsdefizite aufweisen und oftmals nicht in der Lage sind, sich vor Infektionen zu schützen, da sie besonders unter Druck gesetzt werden (siehe Punkt 4.7.).

Die AIDS und STD-Beratung umfasst:

- Beratungs- und Informationsgespräche bezüglich der HIV- und STD-Infektion und der Testung,
- Verteilung von Kondomen mit der Zielsetzung, die Bereitschaft zur Benutzung zu erhöhen,
- Beratung und Betreuung von HIV- und STD-infizierten und erkrankten Klientinnen. Dies beinhaltet umfassende Beratung und Begleitung in der gesamten Lebensführung, intensive Gespräche, um die gravierenden psychischen Probleme zu bewältigen und aufzuarbeiten, Hilfe und Begleitung bei der Krankheit bis hin zum Tod.

AIDS- und STD-Beratung kann nur einen Teil der Sozialarbeit im Prostitutionsbereich ausmachen. Sie hat aber einen wichtigen Stellenwert bei der umfassenden sozialen und gesundheitlichen Betreuung und Beratung.

Intensive und zeitaufwendige Beratung und Begleitung auf Grund von HIV-Infizierungen und Erkrankungen:

2002: 3 Frauen, 1 Kind

4.6. Straßenprostitution

Straßenprostitution findet

- außerhalb des Sperrbezirks in der Ravensberger Straße und in der Lindenhorster Straße und
- innerhalb des Sperrbezirks in der nördlichen Innenstadt (Sperrgebietsverordnung: gemäß § 120 des Ordnungswidrigkeitengesetzes (OWiG)) statt.

Bei Straßenprostituierten handelt es sich um:

- a) Volljährige Straßenprostituierte, die ihren Lebensunterhalt ausschließlich durch Prostitution finanzieren oder gelegentlich der Prostitution nachgehen.
- b) Beschaffungsprostituierte: drogenabhängige Frauen und Mädchen, die sich prostituieren, um ihren Drogenkonsum zu finanzieren.
- c) Kinder und Jugendliche in der Prostitution.

Im Jahr 2000 wurden die Arbeitsbereiche zwischen SKF/Kober und der Dortmunder Mitternachtsmission wie folgt aufgeteilt.

Dortmunder Mitternachtsmission:

Liniestraße, Bars, Clubs und Gaststätten, Prostitution in Wohnungen, Prostitution durch Agenturen: Partnervermittlung, Callgirls und –boys, Beschaffungsprostitution, Prostitution von Kindern und Jugendlichen, Hilfen für Opfer von Menschenhandel, ausländische Prostituierte

Kober:

volljährige Straßenprostituierte, Projekt Ravensberger Straße

Die Mitternachtsmission arbeitet im Bereich der Straßenprostitution mit Beschaffungsprostituierten und Kindern und Jugendlichen in der Prostitution (siehe Punkt 4.7.).

Die Mitternachtsmission gestaltet die aufsuchende Arbeit weiterhin flexibel und ist zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten im Milieu unterwegs.

Straßenprostitution in der Ravensberger Straße

Prostitution in der Ravensberger Straße ist nicht verboten. Hier steht der Container der Beratungsstelle Kober.

Das unmittelbare Gebiet um die Ravensberger Straße liegt, trotz der Stadtnähe, sehr einsam und ist nahezu unbewohnt. Nachteilig ist, dass hier die Frauen eindeutig als Prostituierte erkannt werden. Frauen, die die Tätigkeit geheim halten wollen, sind der Gefahr ausgeliefert, gesehen und erkannt zu werden bzw. müssen Beleidigungen von umherfahrenden Autofahrern über sich ergehen lassen.

Ein weiterer Nachteil der Ravensberger Straße ist ihre fehlende Infrastruktur. Die Beleuchtung ist mangelhaft, es gibt wenig Unterstellmöglichkeiten für die Frauen und es fehlen Toiletten. Die Möglichkeit, Lebensmittel zu kaufen, gibt es nicht. An der nahe gelegenen Tankstelle können sich die Frauen aufwärmen, Kaffee trinken und nachdem sie etwas gekauft haben, auch die Toilette benutzen.

Es ist auffällig, dass viele auswärtige Prostituierte den Straßenstrich in der Ravensberger Straße nutzen. Dies bedeutet allerdings ein hohes Konfliktpotential. Der Konkurrenzkampf ist größer geworden. Es kommt oft zu Streitigkeiten, die entweder offen ausgefochten oder durch Zuhälter „erledigt“ werden. Die Frauen können sich kaum, wie in der nördlichen Innenstadt, aus dem Weg gehen. Zusätzlich existieren Konflikte zwischen nicht drogenabhängigen Straßenprostituierten und

Beschaffungsprostituierten. Diese beiden Gruppen ziehen es vor, sich räumlich voneinander zu distanzieren. Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten in der Ravensberger Straße ist dies nicht möglich. Die Konflikte und Auseinandersetzungen haben zugenommen.

Die aufsuchende Sozialarbeit in der Ravensberger Straße ist schwierig, da die Streetworkerinnen selten mit einer Frau alleine sprechen können.

Die Fluktuation der Frauen ist sehr groß. Immer wieder wechseln die Prostituierten und Zuhälter, die die Ravensberger Straße frequentieren. Auch Rolle, Zugehörigkeit und Rangordnung sind durch die hohe Fluktuation schwer einzuschätzen. Diese Situation ist sowohl schwierig für die Prostituierten als auch für die Sozialarbeiterinnen.

Prostitution in der nördlichen Innenstadt

Prostitution findet noch immer in der nördlichen Innenstadt statt.

Auf Grund der verstärkten Reglementierung von Seiten der Polizei sind die Frauen noch vorsichtiger geworden. Früher wurden Preise und Dienstleistungen auf der Straße am Auto ausgehandelt. Jetzt steigen die Frauen direkt ins Auto ein, um möglichst unauffällig zu sein und vereinbaren dann erst die Modalitäten. Weiter arbeiten viele Frauen mit Handys, verabreden einen Ort und steigen dann in das Auto ein.

Für die Sozialarbeiterinnen ist es schwieriger, die Frauen anzusprechen, da diese Angst haben, als Prostituierte erkannt zu werden und sich nicht länger an einem Ort aufhalten wollen.

Im Sperrgebiet arbeiten

- Frauen, die mit den Arbeitsbedingungen in der Ravensberger Straße nicht zufrieden sind,
- Frauen, die nicht mehr in der Ravensberger Straße arbeiten können, weil sie auf Grund von vorherigen Konflikten jetzt mit Aggressionen und körperlichen Übergriffen durch andere Prostituierte oder deren Zuhälter rechnen müssen,
- Beschaffungsprostituierte, die den Konflikten mit den anderen Frauen aus dem Weg gehen wollen,
- Frauen, die fürchten als Prostituierte erkannt zu werden und
- minderjährige Prostituierte.

Die Vermutung, dass es sich bei den Kunden der Straßenprostituierten ausschließlich um Männer aus unteren sozialen Schichten handelt, entspricht nicht unseren Beobachtungen. Die meisten Kunden fahren Mittelklassewagen, es werden aber auch teure Wagen gesehen. Viele der Männer, die den Straßenstrich regelmäßig aufsuchen, sind Voyeure, die die Anwesenheit der Prostituierten lediglich benutzen, um ein sexuelles Spannungsgefühl bei sich zu erzeugen. Sie befahren den Straßenstrich in manchen Fällen mehrere Stunden, ohne dass es zu sexuellen Kontakten kommt. Ihr Verhalten führt auch zu verstärkten Belästigungen der Anwohnerinnen/Passantinnen. Dieses Verhalten ist die eigentliche Ursache dafür, dass sich AnwohnerInnen und PassantInnen belästigt fühlen, der allgemeine Straßenverkehr gestört und ein freundliches Miteinander von AnwohnerInnen und Prostituierten verhindert wird.

Im Sommer 2002 haben wir festgestellt, dass zahlreiche bulgarische Frauen und Mädchen auf dem Straßenstrich besonders im Bereich der Mallinckrodtstraße der Prostitution nachgegangen sind. Wir gehen davon aus, dass die meisten Opfer von Menschenhandel sind (siehe auch Punkt 4.4.).

4.6.1. Volljährige Straßenprostituierte

Die Streetworkerinnen der Mitternachtsmission haben während des Streetworks auch Kontakt zu volljährigen, nicht drogenabhängigen, Straßenprostituierten. Seit der Aufteilung der Arbeitsbereiche zwischen SKF/Kober und Mitternachtsmission, vermitteln sich beide Institutionen die Klientinnen gemäß der abgesprochenen Zuständigkeitsbereiche. Im Jahr 2002 hatte die Sozialarbeiterin im Arbeitsbereich „Beschaffungsprostitution“ Kontakt zu 65 volljährigen, nicht drogenabhängigen, Straßenprostituierten.

Bei den Straßenprostituierten handelt es sich um Frauen aller Altersstufen. Besonders die jüngeren haben häufig Zuhälter/Lebenspartner, die den größten Teil des Prostitutionslohnes beanspruchen. Gebietsweise kontrollieren Zuhälter den Straßenstrich, entscheiden, welche Frauen wo arbeiten dürfen und kassieren Standgeld.

Während besonders die jungen Frauen öfter die Städte wechseln, gibt es bei den Frauen, die in der Nordstadt arbeiten, einige, die z.T. schon 10 bis 20 Jahre regelmäßig dort stehen. Auch kommt es vor, dass Frauen, die vor mehreren Jahren aus dem Prostitutionsmilieu ausgestiegen sind, zurückkehren, wenn die finanzielle Lage sich verschlechtert oder z.B., wenn die Kinder so groß sind, dass sie keine ständige Aufsicht mehr benötigen.

Besonderheiten der Straßenprostitution

Im Gegensatz zu anderen Prostitutionsbereichen wird die Straßenprostitution in der Öffentlichkeit angeboten, d.h. die Frauen sind der Verachtung der AnwohnerInnen und PassantInnen in besonderem Maße ausgesetzt. So besteht auch immer das Risiko, von Bekannten gesehen zu werden. Dies führt zu Ängsten, besonders, wenn die Frauen minderjährige Kinder haben, die nichts von der Tätigkeit ihrer Mutter wissen.

Da sie bei jeder Witterung arbeiten, erhöhen sich Krankheitsanfälligkeit und -risiko (z.B. Erkältungskrankheiten, Unterleibserkrankungen).

Während einige Frauen sich Zimmer teilen, müssen viele die sexuellen Dienstleistungen im Auto der Kunden erbringen und können daher ihre hygienischen Bedürfnisse nicht ausreichend befriedigen. Da die vereinbarten Leistungen meist an abgelegenen Orten durchgeführt werden, sind sie potentieller Gewalt hilflos ausgeliefert. Das gilt auch für die Frauen, die bereit sind, Kunden in deren Wohnung zu begleiten. In manchen Fällen werden sie um ihr Geld geprellt oder sogar misshandelt und vergewaltigt. Sie scheuen sich meistens, diese Männer anzuzeigen, da sie Schwierigkeiten mit der Polizei befürchten (verbotene Prostitution im Sperrbezirk). Besonders betroffen und traurig gemacht hat uns in diesem Jahr der Mord an einer jungen Straßenprostituierten in der Ravensberger Straße im Oktober 2002.

Dennoch haben viele der Straßenprostituierten diesen Arbeitsplatz gewählt, weil sie ihre Arbeitszeit dort selbst bestimmen können und die Kosten (z.B. Standgeld) relativ niedrig sind (vgl. Zimmermiete Linienstraße).

4.6.2. Beschaffungsprostitution

Die für den Bereich der Beschaffungsprostitution eingestellte Streetworkerin wurde mit rund 17.000 Euro aus Landesmitteln (Programm „Streetwork und AIDS“) gefördert. Wegen der Geburt ihres Kindes trat die Streetworkerin am 01.12.02 die Elternzeit an. Sie wurde durch eine Honorarfachkraft vertreten.

Beschaffungsprostituierte sind drogenabhängige Frauen und Mädchen, die durch Prostitution ihren Drogenkonsum finanzieren.

Beschaffungsprostituierte konsumieren häufig zusätzlich zum Heroin Medikamente, Alkohol und illegale Drogen (z.B. Ecstasy, Kokain). Es wurde bekannt, dass Drogen

vermehrt mit z.T. gefährlichen Zusatzstoffen gestreckt wurden. Dies führte zu einem Anstieg der Drogennotfälle. Die Eröffnung des Druckraums im Mai 2002 ist in diesem Zusammenhang sehr zu begrüßen. Volljährige Drogenabhängige, die nicht substituiert werden und in Dortmund gemeldet sind, können dort unter qualifizierter Aufsicht Drogen konsumieren.

In den anderen Prostitutionsbereichen bemerkten wir eine Steigerung des Drogenkonsums, die z.T. so gravierend ist, dass die betroffenen Frauen ihren Prostitutionslohn überwiegend für Drogen (Kokain) einsetzen.

Auf Grund der unterschiedlichen Einstiegs motivation in die Prostitution und den dadurch notwendigen unterschiedlichen Beratungsansätzen differenzieren wir zwischen drogenmissbrauchenden/-abhängigen Prostituierten und sich prostituierenden Drogenabhängigen (Beschaffungsprostituierte).

Beschaffungsprostitution fand im Bereich Ravensberger Straße, Leuthardstraße, Schwanenwall, Bornstraße, in der Nordstraße, in den umliegenden Straßen und am Hauptbahnhof statt.

Durch die verstärkten Kontrollen der Polizei wanderte die Prostitutionsszene weiter in den Dortmunder Norden. Die Beschaffungsprostitution ist für viele drogenabhängige Frauen die einzige Möglichkeit, genügend Geld zur Finanzierung ihrer Sucht zu beschaffen. Wir gehen davon aus, dass sich die meisten Frauen im Laufe ihrer Drogenabhängigkeit prostituieren müssen.

	2002
Kontakt zur Mitternachtsmission hatten	69 Frauen
davon:	
Beratung über einen längeren Zeitraum	31 Frauen
aus dem Vorjahr	16 Frauen
Psychosoziale Betreuung im Rahmen der Methadonsubstitution	5 Frauen
Kinder und Jugendliche gemäß KJHG	4
zusätzlich in die Beratung einbezogen werden mussten:	
Kinder	14
andere Angehörige	16

Nach Beobachtungen der Mitternachtsmission kommen die Frauen aus allen sozialen Schichten, vorwiegend aber aus der Mittelschicht.

Auf dem Drogenstrich wurde eine große Mobilität festgestellt. Die Frauen stehen im Sperrbezirk selten für einen längeren Zeitraum an einer Stelle. Sie reagieren häufig misstrauisch (vermutlich wegen der Kontrollen durch Polizei und Ordnungsbehörden). Die Kontaktaufnahme ist dadurch erheblich erschwert.

Viele Frauen innerhalb des Sperrbezirks verhandeln mit den Prostitutionskunden nicht mehr auf der Straße, sondern vereinbaren Preise und Dienstleistungen im Auto oder verabreden Treffen mit Stammkunden per Handy. Dadurch ist es für die Sozialarbeiterinnen schwieriger geworden, die Frauen zu erreichen.

Die Fluktuation bei den Frauen war auch 2002 groß. Viele Frauen wurden im Laufe der Jahre nicht mehr angetroffen, dafür tauchten neue auf, und Frauen kamen wieder, die sich z.T. ein bis zwei Jahre oder länger nicht in der Dortmunder Szene aufgehalten hatten. Sie waren entweder im Gefängnis, im Krankenhaus oder haben zeitweise ohne illegale Drogen gelebt.

Viele Frauen, die der Beschaffungsprostitution nachgehen, leiden an Krankheiten. Hepatitis C ist besonders häufig diagnostiziert. Andere sexuell übertragbare Krankheiten spielen eine große Rolle. Viele Frauen sind HIV-infiziert und z.T. bereits an AIDS erkrankt. Die Frauen infizieren sich über Spritzbestecke oder durch ungeschützten Geschlechtsverkehr mit bereits infizierten Partnern. Insgesamt ist der Gesundheitszustand der Frauen schlecht, überwiegend verursacht durch die Lebensbedingungen (z.B. Wohnungslosigkeit etc.) und die Umstände, unter denen die Drogen beschafft und konsumiert werden müssen. Im Jahr 2002 mussten besonders häufig Klientinnen per Noteinweisung ins Krankenhaus auf Grund z.T. lebensbedrohlicher Erkrankungen.

Um den Drogenkonsum finanzieren zu können, müssen sich diese Frauen, trotz Infizierung oder auch Erkrankung (sofern sie nicht mit Methadon o.a. Medikamenten substituiert werden), prostituieren. Einige beschaffen zusätzlich Geld durch Ladendiebstahl, Hehlerei und Dealerei. Dies trifft auch auf einige mit Methadon oder anderen Medikamenten Substituierte zu, die z.T. erheblichen Beikonsum haben.

Das durchschnittliche Alter der drogenabhängigen Frauen liegt bei Anfang zwanzig. Zunehmend Jüngere, z.T. noch Minderjährige gehen der Beschaffungsprostitution nach. Für minderjährige Drogenabhängige gibt es nur sehr wenige Hilfeinrichtungen (siehe auch Punkt 4.7.).

Viele Beschaffungsprostituierte sind wohnungslos oder ihnen droht der Wohnungsverlust. Sie schlafen entweder auf der Straße, in billigen Hotels (wenn sie das Geld dafür übrig haben), bei Kunden, die dafür sexuelle Dienstleistungen verlangen, oder bei Freunden und Bekannten, die oft ebenfalls sexuelle Dienstleistungen oder Drogen als Gegenleistung fordern.

Die Drogenberatungsstelle unterhält die Notübernachtungsstelle **Relax**. Hier sind 10 Schlafplätze vorhanden. Die Anmeldung für einen Schlafplatz ist um 21.00 Uhr. Falls kein Platz mehr frei ist, wird eine Warteliste ausgelegt. Die Notaufnahme ist geöffnet bis 23.30 Uhr. Bis zu vierzehn Übernachtungen sind hintereinander möglich. Dann muss eine andere Unterkunft gefunden werden. Bei der Notaufnahme werden Frauen bevorzugt.

Die Frauenübernachtungsstelle (FÜS) des Diakonischen Werkes nimmt rund um die Uhr neue Frauen auf, die, einmal aufgenommen, aber nach gültiger Hausordnung jeweils bis 23.00 Uhr in die Einrichtung zurückgekehrt sein müssen. Frauen, die stark unter Betäubungsmittel einfluss stehen, können dort nicht aufgenommen werden.

Auf Grund der Hausordnungen in den Übernachtungsstellen können die Frauen, die sich bis spät in die Nacht prostituieren müssen, um das notwendige Geld für die Droge einzunehmen, das Angebot der Übernachtungsstellen meistens nicht in Anspruch nehmen.

Wenn die Frauen keine Möglichkeit zum Übernachten finden, schlafen sie oft mehrere Nächte fast gar nicht und irren in der Stadt herum. Manchmal kommt es zu gewalttätigen Übergriffen (auch sexueller Art).

Die Frauen sind den psychischen und physischen Gewalttätigkeiten von Kunden oft hilflos ausgeliefert, da sie durch den Drogenkonsum und durch Erkrankung (bedingt durch die Lebensumstände oder/und AIDS und STD) körperlich nicht mehr in der Lage sind, sich zu wehren oder die Zahlung des Prostitutionslohnes durchzusetzen. Außerdem können sie leichter unter Druck gesetzt werden, wenn der Entzug droht. Sie gehen dann schneller auf die Wünsche der Freier, z.B. nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr oder ungewöhnlichen Praktiken ein. Im Jahr

2002 wurde der Streetworkerin vermehrt von sexuellen Übergriffen berichtet. Generell sollen die Kunden hemmungsloser und gewaltbereiter sein.

Vergewaltigungen und Misshandlungen von Seiten der Kunden werden nur äußerst selten bei der Polizei angezeigt. Die geschädigten Frauen fürchten, dass ihnen nicht bzw. weniger geglaubt wird, als den angezeigten Männern. Außerdem schrecken Straßenprostituierte im Sperrbezirk vor einer Anzeige zurück, da sie Angst haben, selbst wegen illegaler Prostitution bestraft zu werden.

Nach Rücksprachen mit Polizei (KK 12) und Staatsanwaltschaft kann Prostitution im Sperrbezirk als geringfügiges Vergehen angesehen und von entsprechenden Ermittlungsverfahren abgesehen werden. Wenn Prostituierte Opfer von Vergewaltigungen und/oder Misshandlungen geworden sind und dies anzeigen, können dadurch mehr gewalttätige Prostitutionskunden verurteilt werden. Wenn die Frauen keine rechtlichen Maßnahmen gegen sich selbst fürchten müssen und die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen nicht abhängig gemacht wird von ihrer Zugehörigkeit zur Drogen- bzw. Prostitutionsszene, werden sie eher bei der Polizei und vor Gericht aussagen.

In der Ravensberger Straße warnen sich die Frauen gegenseitig und berichten über gewalttätige Kunden. Diese Vorsichtsmaßnahmen sind sehr wichtig. Dennoch zeigt der Mord an der jungen Straßenprostituierten im Oktober 2002, dass Frauen in der Prostitution einem lebensbedrohlichem Risiko ausgesetzt sind.

Da die Prostituierten innerhalb des Sperrbezirks wegen der Polizeikontrollen möglichst unauffällig bleiben wollen, halten sie sich nur noch sehr selten und für kurze Zeit zu zweit oder mehreren auf dem Straßenstrich auf. So können sie sich hier nicht gegenseitig unterstützen, indem sie z. B. die Autokennzeichen und -marken der Kunden und den Zeitpunkt der Kontaktaufnahme notieren, wodurch potentielle Gewalttäter abgeschreckt und Täter schneller ermittelt werden könnten. Die Opfer selbst erinnern sich häufig später nicht mehr an Autokennzeichen und andere wichtige Merkmale des Täters. Es wurde beobachtet, dass einige Frauen von ihren Lebenspartnern, Freunden und Bekannten aus der Drogenszene oder Zuhältern begleitet werden, die oben beschriebene Funktionen übernehmen sollen. Diese Männer sind oft unzuverlässig und profitieren vom Prostitutionslohn der Frauen. Einige üben außerdem erheblichen Druck (z.B. Androhung von Schlägen, Drohung von Liebesentzug, körperliche Gewalt) aus, um größere Arbeitsleistung zu erzwingen und dadurch mehr Profit zu machen.

Straßensozialarbeit (Streetwork) mit Beschaffungsprostituierten

Die Streetworkerin der Mitternachtsmission ist regelmäßig zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten im Milieu anzutreffen. Regelmäßige Anwesenheit ist notwendig, um bei den Prostituierten bekannt zu werden und ihr Vertrauen zu erlangen.

Kontakte kommen oftmals durch Frauen zustande, die bereits mit der Mitarbeiterin der Mitternachtsmission bekannt sind oder werden durch Polizei und andere Beratungsstellen vermittelt. Außerdem entstehen Kontakte durch die kostenlose Verteilung von Kondomen, bei denen die Streetworkerin die Gelegenheit hat, über kurze Gespräche die Mitternachtsmission bekannt zu machen und auf die Dringlichkeit der Gesundheitsvorsorge hinzuweisen.

Das Hilfeangebot für Beschaffungsprostituierte kann zunächst nur niedrigschwellig sein. Wenn Frauen z.B. tagelang nichts gegessen haben, muss dafür gesorgt werden, dass sie etwas zu essen bekommen, bevor ein Beratungsgespräch geführt werden kann. Die Bereitschaft zu intensiven Gesprächen und weitergehender Beratung ist nur vorhanden, wenn die körperlichen Grundbedürfnisse befriedigt sind.

Weitere Hilfen sind u.a.:

- Gespräche über Probleme der Klientinnen bezüglich Familienangehörigen, Freunden, Zuhältern und Kunden;
- Vermittlung zur Drogenberatungsstelle;
- Vermittlung in einen Entgiftungs- und/oder Therapieplatz (evtl. in Zusammenarbeit mit der DROBS und der Drogenberatung des Gesundheitsamtes);
- Hilfe im Umgang mit Behörden und Ämtern;
- Hilfe im Umgang mit der Polizei und bei Gerichtsverhandlungen;
- Hilfe bei der Wohnungssuche;
- Beschaffung von Einrichtungsgegenständen und Kleidung;
- Besuche im Krankenhaus und im Gefängnis.

Die Beratungsgespräche finden i.d.R. auf der Straße, manchmal in Kneipen, Cafés und Schnellimbissen in der Nähe des Straßenstrichs statt. Da die Beschaffungsprostituierten in ihrem Verhalten hauptsächlich von der Sucht bestimmt werden und sie ständig darum bemüht sind, Drogen oder das Geld dafür zu bekommen, ist es selten möglich, einen Termin an einem anderen Ort (z.B. in der Beratungsstelle) zu verabreden.

Die offene Drogenszene ist weitgehend zersplittert. Im Berichtsjahr wurde durch zahlreiche gezielte Polizeieinsätze die Szene vom Nordmarkt vertrieben. Dadurch hat sich die Szene zu einem großen Teil "privatisiert", d.h. die Abhängigen treffen sich z.B. in Wohnungen, um ihre Geschäfte abzuwickeln und Drogen zu konsumieren.

Das Vorgehen von Polizei und Ordnungsamt führt zu Verschiebungen und Verunsicherungen der Szene, besonders im Bereich des Drogenstrichs.

Die Sozialarbeit, insbesondere Streetwork, ist durch diese Bedingungen beeinträchtigt. Bereits bestehende Kontakte und Beratungen werden unter- bzw. abgebrochen. Die Kontaktaufnahme ist erschwert, da die Frauen im Sperrgebiet zuerst gefunden werden müssen. Die dort anzutreffenden Beschaffungsprostituierten sind häufig nicht bereit, längere Gespräche mit der Streetworkerin in der Öffentlichkeit zu führen, da sie fürchten, dadurch die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu ziehen.

Es bestehen Konflikte zwischen den volljährigen, nicht drogenabhängigen, Straßenprostituierten und den Beschaffungsprostituierten. Den Beschaffungsprostituierten wird vorgeworfen, dass sie ohne Kondome arbeiten, sexuelle Dienstleistungen für wenig Geld anbieten und Krankheiten verbreiten. Die Konflikte werden offen ausgetragen oder durch Zuhälter „erledigt“.

Langfristig angelegte Beratungsprozesse mit drogenabhängigen Frauen werden durch das Suchtproblem behindert.

Häufig verschwinden Frauen. Viele kommen nach einiger Zeit zurück, einige bleiben verschwunden. Die verschwunden bleiben, sind entweder in einer anderen Stadt, aus der Drogenszene ausgestiegen (z.B. durch Therapie oder durch Substitution), im Gefängnis oder möglicherweise verstorben.

Entwicklungen auf dem Drogenstrich

- Besorgniserregend ist die wachsende Anzahl immer jüngerer, z.T. minderjähriger, Frauen in der Beschaffungsprostitution.
- Eine zunehmende Verelendung wurde festgestellt. Viele Drogenabhängige sind obdachlos. Bindungslosigkeit, Isolation (der Kontakt zu Eltern, Freunden und anderen Menschen außerhalb des Milieus ist abgebrochen), damit verbunden

Einsamkeit, Perspektivlosigkeit und der Verlust des Selbstwertgefühls nehmen diesen Menschen die Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage und festigen sie in ihrem Suchtverhalten. Körperliche Verwahrlosung, Depressionen, Krankheit (neben AIDS auch die durch Drogenkonsum und Lebensumstände bedingten körperlichen Schädigungen, wie z.B. Lebererkrankungen, Mangelerscheinungen etc.), körperlicher Verfall und nahender Tod sind unübersehbar geworden.

- **2002 gab es 28 Drogentote** (Angabe Druckraum). Drogenabhängige, die z.B. durch Folgeerkrankungen starben, sind in der Statistik nicht berücksichtigt.
- Fast alle Kunden verlangen sexuelle Dienstleistungen ohne Kondom und setzen dies z.T. mit erheblichem psychischen oder physischen Druck durch.
- Drogenabhängige, wohnungslose Frauen finden nur sehr schwer eine Unterkunft.
- Durch die ordnungspolitischen Maßnahmen ist die offene Drogenszene kleiner geworden, bzw. nicht mehr so sichtbar. Das Drogenproblem wird dadurch nicht gelöst. Hilfsmaßnahmen der Streetworkerinnen werden erschwert, teilweise sogar verhindert.
- Drogenabhängige Straßenprostituierte scheuen oft die Anzeige bei der Polizei, wenn sie Opfer von Gewalttaten durch Kunden werden, da sie fürchten, selbst wegen Prostitution im Sperrbezirk bestraft zu werden. Außerdem denken sie, dass ihnen als drogenabhängigen Prostituierten weniger geglaubt wird als dem Täter. Vermutlich nutzen einige Gewalttäter die Furcht der Frauen vor den Ordnungsbehörden aus.

Forderungen

- Pflege- und Wohnmöglichkeiten für von AIDS oder anderen schweren Krankheiten betroffene Abhängige müssen gewährleistet sein, um weitere Verletzung und den Tod auf der Straße zu verhindern.
- Die Belegung der Plätze der Notübernachtungsstelle der DROBS (Relax) ist für die Beschaffungsprostituierten schwierig, da sie meistens bis spät in die Nacht arbeiten müssen, um das Geld für die Droge zu beschaffen. Die Frauenübernachtungsstelle des Diakonischen Werkes kann Drogenabhängige, die stark unter Betäubungsmitteln stehen, nicht aufnehmen. Daher sind angemessene Übernachtungsmöglichkeiten für drogenabhängige Frauen nötig, in denen die Möglichkeit zur Befriedigung grundlegender hygienischer Bedürfnisse gegeben ist und die auch nachts erreichbar und geöffnet sind.
- Eine Heilung der Drogensucht wird oftmals durch Gefängnisaufenthalte verzögert und verhindert. Drogenabhängigkeit ist eine Krankheit. Dies muss im Umgang mit den Betroffenen berücksichtigt werden. Deshalb ist es notwendig, dass das Prinzip "Therapie statt Strafe" konsequent angewendet wird. Für die Betroffenen ist es förderlich, wenn positive Entwicklungen in ihren Lebensläufen (z.B. Cleansein, Substitution, Aufnahme einer beruflichen Tätigkeit oder Ausbildung) bei Gerichtsurteilen zu Straftaten und Ordnungswidrigkeiten während der Drogenabhängigkeit stärker berücksichtigt werden.
- Die Zulassung zur Methadonsubstitution muss für die Drogenabhängigen leicht erreichbar sein. Dies gilt insbesondere auch für die Abhängigen, die noch nicht an schweren und lebensbedrohlichen Erkrankungen leiden. Für die Substituierten müssen ausreichende Beratungs- und ambulante Therapieangebote, angemessene Wohnmöglichkeiten und Hilfen zum Aufbau beruflicher Perspektiven geschaffen werden.

- Es müssen mehr differenzierte Therapiemöglichkeiten, besonders Therapien mit gezieltem und kompetentem Angebot für Frauen (auch Mutter-Kind Einrichtungen) gewährleistet werden.

Die Wahl der Therapieeinrichtung hängt oft von dem Angebot freier Therapieplätze ab und erfolgt unter dem Aspekt, möglichst schnell aufgenommen zu werden (z.B. bei Entscheidungen gemäß dem Grundsatz "Therapie statt Strafe" oder bei hohem Leidensdruck).

Im Zuge von Sparmaßnahmen ist zu befürchten, dass einige Therapien in Zukunft nicht mehr genehmigt werden und Abhängige, die bereits Therapien abgebrochen haben, keine weitere bewilligt bekommen.

Der erfolgreiche Abschluss einer Therapie kann häufig nicht erreicht werden, weil die jeweils gewählte Therapieeinrichtung auf Grund der individuellen Voraussetzungen und Problematik nicht die richtige ist und somit den Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht wird. Die Folgen sind oft Therapieabbruch und Rückfall auch nach beendeter Therapie.

Therapieversuche, die scheitern, Cleanzeiten und Rückfälle sind für viele Drogenkranke wichtige Schritte und Phasen in ihrem Heilungsprozess und bedeuten nicht zwangsläufig, dass diese Menschen hoffnungslose Fälle sind. Eine Beschränkung z.B. auf einen Therapieversuch würde diesen Menschen die Chance auf Heilung nehmen.

- Es müssen ausreichende stationäre und ambulante Nachsorgemöglichkeiten zur Verringerung der Rückfallgefahr nach der Therapie geschaffen werden. Hilfen zum Aufbau von beruflichen Zukunftsperspektiven sind unbedingt erforderlich.

- Einige Drogenabhängige sind nicht in der Lage, ein drogenfreies Leben zu führen. Sie können weder durch Therapien noch durch Substitution vom Heroinkonsum loskommen. Sie werden immer wieder rückfällig oder haben einen hohen, mit einem großen Gesundheitsrisiko verbundenen, Beikonsum von Heroin, Kokain, Medikamenten oder auch Alkohol. Diese Menschen, teilweise seit vielen Jahren abhängig und auf Grund ihrer individuellen Geschichte nicht fähig, ohne Betäubungsmittel ihr Leben zu bewältigen, haben unter den gegebenen Bedingungen kaum eine Chance, aus dem Suchtkreislauf mit den damit verbundenen Risiken (Kriminalisierung, Krankheit und Tod) herauszukommen.

Um auch diesen Menschen helfen zu können, menschenwürdig, ohne Zwang zu illegalen Handlungen, zu leben, ist zu überlegen, ob eine kontrollierte Abgabe von Heroin erwogen werden soll. Hierzu läuft momentan in verschiedenen deutschen Städten ein Modellprojekt.

- Dringend erforderlich ist der Ausbau von Hilfeangeboten für minderjährige Drogenabhängige: Entgiftungs- und Therapieplätze, Anlaufstellen und Beratungsangebote speziell für Minderjährige mit Drogenproblemen und Prostitutionserfahrung.

Wir begrüßen die Einrichtung des Druckraumes, der im Mai 2002 eröffnet wurde. Hier haben Schwerstabhängige die Möglichkeit, unter qualifizierter Aufsicht Drogen zu konsumieren. Keinen Zugang zum Druckraum haben Substituierte, Minderjährige und nicht in Dortmund gemeldete Abhängige.

4.7. Kinder und Jugendliche in der Prostitution

Seit einigen Jahren wenden sich immer mehr Kinder und Jugendliche, die der Prostitution nachgehen, mit der Bitte um Beratung und Unterstützung an die Mitternachtsmission. Die Mitarbeiterinnen der einzelnen Prostitutionsbereiche kommen immer wieder in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen oder werden durch andere Prostituierte auf diese aufmerksam gemacht. Wir werden auch von Eltern, Pflegeeltern, Erzieherinnen, Lehrern und Pfarrern, die vermuten oder wissen, dass Kinder und Jugendliche der Prostitution nachgehen, um Hilfe und Unterstützung gebeten. Außerdem kommen durch Erziehungsberatungsstellen, Einrichtungen der Jugendhilfe, Ärzte und Krankenhäuser, Kinder und Jugendliche in unsere Beratung. Die Problemlagen der Kinder und Jugendlichen unterscheiden sich z.T. erheblich von denen der älteren, erwachsenen Frauen. In Dortmund gab es bisher keine Institution, die gezielt mit Kindern und Jugendlichen, die der Prostitution nachgehen, arbeitet. Das macht es notwendig, einen Arbeitsbereich speziell für dieses Klientel einzurichten

Die genaue Größenordnung der Prostitution von Kindern und Jugendlichen lässt sich nur schwer ermitteln, da die Betroffenen oft falsche Angaben über ihr Alter machen. Außerdem werden sie häufig von Zuhältern stark abgeschirmt, so dass die Kontaktaufnahme erschwert wird und besonders zeitaufwändig ist.

2002

Der Mitternachtsmission bekannte Kinder und Jugendliche gemäß KJHG (Kinder- und Jugendhilfegesetz)

66

Nicht mehr in der Prostitution tätig

37

In Beratung/Betreuung im Projekt „Minderjährigenprostitution“

29

Während in bordellähnlichen Betrieben und in der Linienstraße schon eher darauf geachtet wird, dass keine Minderjährigen sexuelle Dienstleistungen anbieten, haben die Mädchen auf der Straße, in Kneipen und Discotheken zunächst die Möglichkeit, der Prostitution unauffälliger nachzugehen.

Minderjährigenprostitution wird in Dortmund hauptsächlich im Bereich des Hauptbahnhofes, in Kneipen, Cafés, in Discotheken und auf dem Straßenstrich im Bereich der nördlichen Innenstadt angeboten. Es gibt Kontaktmagazine und Internetseiten, aus denen potentielle Kunden erfahren, wo sie junge Prostituierte finden können. Auch Zuhälter informieren sich hier über zukünftige Erwerbsquellen. Die betroffenen Mädchen werden häufig von Zuhältern stark kontrolliert und reglementiert. Einige sehr junge Frauen berichten von einzelnen bordellähnlichen Betrieben (Clubs und Apartments), in die sie verkauft werden sollten oder in denen sie bereits gearbeitet haben. Desweiteren werden viele Mädchen von ihren Zuhältern auch direkt an Prostitutionskunden vermittelt.

Die Gründe, aus denen junge Mädchen und Frauen den Weg in die Prostitution wählen, sind individuell verschieden. Die Chancen- und Perspektivlosigkeit bei der Arbeitssuche, aber auch die schlechte Bezahlung in typischen Mädchen- und Frauenberufen können als Gründe angesehen werden.

Mangelnde Lebenserfahrung, fehlende Vorbilder, Gutgläubigkeit und Lenkbarkeit durch Männer, die Hoffnung auf ein besseres Leben - die Konsumgesellschaft hat ihre Versprechungen nicht erfüllt - und die Doppelmoral im sozialen Umfeld erleichtern den Schritt zum Bruch des Tabus Prostitution.

Oft jedoch stehen **emotionale Defizite** im Vordergrund:

z.B. Überbehütung, negative Erfahrungen mit Sexualität, Streitigkeiten in Familie und Umfeld, mangelnde Liebe und fehlende Anerkennung veranlassen diese jungen Menschen, sich einer Gruppe (Gang/Clique) oder einer Person (z.B. Zuhälter) anzuschließen, zu deren Lebensunterhalt sie durch den Prostitutionslohn beitragen. Durch diesen Beitrag erhoffen sie sich eine enge Bindung, Liebe und Wertschätzung von Seiten der o.g. Personen.

Häufig werden sie in die Prostitution hineingeredet. Manche Mädchen empfinden ihre Situation zunächst durchaus positiv, da sie verhältnismäßig viel Geld zur Verfügung haben, sich auf Grund ihrer Erfahrungen erwachsen fühlen und sie zu einer Gruppe oder einer Person gehören, zu der sie emotionale Bindungen aufgebaut haben.

Auch kommt es vor, dass Minderjährige mit psychischer und physischer Gewalt zur Aufnahme der Prostitution gezwungen werden und sich dieser nicht widersetzen oder entziehen können, weil sie keine Person ihres Vertrauens haben, auf deren Hilfe sie hoffen können. **Sie sind besonders den gewalttätigen Übergriffen durch Männer im Bereich der Prostitution ausgeliefert.** Das trifft insbesondere auf Ausreißerinnen aus Heimen und Familien zu. Sie scheuen den Kontakt zu MitarbeiterInnen von Institutionen, da sie befürchten, wieder zurückgebracht zu werden. Sie sehen sich gezwungen, unterzutauchen, müssen aber gleichzeitig ihren Lebensunterhalt sichern.

So geraten sie leicht an Personen, die ihre Hilflosigkeit ausnutzen, indem sie ihnen z.B. einen Schlafplatz zur Verfügung stellen und anschließend die Prostitution als Gegenleistung verlangen.

An dieser Stelle sollten auch die Mädchen und jungen Frauen erwähnt werden, die aus scheinbar intakten Familien stammen und die keine leicht erkennbaren Probleme haben. Sie finanzieren durch den Prostitutionslohn Dinge, die sie benötigen, um in ihrer Gleichaltrigengruppe anerkannt zu werden (z.B. bestimmte Kleidung, ausreichend Geld für Discobesuche) und die sie sich von ihrem Taschengeld bzw. Schülerjobs nicht ermöglichen können.

Die Hoffnung, in kurzer Zeit viel Geld zu verdienen, führt für manche dieser Mädchen und jungen Frauen dazu, sich fest im Prostitutionsmilieu zu etablieren. Sie vernachlässigen den Schulbesuch, sehen nicht mehr die Notwendigkeit einer Berufsausbildung bzw. eines Schulabschlusses, gehen Beziehungen zu Männern ein, die ebenfalls in diesem Milieu verwurzelt sind (Zuhälter, aber auch Stricher, die nur z.T. homosexuell sind) und brechen Kontakte zu Bekannten außerhalb des Milieus ab.

Viele der Mädchen konsumieren Alkohol und/oder illegale Drogen (Heroin, Kokain und auch Ecstasy) oder gehen zum Teil schon der Beschaffungsprostitution nach. Beim Einstieg in die Drogenabhängigkeit oder Alkoholsucht ist die verzweifelte Situation der Mädchen - sie brauchen das Suchtmittel, um ihre Probleme vorübergehend zu vergessen und die Prostitutionstätigkeit ertragen zu können - und ihre Perspektivlosigkeit von großer Bedeutung.

Ein erheblicher Anteil der Mädchen und jungen Frauen ist obdachlos. Auf Grund ihrer Erfahrungen mit Behörden und Einrichtungen der Jugendhilfe (Heimen oder Jugendschutzstellen) scheuen sie oft den Kontakt zu MitarbeiterInnen der Jugendhilfe/des Jugendamtes. Sie fürchten, zurück ins Heim oder zu ihren Eltern

geschickt zu werden. Sie wohnen häufig bei Prostitutionskunden oder Bekannten, die sie sexuell ausbeuten und in Abhängigkeit halten.

In Dortmund gibt es seit Mai 2000 ein niedrighschwelliges Angebot für minderjährige Wohnungslose, das **Sleep In**, mit dem eine enge Kooperation besteht.

Weiterhin halten wir die Einrichtung von z.B. Mädchenhäusern, -wohngruppen, Zufluchtswohnungen bzw. Schutzstellen speziell für Mädchen und besondere Angebote und Hilfen zur Entwicklung und Umsetzung von Zukunftsperspektiven für diesen Personenkreis für notwendig, um den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern.

Sozialarbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Prostitution ist besonders schwierig, denn diese Form findet überwiegend im Verborgenen statt. Da die Orte häufig wechseln, die Mädchen sehr schnell in die Gewalt von Zuhältern gelangen und von ihnen in andere Städte verschoben werden, ist es schwer, Kontakte zu den Betroffenen zu halten.

Diese Kinder und Jugendlichen brauchen ein niedrighschwelliges Angebot, das auf gänzlich freiwilliger Basis in Anspruch genommen werden kann und das sofort und unbürokratisch Hilfe gewährleistet (z.B. schnelle sichere Unterbringung, wenn Mädchen von Zuhältern bedroht werden). Nur so können erfahrungsgemäß Vertrauen aufgebaut und zusammen mit den Betroffenen weitere Schritte geplant und durchgeführt werden, ohne dass sich die Klientinnen aus Angst vor Reglementierung wieder zurückziehen.

Häufig haben der regelmäßige Kontakt und eine kontinuierliche Beratung zur Folge, dass die Mädchen Mut schöpfen, andere Perspektiven erkennen können und sich aus dem Prostitutionsmilieu lösen. Eine weitere Verfestigung im Drogen- und/oder Prostitutionsmilieu, fortschreitende Verelendung und Hoffnungslosigkeit kann so verhindert und der physische und psychische Schaden möglichst gering gehalten werden.

Ein solches Beratungsangebot erreicht Mädchen und junge Frauen, die durch das bestehende Hilfesystem nicht erreicht werden.

Unser Hilfskonzept sieht drei Schwerpunkte vor:

- **Streetwork und psychosoziale Beratung und Betreuung**
- **Kontakte zu anderen Institutionen und Öffentlichkeitsarbeit**
- **Prävention**

Projekt

Nach jahrelangen Bemühungen ist es uns gelungen, die Mittel für das bis September 2003 befristete wissenschaftlich begleitete Projekt „**Minderjährigenprostitution – Situationsanalyse und Erarbeitung von Hilfemaßnahmen für Kinder und Jugendliche in der Prostitution**“ bewilligt zu bekommen. Das Projekt wird anteilig von der Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V., dem Land NRW und dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche von Westfalen gefördert. Die Restmittel stellt die Mitternachtsmission bereit. Gefördert wurde die Arbeit in diesem Projekt außerdem durch den Soroptimistclub Dortmund II und die Rotarier.

Neben der aufsuchenden Arbeit und der Prävention ist Ziel des Projektes, statistische Daten zu sammeln und auszuwerten und durch die konkrete Arbeit vor Ort genauer zu ermitteln, wie hoch der Handlungsbedarf ist. Auf Grund der

Beratungsarbeit mit den betroffenen Mädchen wird eine Bedarfsanalyse für diese besondere Gruppe von Klientinnen erstellt und spezielle Hilfeangebote entwickelt werden.

Streetwork und psychosoziale Beratung und Betreuung

Die Sozialarbeiterinnen suchen regelmäßig zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten die Plätze auf, an denen sich die Mädchen und jungen Frauen aufhalten, d.h. auf dem Straßenstrich, am Bahnhof, in Kneipen usw. Die momentane Situation zeigt eine sehr „zersplitterte“ Prostitutionsszene in Dortmund. Es gibt keinen zentralen Ort, an dem Prostitution von Kindern und Jugendlichen angeboten wird, keinen sogenannten „Babystrich“. Auch die Drogenszene ist in viele kleine Gruppierungen aufgeteilt, so dass auch hier momentan kein zentraler Anlaufpunkt für die aufsuchende Arbeit existiert. Da Prostitution von Kindern und Jugendlichen verdeckt abläuft, müssen im Bereich der aufsuchenden Arbeit unkonventionelle Wege gegangen werden. Daher werden Discotheken, in denen gezielt Minderjährige angeworben werden, ebenfalls aufgesucht. Für die Auswertung der Beobachtungen ist ein spezieller Erhebungsbogen für Discotheken entworfen worden.

Da die Streetworkerinnen die Mädchen direkt im Milieu antreffen, ist die Hemmschwelle, sich als Prostituierte zu erkennen zu geben, nur noch gering. Scham und Angst, auf Grund ihrer Tätigkeit abgelehnt und diskriminiert zu werden, hindern viele der Betroffenen, Beratungsstellen und Hilfeeinrichtungen direkt aufzusuchen.

Männliche Prostituierte/Stricher können im Rahmen des Projektes nicht gezielt aufgesucht werden, obwohl unseres Erachtens Beratungsarbeit in diesem Bereich notwendig ist. Hilfesuchende männliche Prostituierte werden selbstverständlich nicht abgewiesen. Die Mitternachtsmission könnte einen Arbeitsbereich für sie sofort einrichten, wenn die notwendigen Personalkosten zur Verfügung gestellt würden.

Nachdem die jungen Frauen und Mädchen Vertrauen zu den Streetworkerinnen aufgebaut und sie als verlässliche Ansprechpartnerinnen erfahren und akzeptiert haben, können weitergehende Maßnahmen zusammen mit den Klientinnen geplant und durchgeführt werden.

Die sozialarbeiterischen Hilfen beinhalten u.a.:

- intensive Einzelgespräche in der Beratungsstelle, bei Hausbesuchen oder an anderen Orten (z.B. Lokalen, Cafés, auf der Straße),
- Existenzsicherung (Schlafplatz-, Wohnraum-, Nahrungsmittel- und Kleidungsbeschaffung),
- Gesundheitsvorsorge (z.B. AIDS- und STD-Prävention, Beratung zur Schwangerschaftsverhütung etc.), Begleitung während eines Krankheitsverlaufes, Krankenhausbesuche,
- Begleitung zu Ärzten, anderen Beratungsstellen (z.B. Suchtberatung, Kinder- und Jugendberatungsstellen, Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch),
- Beratung und Begleitung bei Einkäufen,
- Hilfen bei der Wohnungssuche, bei Möbeltransporten und Umzügen,
- Verhandlungen mit Vermietern, potentiellen Arbeitgebern etc.,
- Vermittlung zu Therapieeinrichtungen und stationären Einrichtungen der Jugendhilfe (Mädchenwohngruppen etc.),
- die Einübung sozialer Kompetenzen,
- Aufarbeitung von Erinnerungen und Schuldgefühlen,
- Abbau von Ekel und Selbstverachtung,

- Hilfen beim Aufbau des Selbstwertgefühls,
- Erarbeitung von Zukunftsperspektiven (z.B. Nachholen eines Schulabschlusses, Beginn einer Ausbildung) und Hilfe bei der Bewerbung um Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz,
- Hilfe bei der Kontaktaufnahme zu Angehörigen (Eltern, Geschwistern und Großeltern etc.),
- Beratung von Angehörigen,
- Hilfe beim Aufbau sozialer Kontakte außerhalb des Milieus.

Die biografischen Daten unserer Klientinnen werden anonymisiert in einem Erhebungsbogen festgehalten und ausgewertet, der in Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Begleitung und den Mitarbeiterinnen des Projektes konzipiert wurde. Die Auswertung der Klientinnenbögen soll als Grundlage zur Situations- und Bedarfsanalyse am Ende des Projektes dienen.

Neben der aufsuchenden Arbeit ist die Zusammenarbeit mit Vernetzungspartnern besonders wichtig, um gemeinsam für die Mädchen eine individuelle Beratung, Unterstützung und Schutz anbieten zu können. Ein Runder Tisch mit leitenden Vertretern von sozialen Vereinen und Verbänden sowie von Polizei, Justiz, Ordnungsamt, Gesundheitsamt und Schulverwaltungsamt gewährleistet gute Kooperation und Unterstützung. So besteht die Möglichkeit, diese Mädchen dem Jugendhilfe-System (wieder) zuzuführen.

Eine gute Kooperation mit anderen Einrichtungen gewährleistet kurze Dienstwege und schnelle, unbürokratische Hilfe, damit einem unnötigen Verbleiben der zum Teil sehr jungen Mädchen im Milieu entgegengewirkt werden kann.

Kontakte zu anderen Institutionen und Öffentlichkeitsarbeit

MitarbeiterInnen in anderen Fachberatungsstellen sind bezüglich der Prostitutionsproblematik und der Gewalterfahrungen im Milieu oft verunsichert. Eine angemessene Beratung wird dadurch erschwert. Die Projektmitarbeiterinnen bieten kollegiale Beratung und Teamgespräche an, um Vorurteile und Berührungängste, die mit dem Thema zusammenhängen, abzubauen und einen realistischen Eindruck von der Situation der Mädchen im Milieu zu vermitteln.

Folgenden Einrichtungen wurde die Arbeit bereits vorgestellt, wodurch sich anschließend eine enge Kooperation ergab:

- Streetworkerbüro der Stadt Dortmund
- Ärztliche Beratungsstelle gegen Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern e.V.
- Notschlafstelle für obdachlose Jugendliche „Sleep In“ vom Verbund Sozialtherapeutischer Einrichtungen e.V.
- Ambulante Intensive Begleitung der Stadt Dortmund
- Christliches Jugenddorf Dortmund e.V.
- Kinder- und Jugendpsychiatrie u. – psychotherapie Elisabethklinik
- Schwangerschaftskonfliktberatung der AWO
- Drobs Drogenberatung Soziales Zentrum e.V.
- Jugendhilfedienst der Stadt Dortmund
- Pflegekinderdienst der Stadt Dortmund
- Wellenbrecher e.V.
- Bella Donna, Drogenhilfe Essen

Neben der Vorstellung der Projektarbeit in den einzelnen Einrichtungen dient die **Teilnahme an Arbeitskreisen** zum Austausch mit KollegInnen aus der Kinder- und Jugendarbeit sowie Drogenarbeit.

Ein Arbeitskreis mit an der Basis arbeitenden KollegInnen dient der kollegialen Beratung. Unseres Erachtens können so Ressourcen aus der Vernetzungsarbeit besser genutzt werden. Die Kontakte zu anderen Institutionen können sowohl in der Begleitung und Beratung der einzelnen Klientinnen liegen (bspw. Vermittlung in Hilfeplangesprächen) als auch in der Nutzung anderer Räumlichkeiten (Streetworkerbüro) und der Ergänzung unseres Angebotes (Übernachtungsplätze im „Sleep In“).

Ebenso wichtig wie die Sensibilisierung von Fachkräften ist die Bekanntmachung des Themas „Kinder und Jugendliche in der Prostitution“ in der Öffentlichkeit, um Vorurteile und Berührungängste abzubauen.

Die regelmäßige Berichterstattung über die Arbeit der Mitternachtsmission in allen Dortmunder Zeitungen, in „Unsere Kirche“, in überregionalen Zeitschriften und in Radio- und Fernsehberichten trägt dazu bei, dass das Problem ins Blickfeld der Öffentlichkeit rückt. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Bürgerfunkteam „offensiv“ auf der Frequenz von Radio Do 91.2, welches die verschiedenen Projektphasen dokumentiert und zusätzlich dazu beiträgt, dass das Thema einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Zusätzlich referieren die Projektmitarbeiterinnen häufig in Schulen und Hochschulen, Kirchengemeinden, vor Parteien, Arbeitsgemeinschaften, Serviceclubs etc. über ihre Arbeit und sind mit Informationsständen (Verteilung von Jahresberichten, Broschüren und Flyern mit dem Beratungsangebot) bei großen Veranstaltungen vertreten.

Unter dem Titel „**Tatort Kindheit**“ hat die Dortmunder Mitternachtsmission in Kooperation mit der Ärztlichen Beratungsstelle gegen Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern e.V. eine Podiumsveranstaltung durchgeführt. Diese Veranstaltung unter der Schirmherrschaft von Bürgermeisterin Frau Marianne Wendzinski war ein großer Erfolg. Weitere Informationsveranstaltungen dieser Art werden folgen.

Prävention

In der Projektarbeit sollen nicht nur Mädchen erreicht werden, die schon Erfahrungen im Drogen- und Prostitutionsmilieu haben, sondern es wird bereits im Vorfeld Aufklärungsarbeit an Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit geleistet. Dies kann dazu beitragen, falsche Vorstellungen zu korrigieren und Illusionen und Mythen abzubauen.

Aus der Arbeit mit Schulklassen und Jugendfreizeitstätten haben sich über das Kennenlernen der Mitternachtsmission hinaus folgende Projekte entwickelt:

- Entwurf eines Flyers

Hierbei wurde ein Flyer gestaltet, der nicht nur das konkrete Beratungsangebot beinhaltet, sondern einen neutralen Zugang zum Thema „Prostitution von Kindern und Jugendlichen“ gewährleistet und an eine größere Zielgruppe verteilt werden kann.

- Fotodokumentation „Straßenstrich“

Um die Vorträge innerhalb der Präventionsarbeit anschaulicher zu gestalten, wurde mit Unterstützung von Praktikantinnen eine Fotodokumentation erstellt.

- Radioprojekt

Ein vorgegebener Text mit einer lückenhaften Biografie eines jungen Mädchens in der Prostitution wurde einer Mädchengruppe einer Jugendfreizeitstätte vorgegeben. Die Mädchen hatten die Aufgabe, den Lebenslauf nach ihren Vorstellungen zu vervollständigen. Das Ziel war die aktive Auseinandersetzung der Mädchen mit dem Thema Prostitution. Die unterschiedlichen Ergebnisse wurden vom **Radioteam** „**offensiv**“ aufgezeichnet.

- Graffiti-Aktion NIGHTWORKS

Auf besonders große Resonanz stieß die Auftaktveranstaltung des Projektes in Zusammenarbeit mit den Schülern und Schülerinnen der **Johann–Gutenberg–Realschule**. Diese haben im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Mitternachtsmission in der Königswallpassage (U-Bahn) des Dortmunder Hauptbahnhofes das Graffiti „Nightworks“ gestaltet. Diese Plakataktion und die Radioberichterstattung zum Auftakt des Projektes fanden breites Interesse in der Öffentlichkeit und haben vor allem bei den PassantInnen vor Ort dazu geführt, dass sie sich intensiv mit dem Thema auseinander gesetzt haben – viele davon zum ersten Mal.

4.8. Nachgehende Ausstiegshilfen

Seit 1986 sind **568** Klientinnen mit Hilfe der Mitternachtsmission aus der Prostitution ausgestiegen.

Bis Ende Juli 2002 wurde der Arbeitsbereich durch **Mittel der Glücksspirale (EFO)** gefördert. Wir sind froh und dankbar, dass Mittel für diesen wichtigen Arbeitsbereich zur Verfügung gestellt werden konnten.

	2002
Klientinnen	82 Frauen
davon:	
im Arbeitsbereich „Nachgehende Ausstiegshilfen“	52 Frauen
in den Arbeitsbereichen „Linienstraße, Bordellähnliche Betriebe, Beschaffungsprostitution“	30 Frauen
davon:	
Neuaussteigerinnen 2002	45 Frauen
zusätzlich in die Beratungsarbeit einbezogen werden mussten:	
Kinder	21
andere Angehörige	5

Um ausstiegswilligen Prostituierten effizient helfen zu können, muss zur individuellen ganzheitlichen Beratung kontinuierlich eine qualifizierte Mitarbeiterin zur Verfügung stehen, die ausschließlich im Arbeitsbereich "Nachgehende Ausstiegshilfen" tätig ist.

Es ist sinnvoll, dass mit dem neuen Lebensabschnitt "Ausstieg" für die Klientin auch der schrittweise, behutsame Übergang in einen anderen stark zukunftsorientierten Arbeitsbereich verbunden ist. Die Mitarbeiterin in diesem Arbeitsbereich muss mit der Prostitutionsproblematik soweit vertraut sein, dass sie Blockierungen und Hinderungsgründe bei der Anwendung des Ausstiegsprogrammes erkennen und die Klientin individuell unterstützen kann. Sie soll aber nicht zusätzlich vor Ort im Milieu tätig sein.

Für Frauen, die vom Prostitutionslohn jahrelang sich und ihre Familien selbständig ernährt haben, ist ein Leben im Sozialhilfebezug keine erstrebenswerte Perspektive. Wir halten es für sinnvoll, ausstiegswilligen

Prostituierten Mut zu machen, sich beruflich zu qualifizieren oder sich in Arbeitsverhältnisse vermitteln zu lassen. Die Erarbeitung von Zukunftsperspektiven und die Begleitung der Klientinnen bei der Durchsetzung der diesbezüglichen Ziele ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit.

Gründe für den Ausstieg

Der Wunsch, aus dem Milieu auszusteigen, entsteht bei vielen Frauen, wenn die Tätigkeit als Prostituierte die Grenzen ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit überschreitet. Die Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission erfahren von zunehmenden Gewalterfahrungen ihrer Klientinnen. Männer, die vom Prostitutionslohn profitieren, üben massiven psychischen und physischen Druck (bis zu schweren körperlichen Verletzungen) aus, um die Frauen am Ausstieg zu hindern. Die Furcht vor einer Infizierung durch sexuell übertragbare Krankheiten, konjunkturbedingte Veränderungen, dadurch sinkendes Einkommen bei weiten Teilen der Bevölkerung und die zunehmende Konkurrenz von Frauen aus dem osteuropäischen Raum bewirken, dass die Probleme der Klientinnen sich vergrößern, weil sie durch die weniger zahlungskräftigen Kunden gezwungen sind, untereinander in härteren Konkurrenzkampf zu treten und immer umfangreichere Dienstleistungen für geringeres Entgelt auszuführen.

Durch den psychischen Druck und die physische Anstrengung (hinzu kommt der immer geringer werdende Verdienst) entschließt sich eine steigende Anzahl von Prostituierten zum Ausstieg und zu dem Versuch, eine neue Existenz aufzubauen.

Die ausstiegswilligen Klientinnen stehen vor folgenden Problemen:

Materielle Probleme

- Wohnraumbeschaffung und -sicherung

Wohnungsbeschaffung wird notwendig für Klientinnen, die z.Zt. noch mit einem Partner aus dem Milieu zusammenleben, eine überhöhte Miete zahlen oder am Arbeitsplatz wohnen. Da eine starke Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum besteht und die Bewilligung von Mietübernahmen durch die Sozialämter strenger gehandhabt werden, ist dies immer noch eine schwierige Aufgabe. Vorhandene günstige Wohnungen befinden sich häufig in direkter Nähe zum Milieu, was ungünstig für den Ausstieg sein kann. Weiter konnte beobachtet werden, dass viele preisgünstige Wohnungen in einem sehr schlechten Zustand sind.

- Verschuldung/Überschuldung

z.B. bei Banken, Versandhäusern, Vermietern, Ärzten, DEW, Telefongesellschaften, Versicherungen, Inkasso-Diensten, öffentlichen Gläubigern (z.B. Finanzamt, Gerichtskasse), Rechtsanwälten.

Hinzu kommen Schulden im Milieu, z.B. für Einrichtungsgegenstände, Kleidung, Schmuck, Unterhaltungselektronik, Handys, die von Kolleginnen, Freunden und Bekannten (z.T. Zuhältern) aus zweiter Hand auf Ratenbasis gekauft wurden.

Es ist grundsätzlich möglich, mit Banken, Versandhäusern und Dienstleistungsbetrieben Verhandlungen zu führen, Stundungen und Ratenzahlungen abzusprechen und somit Zahlungsaufschübe für einen längeren Zeitraum zu erwirken. Absprachen mit einigen Gläubigern gestalten sich allerdings, bei vorübergehender Zahlungsunfähigkeit der Klientinnen, schwierig, z.B. nutzen die Inkasso-Dienste auch bei offensichtlicher Zahlungsunfähigkeit sämtliche Druckmittel, die sich ihnen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bieten, d.h. sie fordern die Abgabe der eidesstattlichen Versicherung (Offenbarungseid).

Mit der Einführung des Insolvenzgesetzes zum 01.01.1999 fand eine Umorientierung in der gesamten Schuldnerberatung statt. Überschuldete, auch ohne oder mit geringem Einkommen, bietet sich die Perspektive einer Entschuldung. Überschuldete haben nun die Möglichkeit, nach 5-7 Jahren schuldenfrei zu sein. Dieser Weg ist allerdings lang und schwierig, und auf Grund der großen Nachfrage muss bei den Schuldnerberatungsstellen mit langen Wartezeiten gerechnet werden.

Auch die Verhandlungen mit Gläubigern haben sich auf Grund des Insolvenzgesetzes verändert, z.B. verlangen einerseits immer mehr Gläubiger Abtretungserklärungen um sich einen Vorteil im gerichtlichen Insolvenzverfahren zu verschaffen, andererseits sind außergerichtliche Einigungen auch mit minimalen Raten möglich. Hierdurch kann das Verfahren vermieden werden, was beiden Parteien Vorteile bringt. Zum 01.01.2002 wurden die Pfändungsfreigrenzen erheblich angehoben (von 1219,99 DM auf 1819,99 DM bzw. 929,99 Euro für Alleinstehende). Das nicht pfändbare Einkommen pro Monat bewegt sich nun in einem Rahmen, der tatsächlich ein realistisches Existenzminimum für verschuldete Personen gewährleistet.

Abprachen mit Gläubigern aus dem Milieu sind meistens nicht möglich. Sie werden im Gegenteil darauf drängen (auch unter Gewaltanwendung), dass ihre Forderungen beglichen werden.

- Sicherung der Lebensgrundlage

Da in den uns bekannten Fällen Aussteigerinnen meist keine Aussicht auf rasche Vermittlung in eine Arbeitsstelle haben, bleibt ihnen zunächst nur der Antrag auf Sozialhilfe. Sozialhilfeleistungen sind subsidiär (nachrangig) und werden deshalb nur gewährt, nachdem das Einkommen von unterhaltspflichtigen Angehörigen (z.B. Ehepartnern, Eltern und Kindern) daraufhin geprüft wurde, ob diese nicht vorrangig Hilfe leisten können. Diese Einkommensüberprüfungen führen zum Aufdecken der bisherigen Tätigkeit unserer Klientinnen als Prostituierte und setzen sie der Verachtung ihrer Angehörigen aus, was meist zu völliger Zerrüttung der familiären Verhältnisse führt. Auf Grund dieser Problematik wurde 1988 in der Zusammenarbeit mit Dortmunder Ämtern und Behörden ein Ausstiegsprogramm (u.a. Ausnahmeregelungen bei der Sozialhilfebeantragung) entwickelt.

Es ist dringend notwendig, das **Ausstiegsprogramm** von 1988 weiter fortzuführen und auf den neuesten Stand der gesetzlichen Bestimmungen (BSHG, SGB III) zu bringen. Eine feste Ansprechpartnerin beim Sozialamt und beim Arbeitsamt ist für einen effizienten Ausstieg von größter Wichtigkeit. Nur so ist eine rasche Hilfe möglich, ohne dass die Frauen Details über ihre bisherige Tätigkeit offen legen müssen. Das Ausstiegsprogramm gibt den Frauen die Chance, mit gesicherter Existenzgrundlage psychosoziale Probleme aufzuarbeiten und in einem kürzestmöglichen Zeitraum den angestrebten Umstieg in andere Erwerbstätigkeiten zu erreichen. Ohne eine rasche Hilfeleistung verlieren die Frauen den Mut und sind gezwungen, auch unter unerträglichen Umständen (z.B. fortgeschrittene Schwangerschaft, Bedrohung durch Kriminelle, körperliche und psychische Erkrankungen) in der Prostitution zu verharren. Eine schnelle Integration in eine neue Existenz oder Erwerbstätigkeit unabhängig von Sozialhilfe wird erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Besonderen Schwerpunkt legen wir auf Zukunftsperspektiven:

nachträgliche Schulabschlüsse, Abschluss von unterbrochenen Ausbildungen, berufliche Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, Hilfen bei der Vermittlung in gewünschte Berufe oder Erwerbstätigkeiten.

Auch Aushilfstätigkeiten können die Frauen darin bestärken, sich aus ihrer Isolation zu lösen. Mit Hilfe solcher Tätigkeiten kann schweren psychischen und physischen Beeinträchtigungen vorgebeugt werden.

Prostituierte sind beim Einstieg in andere Erwerbstätigkeiten nicht durch geistige oder manuelle Defekte behindert, sondern durch die gesellschaftliche Diskriminierung der Prostitutionstätigkeit. Eine durch moralische und ethische Wertvorstellungen subjektive Sicht hindert die Wahrnehmung von objektiv positiven Fähigkeiten, z.B. gute Einschätzungsfähigkeit von menschlichen Reaktionen, Selbstverständlichkeit im Umgang mit fremden Körpern (wie z.B. im Pflegebereich gut einsetzbar), flexible Anpassung an Menschen und Situationen (wie z.B. im Publikumsverkehr oder Gastronomie nötig ist).

Um hier erfolgreich tätig zu werden, ist die Mitternachtsmission auf die Fortführung der guten Zusammenarbeit und die Unterstützung unterschiedlicher Institutionen (z.B. Sozialamt, Arbeitsamt, Freie Wohlfahrtsverbände, Wirtschaftsförderungsamt u.a.) angewiesen.

Die Zusammenarbeit zwischen den Mitarbeiterinnen der Mitternachtsmission und den Ansprechpartnerinnen des Sozialamtes und des Arbeitsamtes ist weiterhin sehr gut. Die Ausnahmeregelungen für Aussteigerinnen bezüglich der Beantragung von Sozialhilfe werden in dem jeweils angemessenen Umfang gewährt. Die Beratungen der Klientinnen durch die Ansprechpartnerinnen des Arbeitsamtes, die MitarbeiterInnen des Diakonischen Werkes und der Stadt Dortmund sind ein sehr wichtiger Bestandteil im Rahmen der Entwicklung von beruflichen Perspektiven (z.B. welche Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme gefördert oder welche Arbeit-statt-Sozialhilfe-Stelle angeboten werden kann).

Viele Prostituierte leiden nach dem Ausstieg unter psychischen Problemen wie

- Unfähigkeit, die Erinnerung an die ausgeführten Tätigkeiten (z.T. als pervers empfundene Sexualpraktiken, extreme Entwürdigungen, Schuldgefühle etc.) zu verarbeiten;
- Todesängste auf Grund von Bedrohung durch Kriminelle aus dem Bereich des organisierten Verbrechens oder durch Lebenspartner und Zuhälter;
- die durch die Isolation im Milieu fehlenden Kontakte zu Personen außerhalb des Milieus und die Furcht, diese nicht (wieder) aufbauen zu können;
- siehe auch Punkt 3.1. (Probleme des Klientels)

Häufig müssten Klientinnen therapeutische Hilfen in Anspruch nehmen. Dies scheitert zum Teil an mangelnder Einsicht und Furcht davor, der Vergangenheitsbewältigung nicht gewachsen zu sein. Hinzu kommen lange Wartezeiten bei Therapien und die aufwendige Klärung der Kostenübernahme (besonders bei Klientinnen im Sozialhilfebezug).

Fehlende Zukunftsperspektiven

Nach dem Ausstieg und den wesentlichen Schritten der Existenzsicherung überfällt viele Frauen eine starke Zukunftsangst. In Zusammenarbeit mit der Klientin muss eine realistische Zukunftsperspektive -insbesondere in beruflicher Hinsicht- erarbeitet werden.

An die Mitternachtsmission werden zunehmend Ausstiegswünsche herangetragen. Vermehrt kamen Aussteigerinnen 2002 durch Vermittlung über Dritte (z.B. Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen) in die Mitternachtsmission.

Immer mehr Frauen sind hoch verschuldet. Die Schulden erstrecken sich zunehmend auch auf existenzielle Lebensbereiche wie Miet- und Energieschulden. Intensive Verhandlungen mit dem Sozialamt waren notwendig, um drohende Wohnungslosigkeit oder Sperrung der Energiezufuhr zu vermeiden.

Viele Aussteigerinnen waren schwanger oder alleinerziehend.

Am 01.01.2002 trat das **Prostitutionsgesetz** in Kraft. Das neue Gesetz schafft für Prostituierte die Möglichkeit, den Einstieg in die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung zu finden. Da diese Änderungen sich aber frühestens erst nach einem Jahr, z.B. auf Finanzierung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt auswirken werden und es bisher überwiegend Arbeitsverträge auf Geringfügig-Beschäftigten-Basis gibt, konnten die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, 2002 noch nicht greifen.

Somit ist die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt weiterhin schwierig. Nur wenige Aussteigerinnen bringen aus früheren Beschäftigungsverhältnissen Voraussetzungen mit, die als Grundlage für z.B. Umschulungen und Fortbildungen ausreichend sind und eine Förderung durch das Arbeitsamt ermöglichen.

Diese Benachteiligung trifft besonders Frauen, die über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und somit innerhalb des Arbeitsmarktes schwer vermittelbar sind. Sie müssen sich in der Regel zunächst über Arbeit-statt-Sozialhilfe-Stellen (ASS) qualifizieren, um Anspruch auf Förderungen des Arbeitsamtes zu erhalten. Diese lange "Vorarbeitszeit" bedeutet für Klientinnen, die noch in einer labilen psychischen Verfassung sind, eine zusätzliche Belastung, denn nicht immer kann das Aufgabenfeld der ASS-Stelle mit dem der gewünschten zukünftigen Berufstätigkeit übereinstimmen.

Auch innerhalb der ASS-Stellen werden Bewerberinnen mit entsprechenden beruflichen Erfahrungen gewünscht und bevorzugt. Hinzu kommt, dass Stellen zahlenmäßig begrenzt sind. Der Einstieg in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist daher auch auf diesem Wege oft mit längeren Zeiten der Arbeitslosigkeit verbunden.

Um Aussteigerinnen bei der Entwicklung von beruflichen Perspektiven die beste Hilfe gewähren zu können, ist die Beratung durch die Ansprechpartnerin des Arbeitsamtes, zuständige MitarbeiterInnen der Stadt Dortmund und des Diakonischen Werkes ein unverzichtbarer Bestandteil in diesem Prozess geworden.

Es konnten mit großer Anstrengung auch 2002 wieder gute Erfolge auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung und Weiterbildung erzielt werden:

- 4 Klientinnen wurden in das Programm "Arbeit-statt-Sozialhilfe" (ASS) vermittelt
- 4 Frauen nahmen an Berufsförderungsmaßnahmen des Arbeitsamtes teil
- 3 Frauen begannen eine Umschulung
- 6 Frauen begannen eine Ausbildung
- 6 Frauen holen ihren Schulabschluss nach
- 13 Frauen nahmen bzw. nehmen an Qualifizierungsmaßnahmen teil
- 14 Frauen fanden eine Arbeitsstelle
- 8 Frauen arbeiten in 325 Euro- Jobs (erhalten ergänzend Sozialhilfe)

58 Frauen gesamt

Dies kann angesichts der angespannten Arbeitsmarktlage als erfreulich angesehen werden, da es zum Aufbau des Selbstwertgefühls der betroffenen Klientin führt und

zusätzlich eine ermutigende Komponente für nachrückende Aussteigerinnen beinhaltet.

Um eine Voraussetzung für den Umgang mit psychischen Problemen zu schaffen, müssen die materiellen Verhältnisse vorab geklärt werden. Wenn die finanzielle Absicherung nicht gegeben ist, zögern viele Prostituierte den Zeitpunkt des Ausstiegs so lange hinaus, bis sie physisch und psychisch so zerstört sind, dass keine Hoffnung mehr auf Wiederaufnahme in die Gesellschaft und den Aufbau einer neuen Existenz besteht.

Es gehört zu den Aufgaben der Mitternachtsmission, diese Aussteigerinnen zu beraten und zu begleiten, bis sie in der Lage sind, ohne emotionale und finanzielle Abhängigkeiten ein gesundes, selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang Prostituierte in Zukunft aufgrund des Prostitutionsgesetzes in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt sein werden und sich ihnen somit beim Ausstieg, wie jeder anderen Arbeitnehmerin auch, verschiedene Möglichkeiten der beruflichen Umorientierung und deren finanzielle Unterstützung bieten.

Wir befürchten, dass die Arbeitsmarktlage sich weiter verschlechtern und die Förderung von beruflichen Maßnahmen immer mehr beschnitten wird.

Jahrelanges Leben mit dem Existenzminimum und damit verbundene Verringerung von materiellen Gütern und psychischen Kräften bedingen Hoffnungslosigkeit und Apathie. Wir beobachten weiterhin, dass dieser Zustand bei einer steigenden Anzahl von Frauen eintritt und psychische Erkrankungen bedingt. Hier könnte mit dem Einsatz einer weiteren Personalstelle und schnellerer Vermittlung in den Arbeitsmarkt ein noch größerer Erfolg erzielt und die Frauen vor Schäden bewahrt werden.

4.9. Ehemaligenarbeit

Ehemaligenarbeit ist beratende und begleitende Sozialarbeit für "Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten" (§ 72 BSHG), die überwiegend ehemalige Bewohnerinnen des Bodelschwingh-Heims sind, das bis 1985 als stationäre Einrichtung zur Mitternachtsmission gehörte. Die stationäre Arbeit befindet sich nun im Zuständigkeitsbereich des Diakonischen Werkes.

Bei den Frauen in diesem Arbeitsbereich handelt es sich um Frauen mit Alkoholproblemen, psychisch kranke Frauen, ehemalige Prostituierte und Frauen, die lange Zeit wohnungslos waren.

	2002
Klientinnen	24 Frauen
in Betreuung	24 Frauen
zusätzlich in die Beratung mit einbezogen werden mussten:	
Kinder	5
andere Angehörige	-

Altersbedingte und krankheitsabhängige Ursachen führen seit einigen Jahren dazu, dass die vorhandene Selbständigkeit bei einigen Frauen nicht mehr umgesetzt werden kann.

Diese Frauen benötigen kontinuierliche beratende und begleitende Hilfen, die ihr alltägliches Leben betreffen, z.B.:

- intensive Kontakte überwiegend bei Hausbesuchen und in Krankenhäusern,
- Beratungsgespräche zum Abbau von Ängsten vor Krankheitsverlauf und Tod,
- Beratung von Angehörigen

Die Frauen haben Gelegenheit, vierzehntägig an einer **Gruppe** teilzunehmen, in der sie sich austauschen, Beratungen hinsichtlich der Vorgehensweise bei Ämtern und Behörden bekommen und gemeinsame Unternehmungen durchführen können (z.B. Ausflug). Außerdem finden zu Ostern und zu Weihnachten gemeinsame Feiern statt. Durch einen Rundbrief werden die Frauen über stattfindende Gruppennachmittage und andere Aktivitäten informiert.

Als besonderes Ereignis fand 2002 ein gemeinsamer Ausflug in den Dortmunder Tierpark statt. Die anfallenden Kosten wurden durch eine zweckgebundene private Spende gedeckt.

Die Veränderung von Lebensbedingungen und die Verschlechterung des gesamten Gesundheitszustandes der oftmals älteren Klientinnen haben negative Konsequenzen, die die Lebensqualität dieser Frauen in vielerlei Hinsicht beeinträchtigen.

Allgemeine Veränderungen:

Das Verhalten im Alter wird durch Persönlichkeitsstruktur, intellektuelle Lebensfähigkeit, sozialen Status, Schulbildung, Berufserfahrung und Gesundheitszustand bestimmt. Neben gravierenden gesundheitlichen Problemen zeigen sich Persönlichkeits- und Verhaltensänderungen, die durch emotionale, geistige und soziale Einschränkungen gekennzeichnet sind.

Konflikte mit der Familie, Freunden oder in alltäglichen Lebenssituationen sind allein nicht zu lösen, da die Klientinnen sich oftmals zurückziehen und so u.a. eine fortschreitende soziale Isolierung in Kauf nehmen. Psychische Erkrankungen, wie Depressionen, können sich dadurch verstärken. Belastungs- und Konfliktsituationen fordern generell die Intensivierung der Beratungsarbeit.

Die Unfähigkeit, sich auf Veränderungen (z.B. wechselnde Bezugspersonen) in ihrem Leben einzustellen, wächst bei vielen Frauen. Unterstützung und Hilfe können nur von kontinuierlichen AnsprechpartnerInnen angenommen werden. Darüber hinaus ist es schwierig, sich aus jahrzehntelangen Handlungs- und Denkwegen zu lösen. Lebenspraktische Veränderungen, wie die Umgestaltung der Zahlungsweise von Sozialhilfe, bei notwendig gewordenen Direktanweisungen an Zahlungsempfänger (Wohlfahrtsverbände, DEW etc.), oder die Berechnung eines Eigenanteils zu den Kosten einer Haushaltshilfe, können nicht nachvollzogen werden. Subjektiv fühlen sich die Frauen von Behörden betrogen, da sie diese eingeleiteten Maßnahmen als Kürzung der Sozialhilfe erleben. Auch ähnliche Zusammenhänge in anderen wirtschaftlichen Bereichen müssen ihnen in realistischer Weise verständlich gemacht werden.

Die allgemeine Angst im Umgang mit Ämtern und anderen Institutionen nimmt zu. Eine Begleitung zu Vorsprachen bei Behörden oder die Unterstützung bei Schriftwechseln mit Institutionen ist erforderlich. Klientinnen zahlen von ihrem Existenzminimum (z.B. Sozialhilfe, kleine Renten) oftmals hohe Raten an Kreditunternehmen, obwohl offensichtlich Zahlungsunfähigkeit besteht. Intensive Beratungsarbeit ist erforderlich, damit diese Frauen einsehen, dass sie weitere Zahlungen nicht leisten können, ohne ihren notwendigen Lebensunterhalt zu

gefährden. Irrationale Ängste vor möglichen Konsequenzen erschweren die Beratungsarbeit.

Der wichtige emotionale Rückhalt durch Beziehungen zu nahen Angehörigen und Freunden ist auf Grund drohenden oder tatsächlichen Verlustes, z.B. Tod oder Verhärtung von Beziehungen, gefährdet oder nicht mehr vorhanden. Hier gilt es, die Frauen in dieser Krise zu begleiten.

Veränderungen auf Grund gesundheitlicher Beeinträchtigung:

Der gesamte wirtschaftliche Bereich wird unübersichtlich oder ist allein nicht mehr zu bewältigen (z.B. drohende Sperrung der Gas- oder Stromzufuhr oder des, aus ärztlicher Sicht, notwendigen Telefonanschlusses). Wichtige schriftliche Benachrichtigungen werden ungeöffnet weggeworfen (z.B. Termine zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung oder zu ambulanten bzw. stationären Kontrolluntersuchungen).

Auf Grund der körperlichen Beeinträchtigung können soziale Kontakte nicht mehr gepflegt werden und eine Vereinsamung der Klientinnen tritt ein. Der Haushalt kann nicht mehr (oder kaum noch) selbständig geführt werden. Hierbei kann in einigen Fällen Unterstützung durch eine Haushaltshilfe erreicht werden, die Tätigkeiten wie Reinigung der Wohnung oder Einkäufe übernimmt. Diese Betreuung allein wird den Bedürfnissen der Klientin in schwierigen Situationen nicht gerecht. Bei Krebserkrankungen im fortgeschrittenen Stadium sind oftmals nur die Speisen -ohne späteres Erbrechen- verträglich, die sich die Klientin zu diesem Zeitpunkt wünscht. Diese Essenswünsche sind nicht vorhersehbar und können daher bei Vorratskäufen nicht berücksichtigt werden.

Besondere Hilfen werden auch bei längeren Krankenhausaufenthalten notwendig, wie z.B. die Regelung der wirtschaftlichen Belange oder die Reinigung der Bekleidung. Die Unterstützung durch Angehörige ist häufig nicht gegeben, sei es, weil die betroffenen Frauen völlig alleinstehend sind oder selbst nahe Angehörige in dieser Situation keine Verantwortung übernehmen (können). In anderen Fällen müssen Angehörige oder enge Bekannte in die Beratungsarbeit einbezogen werden, damit deren eigene Betroffenheit nicht zur Distanzierung von der erkrankten Klientin führt.

Eine kontinuierliche Beratung und Betreuung der Frauen ist dringend erforderlich, um ihnen zu ermöglichen, ihre Ängste vor dem Krankheitsverlauf oder Tod auszusprechen und sich ihrer Situation anzupassen. In letzter Konsequenz bedeutet dies auch Sterbebegleitung, die zeitintensiv, aufwendig und mit großem persönlichen Einsatz der zuständigen Mitarbeiterin verbunden ist.

In der Arbeit mit den Ehemaligen konnten besonders erfolgreich die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen eingesetzt werden.

4.9.1. Gruppenangebot

Alle 14 Tage, donnerstags von 14.00 bis 16.00 Uhr, Gesprächskreis für Frauen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten.

Die Veranstaltungsreihe wird vom Evangelischen Erwachsenenbildungswerk Dortmund gefördert.

5. Veränderungen

2002 wurden folgende Veränderungen beobachtet:

Die Mitternachtsmission erhält seit 2001 von der Stadt Dortmund kommunale Mittel für die Bereiche Linienstraße und Bordellähnliche Betriebe für die Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes.

Einen Schwerpunkt legte die Mitternachtsmission 2002 auf Aufklärung, Information und Betreuung/Begleitung im Bereich sexuell übertragbarer Erkrankungen (STD).

Ostern und Weihnachten wurde in allen bordellähnlichen Betrieben Informationsmaterial in acht verschiedenen Sprachen verteilt.

In 87 Betrieben wurden z.B. mehrfach ausführliche Informationsgespräche durchgeführt.

Außerdem wurden regelmäßig 9 Milieukneipen aufgesucht. Insgesamt wurden 307 Klientinnen erreicht.

Wir mussten feststellen, dass besonders die Frauen und Mädchen aus Osteuropa erschreckend wenig über die gesundheitlichen Risiken durch die Prostitutionstätigkeit, Infektionswege, Krankheitsverläufe und Schutzmöglichkeiten wissen. Außerdem werden sie oft durch Zuhälter unter Druck gesetzt, so dass sie eher auf die Wünsche der Kunden eingehen, um möglichst viel Geld zu verdienen. So arbeiten fast alle dieser Frauen ohne Kondom.

Erhebliche Informationsdefizite zu Infektionswegen, Krankheitsverläufen und Schutzmöglichkeiten vor Infektionen, aber auch die Unfähigkeit, sich gegen die Forderungen der Prostitutionskunden nach sexuellen Dienstleistungen ohne Kondom und den Weisungen der Zuhälter durchzusetzen, haben dazu geführt, dass immer mehr ausländische aber in einigen Bereichen auch deutsche Klientinnen an sexuell übertragbaren Krankheiten, insbesondere Chlamydien und Feigwarzen leiden.

Wir halten AIDS/STD-Prävention bei der Zielgruppe der ausländischen, besonders der osteuropäischen, asiatischen und afrikanischen Prostituierten für besonders dringend notwendig. Neben der Vermittlung von Informationen ist hier besonders die Förderung der Motivation, sich gesundheitlich zu schützen, und die Ermutigung, dies auch gegen Nutznießer der Prostitution durchzusetzen, erforderlich.

Besitz- und Machtverhältnisse sind in den letzten Jahren im Bereich der Bordellähnlichen Betriebe undurchsichtiger geworden und wechseln rasch. Viele Betriebe sind in FKK-Clubs umorganisiert worden. Dadurch sind auch Vorgehensweisen in der Sozialarbeit schwerer plan- und durchführbar.

Deutsche Frauen in der Wohnungsprostitution verdienen immer schlechter durch die preisdrückende Konkurrenz der FKK-Clubs. Für sie entstehen z.B. Mietschulden, Schulden bei Banken, Kreditgebern, Energieunternehmen usw..

Um Verdienstaufwände auszugleichen, reisen zwischenzeitlich immer mehr Frauen für einige Zeit in andere europäische Länder (z.B. Holland, Belgien, Spanien), um dort als Prostituierte zu arbeiten.

Ältere, schlecht verdienende Frauen arbeiten zusätzlich in der Straßenprostitution mit dem Wunsch, Verdienstaufwände auszugleichen.

Konjunkturbedingte Verschlechterungen und die Hoffnung, durch eine Tätigkeit als Prostituierte drückende finanzielle Probleme zu meistern oder mangelnde Zukunftsperspektiven (besonders bei Mädchen und jungen Frauen) auszugleichen, bringen eine steigende Anzahl von Frauen dazu, sich zu prostituieren.

Eine Verlagerung der Apartment- und Hotelprostitution wurde beobachtet. Durch Vermittlung von Clubs und Agenturen werden Prostituierte über Handy benachrichtigt. Andere, zunehmend Gelegenheitsprostituierte, kontaktieren ihre Kunden in Gaststätten, Bars und Diskotheken und nehmen sie für die Dienstleistungen mit in die eigene Wohnung. Diese Frauen haben unseren Erfahrungen nach noch keine Zuhälter und arbeiten überwiegend ohne Wissen ihrer Partner und Familien, um finanzielle Engpässe aufzubessern oder momentanen Notsituationen zu entkommen. Wir befürchten allerdings, dass ein Übergang in das feste Prostitutionsmilieu vorprogrammiert ist, da Personen, die vom Prostitutionslohn profitieren, diese neue Erwerbsquelle für sich erschließen werden.

Bei deutschen Prostituierten steigen der Ausstiegswunsch und die Bestrebungen nach beruflicher Veränderung.

Es ist erkennbar, dass immer mehr ausländische Frauen der Prostitution nachgehen. Dabei handelt es sich sowohl um Frauen, die mit dem Wunsch hier als Prostituierte zu arbeiten, herkommen, als auch um Frauen, die unter falschen Voraussetzungen hergelockt und zur Prostitution gezwungen werden. Bei ausländischen Frauen ist die Ausstiegshilfe schwieriger, da Voraussetzungen für die Gewährung von Sozialhilfe häufig nicht vorliegen (z.B. illegaler Aufenthalt, noch bestehende Ehen mit deutschen Männern, die vom Prostitutionslohn profitieren).

Prostituierte aus anderen Ländern werden von den deutschen als Konkurrenz empfunden und bekämpft (s. Punkt 4.3.)

Hierbei handelt es sich in Dortmund nicht ausschließlich um Frauen aus Staaten, die das Schengen-Abkommen unterzeichnet haben oder Osteuropäerinnen, sondern zunehmend auch um Asiatinnen und Südamerikanerinnen, die deutsche Ehemänner haben und legal der Prostitution nachgehen können oder um illegal eingeschleuste Frauen aus unterschiedlichen Ländern. Hier fiel uns besonders eine Zunahme von Frauen aus den baltischen Staaten auf, die zunächst als Kellnerin eingesetzt und dabei auf eine Tätigkeit in der Prostitution vorbereitet werden.

Ein besonderes Problem sind junge Ausländerinnen der zweiten Generation, die der Prostitution nachgehen. Sozialarbeiterische Hilfe ist hier besonders schwierig, da das Selbstwertgefühl dieser jungen Frauen häufig so gedrückt ist, dass sie nicht glauben, dass sie Hilfe verdienen, oder dass Schutz vor ihren (teilweise unglaublich brutalen) Zuhältern möglich ist. Sie trauen sich nicht, polizeiliche Hilfe in Anspruch zu nehmen oder Aussagen zu machen, weil sie polizeiliche Möglichkeiten zu ihrem Schutz oder zur Strafverfolgung der Täter nicht für möglich halten.

Bei den Kunden besteht eine ausgeprägte Tendenz zu Forderungen nach erhöhter Leistung für weniger Bezahlung.

Während in den ersten Jahren die Kontaktaufnahme zu **Opfern von Menschenhandel** überwiegend über das Milieu und dann über die Polizei erfolgte, kommt nun der größte Teil (50 %) der Frauen über Dritte oder als Selbstmelderinnen in die Beratung der Mitternachtsmission. Dies ist eine Folge der erhöhten Sensibilisierung der Öffentlichkeit (z.B. Prostitutionskunden) für diese Problematik.

Einige Frauen sind schwanger, sie werden intensiv bis zur und zum Teil bei der Geburt begleitet.

Die Zahl der minderjährigen Opfer von Menschenhandel in der Beratung der Mitternachtsmission ist erheblich gestiegen. Ihre Beratung und Betreuung sind mit großem Arbeits- und Zeitaufwand verbunden. Insbesondere die Unterbringung von Minderjährigen zwischen 16 und 18 Jahren ist sehr schwierig, da für diese Mädchen ein besonderer erzieherischer Bedarf festgestellt werden muss, bevor sie in einer

Jugendhilfeeinrichtung untergebracht werden können. Unterbringungsstellen, wie z.B. Frauenhäuser, nehmen diese Mädchen nicht auf.

Gute Erfahrungen konnte die Mitternachtsmission im vergangenen Jahr in der Zusammenarbeit mit Hilfeorganisationen in einigen Heimatländern unserer Klientinnen machen. Sie unterstützten uns bei der Beschaffung dringend notwendiger Papiere, holten Klientinnen vom Flughafen ab oder halfen beim Aufbau einer neuen Existenz. Mitte Dezember startete das EU-Projekt CAT I, bei dem die Mitternachtsmission eine Partnerorganisation ist. Das Ziel des Projektes ist der Aufbau eines Netzwerkes kirchlicher Hilfeorganisationen für Opfer von Menschenhandel in den Herkunfts- und Zielländern und ermöglicht der Mitternachtsmission somit die wichtige Erweiterung der Kontakte zu Kooperationspartnerorganisationen.

Im Sommer 2002 stellten wir fest, dass **zahlreiche bulgarische Frauen und Mädchen auf dem Straßenstrich** besonders im Bereich der Mallinckrodtstraße der Prostitution nachgegangen sind. Wir gehen davon aus, dass die meisten Opfer von Menschenhandel sind. Während ihrer Tätigkeit wurden sie auf der Straße von bulgarischen oder türkischen Männern überwacht. Unsere Einschätzung wird auch von der Polizei Dortmund vertreten. Da den betroffenen Frauen in der Regel kein rechtswidriges Verhalten nachgewiesen werden konnte, hatte die Polizei nur wenige Möglichkeiten, sie festzunehmen. Die Mitternachtsmission hat einen Informationsflyer zur Gesundheitsvorsorge in bulgarischer Sprache erstellt, der im Rahmen der Streetwork auf dem Straßenstrich und durch die Polizei an die Frauen und Mädchen verteilt wurde. Dadurch sollte das Beratungs- und Hilfeangebot der Mitternachtsmission bekannt gemacht werden. Im Rahmen einer großen Aktion verteilte die Polizei Informationsbroschüren in verschiedenen Sprachen, mit denen die auf dem Straßenstrich angetroffenen Frauen zur rechtlichen Situation belehrt wurden. Zusätzlich wurden die Personalien der Frauen festgestellt. Bei wiederholtem Antreffen wurden sie in Polizeigewahrsam gebracht und vernommen. Aufgrund der polizeilichen Maßnahmen wurde eine Verschiebung der Szene in andere Straßen und in Wohnungen erreicht.

Aufgrund der massiven Konflikte zwischen **Beschaffungsprostituierten** und anderen Straßenprostituierten arbeiten viele Beschaffungsprostituierte wieder innerhalb des Sperrbezirks. Die Verelendung dieser Gruppe hat weiter zugenommen. Durch die **Einrichtung des Druckraums** im Jahr 2002 haben Schwerstabhängige nun die Möglichkeit, unter qualifizierter Aufsicht Drogen zu konsumieren. Fachleute können ggf. bei z.B. Überdosierung Notfallhilfe leisten. Minderjährige und Substituierte dürfen allerdings nicht in den Druckraum.

Die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die der Prostitution nachgehen, ist weiter gestiegen.

Im Rahmen des **Projekts „Minderjährigenprostitution“ – Situationsanalyse und Erarbeitung von Hilfemaßnahmen für Kinder und Jugendliche in der Prostitution** wird das Angebot der Mitternachtsmission speziell bei sehr jungen Frauen und Mädchen, die der Prostitution nachgehen sowie sich in diesem Bereich aufhaltenden, gefährdeten Mädchen bekannt gemacht.

Für den Bereich der Minderjährigenprostitution lassen sich bisher nur unzulängliche statistische Angaben machen, da die Dunkelziffer sehr hoch ist. Auf Grund der

Beratungsarbeit mit den betroffenen Mädchen werden wir eine Situations- und Bedarfsanalyse für diese Gruppe von Klientinnen erstellen.

Unsere Erfahrungen haben gezeigt, wie wichtig es ist, eine gute Kooperation mit anderen Institutionen zu pflegen und neben der aufsuchenden Arbeit eine umfassende Präventionsarbeit anzubieten. Nur wenn gemeinsam an dem Problem gearbeitet wird, kann das Beratungsangebot und die Hilfen vor Ort optimiert werden. Die Einrichtung eines Runden Tisches, an dem sich Vertreter der Jugendhilfe und anderer Institutionen zusammensetzen und das Bekanntmachen der Problematik in den Schulen und in der Öffentlichkeit, sind wichtige Schritte in diese Richtung.

An die Mitternachtsmission werden **zunehmend Ausstiegswünsche** herangetragen. Vermehrt kamen Aussteigerinnen 2002 durch Vermittlung über Dritte (z.B. Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen) in die Mitternachtsmission.

Immer mehr Frauen sind hoch verschuldet. Die Schulden erstrecken sich zunehmend auch auf existenzielle Lebensbereiche wie Miet- und Energieschulden. Intensive Verhandlungen mit dem Sozialamt waren notwendig, um drohende Wohnungslosigkeit oder Sperrung der Energiezufuhr zu vermeiden.

Viele Aussteigerinnen waren schwanger oder alleinerziehend.

Am 01.01.2002 trat das Prostitutionsgesetz in Kraft. Das neue Gesetz schafft für Prostituierte die Möglichkeit, den Einstieg in die Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung zu finden. Da diese Änderungen sich aber frühestens erst nach einem Jahr z.B auf Finanzierung von Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durch das Arbeitsamt auswirken werden und es bisher überwiegend Arbeitsverträge auf Geringfügig-Beschäftigten-Basis gibt, konnten die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, 2002 noch nicht greifen.

Dennoch konnten auch 2002 bei 58 Frauen gute Erfolge auf dem Gebiet der Arbeitsvermittlung und Weiterbildung erzielt werden.

6. Prognosen 2002

Wir begrüßen es, dass das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) vom Bundestag verabschiedet wurde und ab dem 01. 01. 02 in Kraft ist. Es ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur sozialrechtlichen Gleichstellung und zur Beendigung von Diskriminierung und Doppelmoral. In Dortmund bestehen bereits legale Arbeitsverhältnisse.

Wir denken gleichwohl, dass die Umsetzung des ProstG mit umfangreichen Arbeiten und Schwierigkeiten verbunden sein wird.

Der Anstieg des Kokainkonsums und der leichtfertige Umgang mit der Droge durch Prostitutionskunden und Prostituierte führen sehr schnell zu einer größeren Abhängigkeit, einerseits von der Droge und andererseits von den Händlern, die das Kokain beschaffen. Ausstiegswünsche und Zukunftspläne werden zurückgestellt, und die Durchführung findet nicht statt.

Wir befürchten, dass sich vermehrt **Gelegenheitsprostituierte** durch die schlechte wirtschaftliche Lage und die erhöhte Aufmerksamkeit der Zuhälter fest ins Prostitutionsmilieu eingliedern werden.

Weiterhin befürchten wir, dass junge Frauen ohne Aussicht auf eine Lehrstelle zunehmend gefährdet sind in die Prostitution einzusteigen, da sie für sich keine beruflichen Zukunftsperspektiven sehen.

Fast alle Opfer von Menschenhandel sind in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Die Sozialämter können im Rahmen des AsylbLG in der Regel Krankenhilfe nur als Nothilfe gewähren. Dadurch werden wir immer mehr Frauen und Mädchen mit z.T. schweren gesundheitlichen Schäden, die aus der Zwangsprostitution resultieren, in ihre Heimatländer zurückschicken müssen, wo die Möglichkeiten und Mittel, diese Krankheiten behandeln zu lassen, fehlen.

Sollte die **Anzahl der Minderjährigen und Schwangeren** weiter steigen, bedeutet dies für unsere Beratung zusätzliche Aufgaben, die sehr zeitaufwendig und arbeitsintensiv sind. Dies ist mit den anteilig geförderten Personalstellen nicht zu bewältigen. Weitere finanzielle Förderung und Unterstützung in diesem Bereich, insbesondere hinsichtlich des Einsatzes von Honorarkräften, sind dringend notwendig.

Die Lebenssituation der Frauen in ihrem Heimatland, insbesondere im Hinblick auf Rollenverständnis und soziale Situation und die in der Arbeit gewonnenen Erfahrungen, geben Anlass zu der Befürchtung, dass die Zahl der Opfer von Menschenhandel in den nächsten Jahren weiter zunehmen wird, die Opfer immer jünger werden und deren gesundheitlicher Zustand sich immer mehr verschlechtern wird.

Das Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes NRW stellte 2002 der Mitternachtsmission wieder einen begrenzten Etat für **Unterbringungs- und Honorarkosten** zur Verfügung. Die tatsächlich angefallenen Kosten für Honorare und Dolmetscher wurden dadurch aber bei weitem nicht gedeckt. Ein erheblicher Restbetrag musste von der Mitternachtsmission aufgebracht werden. Wir haben berechtigten Grund zu der Annahme, dass sich die finanzielle Situation in 2003 noch mehr verschärfen wird und die vom Ministerium zur Verfügung gestellten Mittel nicht reichen werden. Erstmals muss mit der Kürzung der Personalkosten in diesem Bereich gerechnet werden.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Beratungsstelle werden angemessene Hilfeleistung und die Umsetzung der ministeriellen Erlasse zum Schutz für Opfer von Menschenhandel erheblich erschweren, z.T. verhindern.

Inwieweit wir auch künftig in der Lage sind, eine angemessene Beratung und Begleitung anzubieten, hängt davon ab, ob uns die notwendige finanzielle Unterstützung gewährt wird.

Wir gehen davon aus, dass auf Grund der Konflikte und Auseinandersetzungen der Frauen im Straßenstrichbereich Ravensberger Straße, Beschaffungsprostituierte verstärkt in den Dortmunder Norden in den Sperrbezirk abwandern, um sich dort zu prostituieren.

Werden im Rahmen von Einsparungen Drogenhilfemaßnahmen noch weiter eingeschränkt oder gestrichen, befürchten wir, dass noch mehr Drogenabhängige verelenden, den Ausstieg aus der Drogensucht nicht schaffen und schließlich unter menschenunwürdigen Bedingungen sterben werden. Bleiben Abhängige auf Grund fehlender Perspektiven und steigender Hoffnungslosigkeit vermehrt in der Drogenszene, ist u.E. eine Zunahme der Drogen-/Beschaffungskriminalität und Beschaffungsprostitution und ein erneuter Anstieg bei den Drogentoten zu erwarten.

Wird den von gewalttätigen Übergriffen betroffenen Frauen, die Anzeige erstatten, in den Ermittlungsverfahren und Gerichtsverhandlungen **nicht geglaubt,** befürchten wir, dass zunehmend weniger Opfer Anzeige erstatten werden und das Erlebte durch erhöhten Drogenkonsum zu verdrängen versuchen. Wir gehen davon aus, dass gewalttätige Kunden diese hilflose Situation der drogenabhängigen Frauen

und Mädchen ausnutzen, ohne gravierende strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen.

Die Opfer müssen, wenn sie Anzeige erstatten, vor weiteren Demütigungen und Stigmatisierungen als drogenabhängige Prostituierte bewahrt werden, sonst wird die Folge eine gravierende Verschlimmerung von Suchterkrankung und Traumatisierung sein.

Der Zuzug von ausländischen Prostituierten schafft Konkurrenzdruck, Unsicherheit und Furcht unter Prostituierten. Dies bestimmt das Miteinander und verhindert Solidarität. Personen, die vom Prostitutionslohn profitieren, wird es dadurch zunehmend erleichtert, Einfluss auf die Frauen zu gewinnen und Reglementierungen durchzusetzen und aufrechtzuerhalten.

Werden für **Kinder und Jugendliche in der Prostitution** keine flexiblen Angebote und Hilfen zur Entwicklung und Umsetzung von Zukunftsperspektiven geschaffen, ist zu befürchten, dass die Mädchen im Milieu verhaftet bleiben. Besonders bei den drogenabhängigen Mädchen besteht dringender Handlungsbedarf. In diesem Bereich stehen kaum Beratungs- und Betreuungsangebote zur Verfügung, so dass wir befürchten, dass immer mehr dieser Kinder und Jugendlichen tiefer in die Drogen- und Prostitutionsszene abrutschen. Sie werden durch Beratungsstellen und Jugendhilfeangebote überhaupt nicht mehr erreichbar sein und – völlig perspektiv- und chancenlos – Opfer von Personen werden, die sie auf Grund ihrer Situation sexuell ausbeuten und/oder finanziell von ihnen profitieren. Um diesem Verlauf entgegenzuwirken, ist die bisher erfolgreiche Kooperation mit Entscheidungsträgern der Jugendhilfe und der Aufbau eines Hilfenetzes für Minderjährige in der Prostitution unabdingbar notwendig.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfang Prostituierte in Zukunft aufgrund des **Prostitutionsgesetzes** in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis beschäftigt sein werden und sich ihnen somit beim Ausstieg, wie jeder anderen Arbeitnehmerin auch, verschiedene Möglichkeiten der beruflichen Umorientierung und deren finanzielle Unterstützung bieten.

Es ist absehbar, dass die Arbeitsmarktlage sich weiter verschlechtern und die Förderung von beruflichen Maßnahmen immer mehr beschnitten wird.

Jahrelanges Leben mit dem Existenzminimum und damit verbundene Verringerung von materiellen Gütern und psychischen Kräften bedingen Hoffnungslosigkeit und Apathie. Wir beobachten weiterhin, dass dieser Zustand bei einer steigenden Anzahl von Frauen eintritt und psychische Erkrankungen bedingt. Hier könnte mit dem Einsatz einer weiteren Personalstelle und schnellerer Vermittlung in den Arbeitsmarkt ein noch größerer Erfolg erzielt und die Frauen vor Schäden bewahrt werden.

7. Prostitutionsgesetz (ProstG)

Prostitution in Deutschland ist schon seit 1964 legal und steuerpflichtig. Die Beschäftigung von Prostituierten und damit der Abschluss von Arbeitsverträgen und die Bereitstellung besonders von hygienischen und angenehmen Arbeitsbedingungen (Förderung der Prostitution) waren aber unter Strafe gestellt.

Seit dem 01.01.2002 ist das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten (Prostitutionsgesetz – ProstG) in Kraft getreten.

Seither haben Prostituierte die gleichen Rechte wie andere Arbeitnehmerinnen und Selbständige auch. Das Gesetz will die Rechte der Prostituierten stärken. Es ist ihnen nunmehr möglich, Zugang zur Sozialversicherung und zu Sozialleistungen zu erhalten. Sie können wählen, ob sie wie bisher als selbständige Prostituierte mit allen

Freiheiten und Verpflichtungen, die eine selbständige Tätigkeit beinhaltet, oder als Angestellte mit einem Arbeitsvertrag, der ihnen auch den Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung gewährt, arbeiten wollen.

Kunden, die einen vorher vereinbarten Preis für eine erbrachte Leistung nicht bezahlen, können verklagt werden. Die Gesetze, die die sexuelle Selbstbestimmung schützen, sind natürlich für Prostituierte nicht außer Kraft gesetzt. Ein potenzieller Arbeitgeber hat nur ein eingeschränktes Weisungsrecht.

Gemeinsam mit dem Ordnungs- und Bauordnungsamt der Stadt Dortmund sowie der Polizei ist die Mitternachtsmission maßgeblich an der Umsetzung des ProstG beteiligt. Hier wurde ein Maßnahmenkatalog entwickelt, der Prostituierten und Betreibern Rechtssicherheit bei der Handhabung von zukünftig notwendigen Formalitäten zur Ausübung des Gewerbes ermöglicht. Mit der Gewerkschaft ver.di und der Staatsanwaltschaft sind umfangreiche Verhandlungen geführt worden, um einen rechtsgültigen, die Prostituierten schützenden Arbeitsvertrag auszuarbeiten.

Die Mitternachtsmission ist Mitglied in der bundesweiten Arbeitsgemeinschaft „Recht“, die Vorschläge für die Bundesregierung erarbeitet. Durch Änderung von ggf. kollidierenden Gesetzen soll für noch mehr Rechtssicherheit gesorgt werden, da sich in der praktischen Anwendung des Gesetzes noch einige Schwierigkeiten ergeben haben.

Das Prostitutionsgesetz ist aber nur ein erster Schritt auf dem Weg zur Gleichstellung von Frauen und Männern, die diese stark nachgefragte Dienstleistung anbieten, aber gesellschaftlich an den Rand gedrückt und verachtet werden.

Akzeptanz stellt sich jedoch nicht automatisch mit der Verabschiedung eines Gesetzes ein. Doppelmoral und Heuchelei verschwinden nicht über Nacht durch verordnete Gerechtigkeit. Es wird noch ein weiter Weg sein bis Prostitution als Dienstleistung anerkannt ist.

Verschwiegen werden darf auch nicht, dass Frauen in der Prostitution noch einen langen Weg vor sich haben, bevor sie ihre nun gesetzlich verbrieften Rechte kennen und durchsetzen können und die damit verbundenen Pflichten annehmen.

Es besteht ein großer Informationsbedarf, welche Schritte notwendig sind und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen. Das ist verwirrend und zum Teil entmutigend.

Ausländische Prostituierte haben einen Status wie andere ausländische ArbeitnehmerInnen auch und werden durch das ProstG nicht besser gestellt.

Opfer von Menschenhandel sind Opfer eines Verbrechens. Das ProstG kann auf sie nicht angewandt werden.

8. Benefizprojekt MitternachtsClub - Mit Vergnügen Gutes tun

Ins Leben gerufen wurde der MitternachtsClub von einer Gruppe Privatpersonen aus der Dortmunder Kultur- und Gastronomie-Szene. Ihre Kontakte zu Theatern, zum Luna-Variete oder anderen Veranstaltern der Stadt sichern die Qualität des Programms.

Der Club hat zwei Ziele. Erstens soll er der Unterhaltung dienen. Zweitens aber, und das war der eigentliche Gründungsanlass, soll Geld für die Mitternachtsmission eingespielt werden.

Weitere Informationen erhalten Sie unter der Homepage der Mitternachtsmission:

www.standort-dortmund.de/mitternachtsmission.

